

Wöchentlich 65 Bl. monatlich 3.60 M. im voraus zahlbar. Postbezug 4.32 M. einschließlich 60 Pfg. Postgebühren und 12 Pfg. Postgebühren über Auslandsendungen 6.- M. pro Monat.

Der „Vorwärts“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal, die Abendausgaben für Berlin und im Handel mit dem Titel „Der Abend“, „Kultur- und Belletristik“, „Jugend“, „Unterhaltung und Wissen“, „Frauenstimme“, „Lehrling“, „Bild in die Zukunft“ und „Jugend-Vorwärts“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Die ständige Korrespondenz des „Vorwärts“ besteht aus 20 Blättern, die in 12 Hefen gebunden sind. Die Hefen sind: 1. Hefen: „Kleine Kämpfer“ aus dem Reichstag, 2. Hefen: „Kleine Kämpfer“ aus dem Reichstag, 3. Hefen: „Kleine Kämpfer“ aus dem Reichstag, 4. Hefen: „Kleine Kämpfer“ aus dem Reichstag, 5. Hefen: „Kleine Kämpfer“ aus dem Reichstag, 6. Hefen: „Kleine Kämpfer“ aus dem Reichstag, 7. Hefen: „Kleine Kämpfer“ aus dem Reichstag, 8. Hefen: „Kleine Kämpfer“ aus dem Reichstag, 9. Hefen: „Kleine Kämpfer“ aus dem Reichstag, 10. Hefen: „Kleine Kämpfer“ aus dem Reichstag, 11. Hefen: „Kleine Kämpfer“ aus dem Reichstag, 12. Hefen: „Kleine Kämpfer“ aus dem Reichstag.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönbois 292-297 Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Bankkonto: Berlin 37536. — Postkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Wallstr. 65, Dr. O. U. Dir. - Bei Postkonten Berlin 37536.

Warnung an die Beamten.

Das Preussische Staatsministerium untersagt die Beteiligung an der Nationalsozialistischen und der Kommunistischen Partei.

Der Amtliche Preussische Pressedienst meldet: Das preussische Staatsministerium hat in seiner letzten Sitzung den folgenden Beschluß gefaßt, der namentlich den nachgeordneten Behörden aller Zweige der Staatsverwaltung und den Gemeindebehörden zugeht: „Nach der Entwicklung, die die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei und die Kommunistische Partei Deutschlands genommen haben, sind beide Parteien als Organisationen anzusehen, deren Ziel der gewaltsame Umsturz der bestehenden Staatsordnung ist. Ein Beamter, der an einer solchen Organisation teilnimmt, sich für sie betätigt, oder sie sonst unterstützt, verzieht dadurch die aus seinem Beamtenverhältnis sich ergebende besondere Treuepflicht gegenüber dem Staat und macht sich eines Dienstvergehens schuldig. Allen Beamten ist demnach die Teilnahme an diesen Organisationen, die Betätigung für sie, oder ihre sonstige Unterstützung verboten. Das Staatsministerium bringt diese Auffassung der Beamtenpflicht hiermit besonders zur Kenntnis und weist sie darauf hin, daß künftig gegen jeden unmittelbaren oder mittelbaren Staatsbeamten, der dem zuwiderhandelt, disziplinarisch eingeschritten wird. Das Staatsministerium ordnet gleichzeitig an, daß die nachgeordneten Behörden über jeden Fall der Zuwiderhandlung dem zuständigen Fachminister zu berichten haben.“

Hierzu bemerkt der „Amtliche Preussische Pressedienst“: Die preussische Staatsregierung richtet mit einem Erlaß an die gesamte Beamtenschaft Preußens eine Warnung vor einer Betätigung und Unterstützung der obengenannten Parteien, deren Ziel, den Staat und seine heutige Verfassung umzustürzen und die Beamtenschaft (Reichsmehr und Schuttpolizei) zu zerlegen, in der letzten Zeit immer klarer zutage getreten ist. Die preussische Staatsregierung macht nachdrücklichst darauf aufmerksam, daß jeder Beamte, der sich im Rahmen einer dieser beiden Parteien betätigt, sie in ihren Zielen unterstützt und fördert, sich der Gefahr einer disziplinarischen Bestrafung aussetzt. Mit der Treupflicht eines Beamten und mit dem von ihm geschworenen Eid auf die Verfassung ist es unvereinbar, Parteien zu dienen, die diesen Staat zugegebenermaßen auch mit ungesetzlichen Mitteln bekämpfen. Die im Artikel 130 der Reichsverfassung dem Beamten gewährtesten bürgerliche und politische Freiheit ist durch die geltenden Gesetze begrenzt. Nach der ständigen Rechtsprechung aller obersten Disziplinargerichte findet das Recht der politischen Betätigung für jeden Staatsbürger an den allgemeinen Gesetzen seine Grenze, für den Beamten aber besonders in den Pflichten, die das Amt ihm auferlegt, in der Treue- und Gehorsamspflicht gegenüber dem Staat, die es ihm verbietet, von diesem Recht einen Gebrauch zu machen, der den Lebensinteressen des Staates zuwiderläuft.

Finanzgesetze im Reichsrat.

Große Mehrheit für die Regierungsvorlage.

Im Reichsrat wurde die Vorlage über die Reichshilfe der Personen des öffentlichen Dienstes und die Zuschläge zur Einkommensteuer in der Fassung der Ausschlußbeschlüsse mit 56 gegen 9 Stimmen bei einer Enthaltung angenommen. Dagegen stimmten nur die Länder Thüringen und Braunschweig und die preussischen Provinzen Ostpreußen, Brandenburg, Pommern, Sachsen, Schleswig-Holstein und Hannover. Enthalten hat sich Mecklenburg-Schwerin. Die Tabaksteuernovelle wurde gleichfalls angenommen, ebenso mit 33 gegen 31 Stimmen bei 2 Enthaltungen der Antrag der Reichsregierung, in der Kontingentsfrage die Regierungsvorlage wieder herzustellen. Ebenso wurde dem Ergänzungshaushalt zugestimmt. Zur zweiten Ergänzung des Haushalts für 1930 führte der Generalberichterstatter, Ministerialdirektor Dr. Brecht, u. a. aus: Zur Deckung des Fehlbetrages von rund 485 Millionen sollen 135 Millionen bei den Ausgaben gestrichen werden. Die entscheidende politische Frage ist, ob nicht durch Erhöhung der Absteuern die neuen Ausgaben ganz oder teilweise entbehrlich werden können. Preußen vertritt den Standpunkt, daß beim Reichsmehrministerium größere Streichungen als anscheinend beabsichtigt, möglich seien und daß sich dadurch die Summe erhöhen ließe. Hiervon abgesehen halten die Ausschüsse eine wesentliche Erhöhung der sofort zu verwirklichenden realen Absteuern nicht für möglich. Darüber hinaus kämen im Augenblick nur noch finanzielle Striche in Frage. Als solche kommen theoretisch u. a. in Betracht: 1. Verminderung der einmaligen Schuldentilgung unter Veränderung des Wehrnachtsgesetzes im Einverständnis mit den Bundesregierungen. 2. Deckung der neuen Anleihe für Kanalbauten (70 Millionen) durch Anleihe. 3. Beschränkung der Zahlung an den Tilgungsfonds für die Anleiheabwicklung auf die tatsächlich in diesem Jahre benötigte Summe (196 statt 240 Millionen) unter Änderung des Gesetzes. 4. Darüber hinaus Auflösung des angesammelten Tilgungsfonds, der aus Papieren im Nennbetrag von 375 Millionen, meist Reichsanleihe, besteht. 5. Aussetzung der Tilgung der Rentenleihe. 6. Weiterer Verkauf von Reichsbahnvorzugsaktien aus dem verbleibenden Besitz des Reiches (731 minus 299 = 432 Millionen). Diese Maßnahmen haben — abgesehen von der letzten — das eine gemeinsam, daß sie eine größere Entlastung des Augenblicks durch Verschiebung von Ausgaben auf die Zukunft erkaufen. Die Ausschüsse halten sie im Augenblick sämtlich nicht für angebracht. Viele Anzeichen sprechen dafür, daß die Abschläge bei den Steuern und Zöllen noch nicht genügen und daß die Ausgaben für Arbeitslosigkeit sich noch erhöhen werden. Die Ausschüsse haben davon abgesehen, die Steuererhöhungen nach unten und die Anleihe für Arbeitslosigkeit nach oben zu torrigieren.

Dann hätten sie es aber auch nicht für ratsam, die letzten finanziellen Reserven jetzt anzugreifen, zumal, wenn es sich dabei um kreditgefährdende Maßnahmen handelt. Weitere größere Abstriche müssen durch das im Januar vom Reichsrat geforderte und von der Regierung zugesagte „Ausgabensenkungsgesetz auf längere Sicht“ vorbereitet werden. Durch die beiden Ergänzungshaushalte und die Verschlechterung der Wirtschaftslage hat sich auch das Zukunftsbild für 1931 weiterhin wesentlich verschoben. Weder 600 noch 1000 Millionen Verbesserung des Saldos ist mehr zu erwarten. Geht man von gleichbleibenden wirtschaftlichen Voraussetzungen aus, so ergibt sich für 1931 ein Minussaldo von 270 bis 300 Millionen, wenn die jetzt bewilligten Steuern am 1. April ohne Erlaß fortfallen. Bei normaler Entwicklung wird man allerdings einen Teil der außerordentlichen Ausgaben künftig wieder aus Anleihen nehmen können, vorausgesetzt, daß eine gleichmäßige Tilgung der Anleihen gesetzlich vorgeschrieben und vollzogen wird. Dadurch mag sich die Rechnung um rund 50 bis 100 Millionen verbessern. Man kann aber hiernach nicht darauf rechnen, daß ohne Abschaffung der Konjunktur die neuen Steuern erlöslos am 1. April 1931 fortfallen können. Namens der Ausschüsse beantrage ich, der zweiten Ergänzung zum Entwurf eines Reichshaushaltsgesetzes für das Rechnungsjahr 1930 mit den beschlossenen Änderungen in erster und zweiter Lesung zuzustimmen; die Reichsregierung zu ersuchen, das langfristige Sparprogramm mit größter Beschleunigung vorzulegen.

Heute Parteiführerbesprechung.

Montag erste Beratung der Deckungsvorlagen.

Der Reichsanwalt wird heute nachmittag mit den Führern der Regierungsparteien an Hand der Beschlüsse des Reichsrats die Deckungsvorlagen und den Ergänzungshaushalt erörtern. Die erste Lesung der Vorlagen im Reichsrat ist für kommenden Montag vorgegeben. Reichsfinanzminister Dietrich wird die Vorlagen begründen.

Volkspartei und Deckungsvorlage.

Am Freitag vormittag 10 Uhr tritt im Preussischen Landtag der Zentralvorstand der Deutschen Volkspartei zusammen. Im Mittelpunkt der Verhandlungen steht die Haltung, die die Deutsche Volkspartei gegenüber den Deckungsvorlagen der Reichsregierung einnimmt. Die Telegraphen-Union teilt dazu mit: Nach der bisherigen Stimmung ist anzunehmen, daß im Zentralvorstand die Auffassung sehr stark zu Wort kommen wird, wonach im gegenwärtigen Zeitpunkt neue Steuern überhaupt nicht angängig seien und daß die Ausgleichung des Haushalts auf der Grundlage schärfter Einsparungen vor sich gehen müsse.

Ueberschreitungen im Reichsetat

Duischgeneral Lüttwich als außerplanmäßige Ausgabe.

Von Kurt Heinig. Jeder Haushaltsplan, der im Reichstag beraten wird, ist eine vorherige Festlegung der Einnahmen und Ausgaben des Deutschen Reiches. Die wirklichen Einnahmen und Ausgaben werden dem Reichstag erst mit der Vorlage der Abrechnung der sogenannten Haushaltsrechnung bekannt. Früher wurden die Reichshaushaltsrechnungen dem Reichstag erst Jahre nach Abschluß des Haushalts vorgelegt. Das ist in der Zwischenzeit geändert worden. So wird auch die Haushaltsrechnung für das Planjahr 1929, das am 31. März 1930 abgeschlossen worden ist, schon im September dieses Jahres beim Reichstag vorliegen. An Hand der Haushaltsrechnungen prüft jetzt der Reichstag systematisch die Durchführung seiner Beschlüsse durch die Verwaltung. So ist z. B. die vorige Haushaltsrechnung (1. April 1928 bis 31. März 1929) vom Rechnungsunterausschuß des Haushaltsausschusses in dreifig Sitzungen geprüft worden. Durch die neue Haushaltsordnung sind die Behörden gezwungen worden, schon vor der Fertigstellung der Haushaltsrechnung, vierteljährlich fortlaufend über sämtliche über- und außerplanmäßige Ausgaben in Uebersichten zu berichten. Das gab es vor wenigen Jahren ebenfalls noch nicht. Dann wurde durchgesetzt, daß diese Uebersichten vom Finanzministerium dem Haushaltsausschuß des Reichstages zugeleitet wurden. Das funktionierte aus verschiedenen Gründen nicht ordentlich. Deswegen wurde die Pflicht zur Vorlegung der vierteljährlichen Uebersichten in die Reichshaushaltsordnung übernommen. Sie dienen praktisch zur Vorbereitung auf die Prüfung der Haushaltsrechnung. In diesen Tagen hat das Reichsfinanzministerium die bei Ende des abgelaufenen Rechnungsjahres (zum 31. März 1930) den einzelnen Ressorts noch zugewiesenen über- und außerplanmäßigen Ausgabemittel in einer Uebersicht zusammengefaßt dem Haushaltsausschuß des Reichstages mitgeteilt. Demnach handelt es sich darum, daß im letzten Quartal des vergangenen Etatsjahres der Haushaltsplan noch um 61,8 Millionen Mark überschritten worden ist. Rund 6,6 Millionen Mark dieser Ueberschreitungen sind gedeckt worden durch Einsparungen oder Erhöhung der Einnahmen. Die ungedeckte Ueberschreitung des letzten Quartals beträgt demnach 55,2 Millionen Mark. Von diesen 55,2 Millionen Mark an Ueberschreitungen entfallen rund dreißig Millionen Mark auf außerplanmäßige Ausgaben beim Zuschuß zur Arbeitslosenversicherung. Weitere 13,2 Millionen an Mehrausgaben sind beim Haushalt für Verordnungen und Ruhegehälter (Kriegsrenten) entstanden. Rund 7,8 Millionen an Mehrausgaben erwuchsen im Kriegslastenetat. Neben diesen und verschiedenen anderen Ueberschreitungen des Haushaltsplans war das Deutsche Reich aber zu vom Reichstag nicht genehmigten Ausgaben gezwungen, die das Blut in Wallung bringen können. Selbstverständlich ist, daß bei den Ueberschreitungen dieser Art auch das auswärtige Amt beteiligt ist. In einer ganzen Anzahl von Fällen sind hier wieder überplanmäßige Ausgaben vorgekommen, ohne daß das Reichsfinanzministerium vorher auch nur gefragt worden wäre. Bei den einmaligen Ausgaben des Reichsministeriums mußten außerplanmäßig rund 20 000 M. Prozentskosten gezahlt werden. Zur Erläuterung wird dazu das folgende mitgeteilt: „Die Ausgaben sind zunächst infolge von Prozessen entstanden, die der General a. D. von Lüttwich und der Major a. D. Bischoff als Angehörige des Uebergangsheeres gegen den Reichsstatus wegen Nachzahlung von Gebühren für April bis Juni 1920 geführt haben. Die Prozesse des Generals a. D. von Lüttwich und des Majors a. D. Bischoff sind durch drei Instanzen bis zum Reichsgericht geführt worden. Es wurden durch Urteil zugesprochen: General a. D. von Lüttwich von seiner eingeklagten Summe von 975,02 RM 399,37 RM. Major a. D. Bischoff von seiner eingeklagten Summe von 414,92 RM 414,92 RM. Letzgenanntem Offizier ist der durch Urteil zuerkannte Betrag ausgezahlt worden. General a. D. von Lüttwich hat mit Rücksicht auf die gegen ihn geltend gemachte Aufrechnung — siehe nachstehend — von Schadenersatzforderungen aus Anlaß des Rapp-Bußches die Auszahlung der 399,37 M. noch nicht gefordert. Die Gerichts- und Anwaltskosten dieses Prozesses betragen 596,19 M. Auf Grund eines Kabinettsbeschlusses vom 16. Juli 1927 ist wegen der durch den Rapp-Bußch dem Reiche erwachsenen Schäden dem General a. D. von Lüttwich, dem Major a. D. Bischoff und dem Korvettenkapitän a. D. Ehrhardt die Aufrechnung gegenüber ihren der Pfändung unterliegenden laufenden und rückständigen Pensionsforderungen erklärt worden. Daraufhin ist von den genannten Personen Klage gegen den Fiskus auf Feststellung erhoben worden, daß dem Reiche aus Anlaß des Rapp-Bußches kein Schadenersatzanspruch zusteht. Der

Die Unruhen in Mainz.

Scharfer Erlass des heffischen Innenministers.

Darmstadt, 3. Juli.

Der heffische Innenminister hat folgenden Aufruf erlassen: Heute nach sind in Mainz von Unverantwortlichen schwere Ausschreitungen begangen worden, die im Interesse des Ansehens unseres Landes auf das Schärfste perzuzelt werden müssen, zumal daran auch gänzlich unbefangene ehrenwerte Bürger betroffen worden sind.

Die Befreiungsstunde erfordert von der ganzen Bevölkerung ein würdiges, dem Ernst der Zeit entsprechendes Verhalten. Wenn jemand in den kritischen Jahren der Befreiung eine zweifelhafte Haltung eingenommen hat, so ist durch das Urteil seiner Mitbürger zur Genüge bestraft. Ich weiß, daß auch die Bevölkerung des befreiten heffischen Gebietes solche Rohheitsakte verurteilt in dem Gefühl, daß der weltgeschichtliche Vorgang der Befreiung nicht durch Handlungen entwürdigt werden darf, die der Größe unserer Sache widersprechen. Ich habe die Polizeibehörden angewiesen, gegen jede Ausschreitung unter Anwendung aller polizeilichen Mittel rückwärtslos vorzugehen. Die Ordnung und der öffentliche Friede müssen unter allen Umständen gewahrt werden. Ich weise darauf hin, daß für Vermögens- und Sachschäden unter Umständen die Gesamtheit aufzukommen hat.

Weitere Gewalttaten gegen Separatisten.

Mainz, 3. Juli.

Die Gewalttaten gegen die Separatisten scheinen noch kein Ende gefunden zu haben. Nach am Donnerstag vormittag wurden wieder Versuche gemacht, in die Häuser, in denen Separatisten wohnen, einzudringen. Der Polizei gelang es aber überall, rechtzeitig vorzubeugen.

Es hat sich übrigens bei dieser Gelegenheit gezeigt, daß die durch die Verfaller Bestimmungen vorgesehene Beschränkung der Polizeikräfte innerhalb der neutralen Zone verhängnisvoll sein kann. Mainz, eine Stadt von 150 000 Einwohnern, hat so wenig Polizei, daß bei solchen Anlässen Verstärkungen aus Friedberg und Buhbach herbeigezogen werden müssen und ehe diese eintreffen, kann unterdessen der größte Schaden geschehen.

Ruhestörer von auswärtig zugereist.

Zu den gestrigen Ausschreitungen gegen Separatisten teilte die Pressestelle der Polizei mit: Gestern abend gegen 10 Uhr

sammelten sich in der Quintus-Straße vor einem Laden Leute an, die gegen den Geschäftsinhaber eine feindselige Haltung einnahmen. Der Polizei gelang es jedoch ohne größere Anstrengung, die Menge zu zerstreuen. Gegen 20 Uhr wurden derartige Ansammlungen an mehreren Stellen der Stadt festgestellt. Infolgedessen wurde sofort die gesamte Polizei, sowie das in Mainz stationierte Schupo-Commando alarmiert.

In kurzer Folge liefen dann aus den verschiedensten Stadtteilen Meldungen über Gewalttätigkeiten der Menge ein. Die Polizei sandte sofort an die bedrohten Punkte in Kraftwagen und zu Fuß Kommandos, denen es auch gelang, die Menschenmenge zu zerstreuen. Leider waren aber an mehreren Stellen bereits größere Zerwürfungen bei dem Eintreffen der Polizei vorgenommen worden. Die Polizei nahm die bedrohten Personen, soweit sie es wünschten, in Schutzhaft und verhinderte weitere Gewalttätigkeiten und Brandstiftungen. Zahlreiche Verhaftungen wurden vorgenommen. Nach den bisherigen Ermittlungen hat man den Eindruck,

daß die Ausschreitungen von Leuten, die von auswärtig zugereist waren, organisiert gewesen sind.

Diesen schlossen sich viele Reugierige, die von den zahlreichen Festlichkeiten, die am Abend stattfanden, nach Hause gingen, an. Diese unbeteiligten Zuschauer erschwerten der Polizei sehr ihren Dienst, indem sie die Polizeibeamten im Vorgehen gegen die eigentlichen Täter aufhielten und so deren Entkommen ermöglichten. Die Gewalttätigkeiten richteten sich vor allem gegen die Personen, die im Verdacht standen, dem separatistischen Bewegung nahe gestanden zu haben. Unbegreiflicherweise hatten auch andere Bürger, die der separatistischen Bewegung vollständig fern standen, unter dem Angriff zu leiden, ja auch solche Personen,

die im Ruhe- und Separatistenkampf zu den energiegelichsten Vorkämpfern der Abwehrbewegung gehörten.

Die Polizei stellte teils unter Anwendung des Gummiknüppels die Ruhe im Laufe der Nacht wieder her, so daß die von auswärtig alarmierte Schupo sich bei ihrem Eintreffen darauf beschränken konnte, die ermüdeten städtischen Polizeibeamten abzulösen. Es sind alle Vorkehrungen getroffen, um eine Wiederholung derartiger Vorkommnisse unmöglich zu machen.

Internationale Amnestieverträge.

Die antiseparatistischen Pöbelegesse und ihre Folgen.

Schon nach den ersten Nachrichten über die Gewalttaten gegen ehemalige Separatisten in Kaiserslautern ist an dieser Stelle sofort mit allem Nachdruck vor solchen Exzessen gewarnt worden. Inzwischen haben sich ähnliche Vorgänge auch in Mainz abgespielt, die von der hiesigen Nationalistenpresse mit offenkundigem Schalgem registriert werden.

Die ehemaligen Separatisten verdienen keineswegs Sympathie. Aber der nationalstolze Mob, der jetzt an ihnen Rache übt, steht moralisch auf der gleichen Stufe. Die Burken, die das Deutschlandlied schändeten, indem sie es bei der Zerstörung des Reichstags einiger des Separatismus Verdächtigen anstimmten, verdienen eine exemplarische Bestrafung, nicht nur weil die Gemeinden für die von ihnen angerichteten Schäden haftbar sind, sondern auch aus einem noch viel wichtigeren Grunde.

Wir meinen damit nicht allein den sehr blöden Eindruck, den diese Rachezüge an Behörden in der ganzen Welt zum Nachteil Deutschlands erzeugen. Ernsthafter noch ist die schlimme Lage, in die das Deutsche Reich durch diesen Mob veretzt worden ist. Gestern erst ist in London vom Foreign Office in Weichhühnerform ein gegenseitiger Amnestievertrag veröffentlicht worden, den Reichsaussenminister Dr. Curtius und der englische Botschafter Sir Horace Rumbold unterzeichnet haben. Danach wird volle Straffreiheit für alle strafbaren Handlungen gewährt, die von deutschen und fremden Staatsangehörigen in der Zeit vom Beginn der Besetzung bis zum 26. Januar 1930 aus politischen Gründen oder durch Übertretung der Bestimmungen der Alliierten auf dem deutschen besetzten Gebiet begangen wurden. Ausgenommen sind Verbrechen mit Todesstrafe. Die deutsche Regierung verpflichtet sich, alle gesetzlichen Mittel anzuwenden, um etwaige Vergeltungshandlungen zu verhindern und

dehin zu wirken, daß den Amnestierten bei etwaigen Prozessen oder sonstigen Verfahren diese Beurteilungen nicht entgegengehalten werden.

Zweifellos sind ähnliche Verträge mit Frankreich und Belgien abgeschlossen worden, zumal dieser Vertrag mit England hinsichtlich der Separatisten nur theoretische Bedeutung hat, da die englischen Besatzungsbehörden, im Gegensatz zu den französischen und belgischen, die Separatisten zu keiner Zeit der Besetzung unterstügt haben.

Was aber nun, wenn die Vertragspartner, wie nun mit Sicherheit anzunehmen ist, sich beschwerend über die Reichsregierung melden und Deutschland vorhalten, daß es Vergeltungshandlungen nicht verhindert habe? Dann wird sich das Reich entschuldigen, sein Bedauern über die verübten Gewalttaten ausdrücken, für die Zukunft bessere und energiegelichere Schutzmaßnahmen in Aussicht stellen müssen — alles wegen ein paar hundert nationalstolze Rindvieh.

Für ein Vergehen der örtlichen und staatlichen Polizeibehörden kann man das Reich gewiß nicht unmittelbar verantwortlich machen. Aber man hat bisher nichts davon gehört, daß das Reich die beteiligten Landesregierungen auf die übernommenen internationalen Verpflichtungen besonders hingewiesen hätte. Auch der Öffentlichkeit gegenüber ist mit keinem Worte vor solchen Racheakten gewarnt worden. Darin liegt in der Tat eine Unterlassungspflicht der zuständigen Reichsstellen. Möge man wenigstens jetzt den Mut zu einer offiziellen Warnung aufbringen, bevor noch größerer moralischer und politischer Schaden für Deutschland entsteht. Das ist insbesondere die Aufgabe des Ministers für die bisher besetzten Gebiete, Herrn Treubauer.

Litwinow zur Rheinlanddrängung.

Ein Glückwunschtelegramm an den Außenminister.

Wie aus Moskau gemeldet wird, hat der stellvertretende Volkskommissar des Äußeren, Litwinow, aus Anlaß der Rheinlanddrängung an den Reichsaussenminister ein Telegramm mit folgendem Wortlaut geschickt: „Die Regierung der Sowjetunion, die am 13. Januar 1923 vor der ganzen Welt gegen die Besetzung deutschen Gebietes Protest erhoben hat, begrüßt mit Befriedigung die Befreiung des Rheinlandes.“

Der Kampf um die Sperrfristen.

Die Arbeitslosenversicherung vor dem Ausschuss.

Im sozialpolitischen Ausschuss des Reichstags kam es am Donnerstag bei der Beratung der Reform der Arbeitslosenversicherung in der Frage der Sperrfristen zu scharfen Auseinandersetzungen. Die Sozialreaktion wagte sich sehr weit vor. Infolgedessen erklärte vor der Abstimmung Frau Abg. Teuch (Str.) ihre Fraktion sei an die Beratung der Änderung der Arbeitslosenversicherung in der Annahme herangegangen, daß sie im inneren Zusammenhang mit der Sanierung der Reichsfinanzen erledigt werden würde. Davon sei die Haltung des Zentrums zu den einzelnen Abänderungen der Arbeitslosenversicherung bestimmt; seine Haltung sei also nicht vorbehaltlos.

In der Abstimmung über die Sperrfristenanträge wurden alle Abänderungsvorschläge abgelehnt und die in der Vorlage vorgesehene Verlängerung der Sperrfristen von den bürgerlichen Parteien, einschließlich der sogenannten Arbeitnehmersparteien Thiel, Lambach und Schneider angenommen. Für die Ber-

längerung der Sperrfristen auf sechs Monate stimmten nur die Deutschnationalen und Herr Guack von der Volkspartei. Bei dem § 63 der Vorlage, der bei freiwilliger Arbeitsaufnahme Sperrfristen bis zu acht Wochen vorstreckt, blieb die Regierung in der Minderheit, so daß hier die bisherigen mildereren gesetzlichen Bestimmungen bestehen bleiben.

Mussolini gegen Europapakt.

Französisches Zureden.

Paris, 3. Juli. (Eigenbericht.)

In einem der United Press übergebenen Artikel lehrt Mussolini den von Briand vorgeschlagenen Europapakt mit der Begründung ab, daß die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Differenzen, die Widersprüche in den nationalen Zielen der europäischen Völker zu groß seien, um eine Einigung zu gestalten, wenn nicht zum mindesten eine ernsthafte und logische Revision der Friedensverträge eintreife.

Der offiziöse „Petit Parisien“ erwidert darauf, es sei ein lächerlicher Grund, wenn Italien aus Unzufriedenheit über jenen territorialen Gebietszuwachs jetzt den Europapakt Briands sabotieren wolle, der nach Ansicht beinahe aller Beteiligten notwendig sei, und der durch eine rationale Organisation der europäischen Wirtschaft auch für Italien unbedingt Vorteile bringen müsse. Wenn Mussolini wenigstens angeben wolle, führt der „Petit Parisien“ fort, wo die Revision der Friedensverträge anfangen und wo sie enden solle. Wenn aber irgend etwas an territorialen Stand der Dinge geändert werden müsse, dann könnte dies am besten im Rahmen des Europapaktes und mit der Zustimmung des Völkerbundes geschehen. Das müsse auch Mussolini aus dem Memorandum Briands erkannt haben, daß der Europapakt keine Zwangsmaßnahme sein solle.

Troß des Generals a. D. von Büttwig ruht. In dem Prozeß des Majors a. D. Bischoff hat das Landgericht I Berlin durch Urteil vom 17. April 1929 entschieden, daß dem Reiche keine Schadenersatzforderung zusteht. Von einer Verurteilung gegen dieses Urteil ist Abstand genommen worden, weil sich positive Beweise für eine aufrechterhaltene Betätigung Bischoffs nicht haben erbringen lassen, in zweiter Instanz eine für den Fiskus günstige Entscheidung also nicht zu erwarten war. Im Prozeß Ehrhardt gegen den Fiskus hat das Kammergericht in der Berufungsinstanz ebenfalls entschieden, daß dem Fiskus keine Schadenersatzansprüche zustehen. Termin steht am 25. November 1930 an. Die Gerichts- und Anwaltskosten betragen 18 318,26 M.

Man sieht an diesem Beispiel, wie bis in die letzten Titel des Reichshaushaltsplanes hinein die politische Geschichte der Deutschen Republik in Markt und Pfennig umgewandelt wirksam wird. Die andere Seite der gleichen Sache ist dann die Notwendigkeit, die Ausgaben durch Einnahmen möglich zu machen. Dieses eine Beispiel zeigt schon deutlich genug, wie wichtig die strenge Rechnungsprüfung als höchstes Recht des Parlaments ist. Aber alle Arbeit ist vergebens, wenn der Reichstag selbst immer wieder das Haushaltsrecht zerstört und der Bürokratie freie Verfügungsgewalt über riesenhafte Geldmittel gibt. Der zur Zeit im Haushaltsauschuß des Reichstages verhandelte Entwurf des D. H. G. Gesetzes sieht so unter Außerachtlassung aller Erfahrungen vor, daß das Ernährungsministerium ganz selbständig über riesenhafte Beträge, die in einem Titel 91,3 Millionen Mark betragen, frei verfügen darf.

Diese Mittel sollen übertragbar und gegenseitig bedungsfähig sein. Außerdem sollen Einnahmen, die etwa entstehen, diesen Mitteln wieder zuzuführen. Man sieht, daß der Reichstag selbst die strenge Durchführung seiner Beschlüsse sichern — oder ebenso sich seiner Macht begeben und die der Bürokratie ins Grenzenlose steigern kann. Die derzeitige Regierung und die, soweit das überhaupt erkennbar ist, hinter ihr stehenden Parteien sind auf dem Wege, dasjenige an strenger Durchführung des Haushaltsrechts wieder zu zerstören, was unter dem vorigen Reichskabinett aufgebaut wurde.

Tatsachen bleiben Tatsachen.

Brüning und der Rücktritt des Kabinetts Müller.

In unserem Stuttgarter Parteiorgan, der „Schwäbischen Tagwacht“, hat sich Genosse Wilhelm Keil kürzlich mit der Not der Regierung Brüning befaßt. Keil legte dar, das gegenwärtig der Zeitpunkt gekommen sei, aus Grund genauester Einblicke und Informationen festzustellen, daß es Herr Brüning persönlich war, der das Kabinett Müller zielbewußt zum Scheitern gebracht hat. So wäre es ein großer Verstoß des Herrn Brüning, wenn er glauben sollte, daß er erst die Sozialdemokratie brüskieren und ausschalten könne, um sie nachher als Rückenstärker für seine eigenen unsicheren Kantonisten heranzuziehen.

Diese Feststellungen Keils sind dem Zentrum schärflich unangenehm gewesen. So glaubte das Zentralorgan des Zentrums, die „Germania“, die Ausführungen Keils als „alle Kamellen“ abzuwehen zu können, mit denen nochmals die Mär vom Sturz des Kabinetts Müller durch Brüning aufgewärmt wurde. Das Blatt behauptet sodann, daß Keils Feststellung, „Herr Brüning habe das Kabinett Müller zielbewußt zum Scheitern gebracht“, absolut falsch sei. Alles, was Keil an „Einblicke“ und „Informationen“ anführe, lasse sich mit den Tatsachen in Widerspruch setzen.

Zu diesen Behauptungen der „Germania“ schreibt uns Genosse Wilhelm Keil:

„Die „Germania“ bringt eine Zuschrift aus der Zentrumsfraktion des Reichstags zum Ausdruck, die sich gegen die von mir in der „Schwäbischen Tagwacht“ gegebene Darstellung über die Haltung des Herrn Dr. Brüning in den Schicksalslagen des Kabinetts Hermann Müller wendet. Während ich in meinem Artikel Tatsachen an Tatsachen gereiht und es ausdrücklich abgelehnt habe, einen persönlichen Vorwurf zu erheben, verzichtet die Zuschrift darauf, sich mit den Tatsachen zu beschäftigen und beehrt mich dafür mit geringfügigen persönlichen Bemerkungen. Das berührt mich um so weniger, als die Ableitung vom Sachlichen aufs Persönliche immer ein Beweis für die Schwäche desjenigen ist, der diese Methode anwendet.“

In der Zuschrift aus der Zentrumsfraktion ist aber eine offenbar nicht gemollte Bestätigung meiner Darstellung enthalten. Sie nimmt Bezug auf eine Reichstagsrede des Zentrumsabgeordneten Esser vom 2. April, worin Esser erklärt hat, daß das Zentrum mit dem Kompromißvorschlag Brüning zur Arbeitslosenfrage einen Weg gegangen ist, den es „eigentlich sachlich nicht mehr voll verantworten konnte“. War bei dieser Beurteilung des Brüning'schen Vorschlags durch Herrn Esser nicht vorauszusehen, daß der Vorschlag bei der Sozialdemokratie auf Ablehnung stoßen müßte? Wenn Herr Esser nachträglich aus Gründen der Fraktionsdisziplin an die Seite seines Freundes Brüning trat, so werfe ich deshalb keinen Stein auf ihn. Nur muß ich bitten, unüberlegbare Tatsachen nicht durch persönliche Anwürfe zu verschleiern.“

Die Motive, aus denen Herr Brüning an seinem schon bei den eigenen Freunden auf Widerpruch gestohlenen Vorschlag bis zum Rücktritt des Kabinetts Müller zäh festhielt, statt hinter die Fiktion zu treten, die zwischen den sozialpolitischen Sachverständigen des Zentrums und der Sozialdemokratie vereinbart worden war, unterlasse ich nicht. Es war sein gutes Recht, mit erlaubten tatsächlichen Mitteln das Ziel zu verfolgen, das ihm erstrebenswert schien. Es hieße aber die politische Begabung des Herrn Brüning unterschätzen, wollte man ihm unterstellen, er hätte die Ablehnung seines Vorschlags durch die Sozialdemokratie nicht voraussehen können, nachdem schon Herr Esser erklärt hatte: „das mache ich nicht mit, davon rüde ich ab.“

Es war auch das gute Recht des Herrn Brüning, die Zentrumsminister aus dem Kabinett Müller zurückzuführen, nachdem Herr Rosenhauer seine Demission eingereicht hatte, weil er seine eigene Vorlage nicht mehr vertreten wollte. Den Vorwurf der Unloyalität habe ich nicht erhoben und erhebe ich nicht; obgleich Herr Brüning auf den Rücktritt Rosenhauers aus dem Kabinett Müller anders geantwortet hat, als auf den Rücktritt des selben Ministers aus dem Kabinett Brüning. Im ersten Falle zog Herr Brüning die Zentrumsminister zurück, läßt das Kabinett Müller auf und entzog ihm die Möglichkeit, für seine Vorlage vor dem Reichstag zu kämpfen. Im zweiten Falle ließ er Herrn Rosenhauer allein seines Weges ziehen. Für dieses verschiedene Verhalten hat er seine Gründe gehabt. Nur gibt es keine Gründe, mit denen man eherne Tatsachen umstoßen kann.

Der lausländische Landestat begrüßt in einer Entschließung die Rheinlanddrängung und erwartet als Fortsetzung der Verständigungsarbeiten auch die baldige Befreiung der Saar und ihre Rückkehr ins Deutsche Reich.

Amnestiejubel rechts.

Sohn als Dank an die kommunistischen Helfersbesser.

Die Rechtspresse ist des Jubels voll über das Zustandekommen der Fememörder-Amnestie. Aus der Fülle der Stimmen zitieren wir Hugenberg's „Total-Anzeiger“:

Die unabhängige, gegen amtliche „Schwergelien“ und nicht-amtliche Hezereien jahrelang ankampfende

Aufflarungsarbeit der nationalen Rechten hat einen Sieg errungen,

über dessen Umfang und Tragweite das Abstimmungsresultat genug besagt.

Die Kommunisten, die diesen „Sieg der nationalen Rechten“ erst herbeigeführt haben, erhalten den gebührenden Dank vom Haupte Hugenberg in folgenden Sätzen abgestattet:

Die Sitzung selbst wurde zu einem unbefristeten groen Tag für die Kommunisten, zu einem Bombenerfolg. Solche Sachsturme wie gestern auf Kosten der Moskowiter hat das Haus seit Monaten nicht mehr erlebt. Herr Torgler donnerte nämlich eine Parteidarung gegen die Amnestie herunter, ganz parierrot lief er dabei an vor Anstrengung und Mut, und sah zum Höchsten aus. Buhlich aber schrie er: Wenn wir diese jämmerliche und unzulängliche Amnestie in der Schlussabstimmung annehmen... — da war's um ihn gefeiert. Ein Orkan von Gelächter umbrauste ihn, ratlos sah er umher, wenigstens kam er zu Atem. Schlielich erlaubte man ihm, seine famose Erklärung zu Ende zu brüllen.

Die „Rote Fahne“ sucht die grenzenlose Blamoge ihrer Partei zu verbergen unter der Schlagzeile: „SPD, die Partei der Henkerjustiz“ — „Henkerjustiz“ betitelt die Rotfront-Freunde der Schulz und Klapproth nämlich eine Justiz, die Fememorder nicht postwendend in Freiheit setzt. Eine weitere Ueberschrift der „Roten Fahne“ behauptet:

„Nachdem die SPD die Fememorder freila...“

Also jetzt ist es bereits die Sozialdemokratie, welche die Fememorder amnestiert hat!! Unsere Voraussage im Vortitel der gestrigen Morgenausgabe, da noch vor Ablauf von drei Monaten die Kommunisten behaupten würden, wir hatzen die Fememorder amnestiert, ist vielfach übertrumpft: es hat für diese Lüge noch keiner vierundzwanzig Stunden bedurft!

Schon neue Amnestieforderungen!

Ebenso bewahrheitet sich unsere Prophezeiung, da die Rechtsradikalen keineswegs diese Amnestie als die „allerletzte“ ansehen, sondern sofort neue Amnestieforderungen anmelden würden. Die „Deutsche Zeitung“ z. B. erklärt:

Alledings können wir nicht verhehlen, da die Beschränkung der Amnestie auf politische Straftaten vor dem September 1923 die vollständige Bereinigung verhindert. Unzählige Opfer der „Republikflucht“-Justiz aus den unruhigen Zeiten unmittelbar nach der Inflation, zahlreiche Kämpfer aus der Front des Widerstandes gegen die Young-Verfassung (Bombenerleger! Red. d. B.) sind bemaigt von der Amnestie ausgeschlossen worden. Der Kampf um die Befreiung auch dieser Vorkämpfer des Befreiungswillens geht weiter. Er wird erst dann beendet sein, wenn der Unterdrückung des nationalen Willens ein Ziel gesetzt ist.

Das heit, wenn alle rechtsradikalen Zeitfahner, Bombenerleger und Rombs in Freiheit gesetzt sind! Na, Herrschaften von den Mittelparteien, wie wäre es mit einer aller-allerletzte...?

Universität Jena gegen Fried.

Fried stifet Studentenrebellion.

Jena, 3. Juli.

Der Rektor der Universität Jena hat an den thüringischen Kultusminister Dr. Fried einen Brief gerichtet, in dem er sich auf ein offizielles Schreiben des Ministers bezieht, da dieser am 31. Mai an den Allgemeinen Studentenausschu in Jena gerichtet hat und das in der Zeitung der Jenaer Studentenschaft abgedruckt worden ist. Der Rektor erklärt unter anderem:

„Sie schlieen diesen Brief mit der Wendung, das Gluckwunschschreiben der Jenaer Studentenschaft sei Ihnen ein Beweis dafür, da die junge Generation mehr Verständnis für die Schaffung notwendiger Voraussetzungen zu Deutschlands Erneuerung hat als die Vertreter jüngerer Wissenschaften“. Diese Wendung, Herr Staatsminister, bedeutet, zumal in der Situation, in der sie geschrieben wurde,

für uns Professoren eine Kränkung, wie sie schwerer kaum gedacht werden kann.

Es ist schwer erträglich, da aus unseren rein sachlichen, von jeder politischen Einstellung unberuhren Bedenken gegen die Berufung eines Mannes zum Professor ein Schlu auf unsere vaterländische Gesinnung gezogen wird, (es handelt sich um den Fall Günther.) Schwer erträglich, da wir wegen unseres pflichtmaigen Eintretens für die Rechte und Aufgaben der Universität als solche hingestellt werden, die weniger Verständnis für die Erneuerung Deutschlands haben sollen als Kreise der studentischen Jugend, die sich für gewisse Gedanken des Tages begeistern.

Wie konnten wir mit klarem Verstand lesen, da Sie in dieser uns Professoren herabwürdigenden und unsere Autorität gefährdenden Weise an Studenten geschrieben haben.

Wie sich dergleichen auswirken mu, ist in den letzten Wochen hier in Jena in die Erscheinung getreten. Es ist ja verständlich, da junge Leute, wenn sie ein solches Schreiben des Ministers in Händen haben, sich in ihrer auflehrenden Haltung gegen über den akademischen Behörden gekühlt und gedehnt fühlen. Die Zustände, die sich hier in Jena in den letzten Wochen entwickelt haben, sind schlechthin unhaltbar und fordern ein energisches, grundlich Ordnung schaffen, des Durchgreifens der akademischen Behörden, das durch Ihren Brief vom 31. Mai, Herr Minister, sowie durch die Stellungnahme der Ihnen nahestehenden Presse ungemein erschwert wird.“

Der Rassenkampf bei Hugenberg.

Die Rasse des „Deutschnationalen Arbeiterbundes“.

In der Klagesache des Deutschnationalen Arbeiterbundes gegen die Abgeordneten Hartwig und Bindner hat das Landgericht III am 1. Juli folgendes Urteil gefällt:

„Die Beklagten werden als Gesamtschuldner verurteilt, dem Kläger — dem Deutschnationalen Arbeiterbund innerhalb der DAWB — die folgenden, dem Deutschnationalen Arbeiterbund abhanden gekomnen Gegenstände zu verschaffen: Fahne, Schreibmaschine, Karoschkel, Kassenbücher, und Kassanbestande einschlielich der Bücher

Fememorder in Freiheit.



„Schönen Dank auch, Herr Pieck, an Sie und die ganze SPD, denen wir unsere wiedergewonnene Freiheit verdanken!“

Der Ri im Hafenkreuz.

Die Gruppe um Otto Straer abgespalten.

Die Spaltung im nationalsozialistischen Lager ist eingetreten. Otto Straer gründet eine neue Partei, die den Namen „revolutionäre Nationalsozialisten“ führt. Seine Gruppe veroffentlicht eine längere Erklärung, in der es heit:

„Von jeher hat es uns mit Bedauern und Mibehagen erfüllt, da Adolf Hitler sich zwar häufig mit führenden Kreisen der Unternehmer- und Kapitalisten-schaft über die Ziele und Wege des Nationalsozialismus ausgesprochen, aber nie Gelegenheit nahm, mit führenden Kreisen der Arbeiter und Bauern das gleiche zu tun. So empfanden wir das daraus resultierende Gefühl, als ob der Nationalsozialismus jenen Kreisen näher stände als diesen, als eine schwere Belastung, um so mehr als wir uns sagen muten, da die Echtheit unseres sozialistischen Willens jede Verständigung mit jenen Kreisen ausschloe, denen die Wahrung ihrer kapitalistischen Rechte immer noch wichtiger war und ist, als die Durchführung nationaler Ziele, wenn diese Durchführung den Sozialismus zur Voraussetzung hat. Aus dem gleichen Grunde saen wir mit steigender Sorge die enge Verbindung der Führung mit Hugenberg und der Deutschnationalen Volkspartei, zum Teil auch mit dem Stahlhelm und den sogenannten Vaterländischen, weil alle diese Umstände — auch wenn sie, wie beim Volksbegehren tatsächlich von Fall zu Fall vertreibbar sein mochten — doch geeignet schienen, eine falsche Vorstellung von unserem Wesen zu geben... Hand in Hand mit der Verhugung der Bemannung ging eine Verbanzung der Partei, die geradezu erschreckende Formen annahm. Nicht nur die sogenannten höheren SA-Führer, sondern in steigendem Mae auch die politischen Funktionäre der Partei, entwickelten sich nach ihrer Haltung und ihrer Lebensführung in einer Weise, die ebenso mit den inneren Wesen einer revolutionären Bewegung, wie mit den Forderungen eines sauberen Charakters in Widerspruch standen... Als aufrechte, unbeugsame Befekner des Nationalsozialismus, als glühende

Kämpfer der deutschen Revolution lehnten wir jede Verfälschung des revolutionären Charakters, des sozialistischen Willens und der nationalsozialistischen Grundsie des Nationalismus ab und werden nunmehr auerhalb der ministeriell gewordene RSDAP, das bleiben, was wir immer waren: Revolutionäre Nationalsozialisten.“

Die Erklärung ist neben Otto Straer, Robakowicz und Schapke fast ausschlielich von Berliner Funktionären der Nationalsozialisten unterzeichnet. Ob diese Gruppe Anhang im Lande hat, mu sich erst herausstellen.

Bruderzwist im Hause Straer.

Der nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete Gregor Straer, der Reichsorganisationsleiter der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei und frühere Herausgeber der Berliner Zeitung „Der Nationale Sozialist“ veroffentlicht folgende Erklärung:

„Ich stehe dem Vorgehen des Kreises um den Kampferlag unter Führung meines Bruders Dr. Otto Straer gegen die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei in schärfster Verurteilung und Opposition gegenüber. Aus diesem Grund habe ich bereits am 30. Juni die Herausgeberschaft und verantwortliche Schriftführung der Kampferlagssitzungen niedergelegt. Ich stehe nach wie vor in vollster Bonafide hinter Herrn Adolf Hitler und der von ihm geführten Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei.“

Razifraktion für Hitler.

Die nationalsozialistische Reichstagsfraktion veroffentlicht folgende Erklärung: „Entgegen anderslautenden Gerüchten und Presse-meldungen erklärt die Reichstagsfraktion der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei, da sie geschlossen hinter die Führung Adolf Hitlers steht und sich in fester Disziplin der Parteileitung einordnet.“

und Bestände der Hiltstasse. Die Kosten werden den Beklagten als Gesamtschuldnern auferlegt. Das Urteil ist gegen Sicherheitsleistung in Höhe von 12.000 M. vorläufig vollstreckbar.“

Der Rassenkampf bei Hartwig und Bindner, der aus der deutschnationalen Volkspartei ausgetretenen Christlich-Sozialen, gegen Hugenberg ist zum Rassenkampf um den „Deutschnationalen Arbeiterbund“ geworden, und Hugenberg hat im Rassenkampf gesiegt.

Die Strafanträge in Schweidnitz.

Gefängnis wegen Landfriedensbruch.

Schweidnitz, 3. Juli.

Im Schweidnitzer Nationalsozialistenprozess wurden heute die Strafanträge gestellt. Erster Staatsanwaltschaftsrat Keimer, Breslau kam nach etwa einwöchigen Ausführungen zu dem Ergebnis, da sowohl die Schuldfrage wegen Landfriedensbruchs als auch wegen gemeinschaftlicher Verammlungsprengung zu bejahen sei. Notwehr könne keinem der Angeklagten zuerkannt werden.

Anschlieend daran ging Staatsanwaltschaftsrat Voderhose auf die Taten der einzelnen Angeklagten ein und beantragte gegen den Angeklagten Thiemann neun Monate, gegen den Angeklagten Herda sechs Monate und gegen elf weitere Angeklagte je drei Monate Gefängnis. Bedinglich für den Angeklagten Schnelber beantragte er Freisprechung wegen Mangels an Beweisen.

Der Vertreter der Anklage ging weiter auf die Möglichkeit ein, da das Gericht nur Verammlungsprengung annehmen könne, und stellte für diesen Fall folgende Strafanträge: für den Angeklagten Thiemann sieben Monate, gegen die Angeklagten Herda, Joseph und Max Kubisch je fünf Monate, gegen Traczak, Reichner, Köhler, Grike und Kubisch je vier Monate, gegen Albracht, Klose und Giesel je drei Monate und gegen den Angeklagten Brommer zwei Monate Gefängnis.

Die Krafauer Massenkundgebung.

Strafanzeige gegen die Oppositionsführer.

Warschau, 3. Juli. (Eigendbericht.)

Der groartige Verlauf und die sehr entschiedenen Parolen der Krafauer Riesenkundgebung gegen das

Diktaturregime hat die polnischen Regierungsbehörden zur Sache gezwungen; sie haben Strafanzeige gegen führende oppositionelle Parlamentarier, darunter die Sozialisten Barlicki, den Führer der freien Gewerkschaften, Wlczmarzschall Zulawski, und den fraktionsvorsitzenden und Chefredakteur des „Robotnik“, Niedzialkowski, gestellt. Die Parlamentarier sollen sich der „Störung der öffentlichen Ordnung und der Erregung von Ha und Verachtung gegen das Staatsoberhaupt“ schuldig gemacht haben. Das Verfahren vor dem Schwurgericht kann jedoch nur für den Fall einer Auflösung des Sejm oder der Aufhebung der Abgeordnetenimmunitat vor sich gehen.

In der Nacht zum Donnerstag erfolgte in der Redaktion des Krafauer sozialistischen „Naprzod“ („Vorwärts“) eine Hausdurchsuchung. Die Korrespondenz des Blattes wurde beschlagnahmt.

Der Wojewode von Krafau hat seinen Unterbehörden mitgeteilt, da er die Sejmabgeordneten und Senatoren sowie andere Personen, die am Oppositionskongress teilgenommen haben, nicht mehr empfangen werde. Die Chefs der Behörden der Wojewodschaft werden angewiesen, diese Personen nur dann zu empfangen, wenn sie als Privatpersonen, d. h. in eigenen Angelegenheiten oder als Bevollmächtigte dritter Personen vorprechen.

Blutiger Zusammensto in Schoppinicz.

Kattowicz, 3. Juli.

Eine von dem kommunistischen Abg. Wlczporek nach Schoppinicz einberufene Arbeitslosendemonstration nahm einen blutigen Verlauf. Als der Abgeordnete seine Rede beendet hatte, brach die Versammlung, etwa 1000 Mann, in Rufe aus: „Es lebe der sozialistische Sejm! Es lebe die Revolution!“ Darauf lote die Polizei die Versammlung auf. Vor dem Versammlungstafel kam es zu ersten Zusammensten, die Polizei machte vom Säbel Gebrauch. Im Verlauf der Zusammenste wurde die Polizei von den Arbeitslosen mit Steinen beworfen. Drei Polizeibeamte und etwa acht bis zehn Demonstranten wurden teils leicht, teils schwer verletzt.

In Finnland hat der bekannte Politiker Soininhuud die Regierungsbildung übernommen; er will eine Koalitionsregierung aus allen burgertlichen Parteien bilden.

Die Kürzung hoher Pensionen.

Verorgungsdebatte im Reichstag.

Zu Beginn der gestrigen Reichstags-Sitzung teilte Präsident Lobe ein Gesuch des Abg. Dr. Goebbels (Nat. Soz.) um Krankheitsurlaub auf vier Wochen mit. (Lebhafte Jurufe der Kommunisten.) Auf die Frage des Präsidenten an die Kommunisten, ob sie Einspruch gegen die Gewährung dieses Urlaubs erheben wollen, erfolgt die Antwort: „Um Gottes willen, nein, geben Sie ihm nur D a u e r u r l a u b!“ (Heiterkeit.)

An der fortgesetzten Beratung des Haushalts für Versorgung und Ruhegehälter spricht

Abg. v. Troilo (Dnatl.) gegen die sozialdemokratische Abg. Frau Reiche, die den Betrag im Vergleich zur Kriegsoffiziersversorgung als zu hoch bezeichnet hatte. Der Redner wendet sich auch gegen die sozialdemokratischen Anträge auf Erhöhung der Renten und verlangt Wiederherstellung der Tropenzulage für die Veteranen der ehemaligen Schutztruppe. Der sozialdemokratische Pensionsfürsorgeantrag greife in verfassungswidriger Weise die wohlverdienenden Rechte der Beamten und Offiziere an, die Deutschland groß gemacht hätten. Die Sozialdemokratie will den Staat nur für ihre Anhänger zum Rentner- und Futtertrockenstaat machen. (Wärm links.)

Die Pensionskürzung wäre der Gipfel der Unmoral.

Was bleibt vom Ruhegehalt noch übrig, wenn der kleine Nebenverdienst (Heiterkeit links) — Großkapitalisten sind die Verlesungsbezieher nicht — auch noch angerechnet werden soll. Die Regierung der Frontkämpfer sollte sich hüten, die ehemaligen Frontkämpfer zu schädigen, sonst könnte sich das Sündenrad an der Waage einmal gegen die Regierung wenden. (Wärm links.)

Abg. Lude (Wpl.) ist für kurzbefristete Kürzung der hohen Pensionen bei großem Nebenverdienst. (Wärm rechts.) Der sozialdemokratische Antrag würde sich aber gegen die niedrigeren Pensionen auswirken.

Abg. Brünlaghaus (Wpl.): Mit den dauernden Neuansmeldungen von Kriegeschädigten muß endlich Schluss gemacht werden, doch soll jede Härte vermieden werden. Die Bewürdigung gegen die Versorgungspraxis sind unredigiert. Die Abbaubefugnisse entspringen einer Fingehose. (Abg. Rothmann (Soz.): Wolbenhauer hat ihn beantragt.) Die Volkspartei ist nicht für alle Anträge Wolbenhauers verantwortlich. (Heiterkeit.)

Abg. Sparrer (Dem.) rückt von der mehrfach erwähnten Kritik Theodor Wolffs im „Berliner Tageblatt“ an der Versorgung der Kriegsoffiziere ab. Es darf nicht wieder vorkommen, daß die Versorgungsrenten nicht pünktlich ausgezahlt werden können, weil das Geld ausgeblieben ist.

Abg. Volb (Bayer. Wpl.) lobt den Wert der Heeresfachschulen für die Versorgung der auscheidenden Reichswehrsoldaten. Die Anzahlen zum Versorgungsgehalt sollen verhalten, daß, wie 1928 und 1929, wieder Staatsüberschreitungen bis zu 78 Millionen vorkommen. Bei der Wiedergutmachung der Entziehung der 20prozentigen Kriegsrenten in den Jahren 1920/23, die das Wiederansteigen der Versorgungsberechtigten erzeugte, ist man keineswegs weitherzig vorgegangen. Der Redner erkennt die Zwangslage des Kabinetts Müller und des Ministers Wiffel in der Finanznot des vorigen Jahres an, die die Sperrung eines Teils der Kriegsoffiziersrenten veranlaßte. Aber das zeigt, daß die Sozialdemokratie auch in der Regierung ihre Wahlversprechungen nicht erfüllen kann. Dem Abg. Sparrer ist zu sagen, daß sein Fraktionskollege Fischer-Köln, der Präsident des Hanlabundes, seine Stellung lieber dazu ausnützen sollte, die unsachlichen und die Kriegsoffiziere unnötig erregenden Sparvor schläge zur Kriegsoffiziersversorgung zu verhindern. (Unruhe bei den Demokraten.)

Jene Kreise, die sich Wirtschaft nennen, stellen noch lange nicht die Wirtschaft dar; die Kriegsoffiziere erfüllen meist auch wirtschaftliche Funktionen.

Ich möchte sehen, wie der Hanlabund seine verhängenden Sparanschläge praktisch durchführen wollte. Diese Herren sollten den Mut haben, in einer Kriegsoffiziersversammlung ihre Ansicht zu vertreten, so z. B.: 50 Proz. der Kriegsoffiziersrenten bezogen ihre Rente zu Unrecht. Die Herren sollen sich aber dann nach einem sicheren Unterstand umsehen. (Lebhafte Heiterkeit, Sehr richtig! links.) Hände weg von der Kriegsoffiziersversorgung! (Bravoo links und in der Mitte.)

Abg. Eisenberger (Bayer. Bauernpt.), der wie gewöhnlich vor stark befehltem Hause spricht, da ihn viele hören wollen, äußert sich im Sinne des sozialdemokratischen Antrags für die Kürzung der

hohen Pensionen und meint u. a.: Die Reichsfinanzen haben so viele Löcher, daß man schauen muß, wo man die Flecke herbringt und den Zwirn, um sie zu flicken.

Es war ein großer Fehler, daß man im Dezember 1927 den Antrag Müller-Franken, der schon dasselbe sagte wie heute wieder, mit 201 gegen 189 Stimmen abgelehnt hat.

Man beruft sich auf den Verfassungartikel über die wohlverdienenden Rechte, aber wenn man dem Bauern die Kuh aus dem Stall treiben und Handwerker Maschinen und Werkzeug wegnehmen kann, dann wird man auch vor den hohen Pensionen nicht halt machen müssen. Immer mehr Bauern und Gewerbetreibende kommen in den Konkurs, aber hat man schon jemals gehört, daß ein Pensionist in Konkurs gekommen ist? (Lebhafte Heiterkeit.) Die Leute, die nichts mehr haben, werden radikal und sagen dann: Wenn mich der Teufel holt, soll er die anderen auch holen! (Heiterkeit.) Bei der Befolgsregelung hat man die hohen Pensionen um das Drei- bis Vierfache dessen erhöht, was den kleinen Pensionen zugelegt wurde. Ja, können denn die hohen Herren dreimal bis viermal soviel essen wie die unteren? (Heiterkeit.)

Ein Skandal sind die Nebenverdienste der Großpensionisten.

Man sollte die Bilanzen der Banken und Aktiengesellschaften prüfen lassen, um herauszubekommen, was diese Herren als Aufsichtsräte einstecken; die Finanzämter kennen sich da ja gar nicht aus. (Zuruf: Und Ihr Minister fehr in München?) Ja, soll der weniger Gehalt als die anderen bekommen, weil er ein Bauernbündler ist? Der frühere Reichspostminister Stinagel hat es fertig gebracht, zu seiner 25 000-Mark-Pension noch 3000 Mark aus dem Hindenburgfonds zu beziehen. Das ist eine Umgehung des Gesetzes. In Traunstein sind höhere Offiziere mit guten Pensionen als Reisende in Kaffee, Wein und Zigarren tätig. Wenn ein Kleinrentner oder Wohlfahrtsempfänger das macht, wird er aus der Wohlfahrtspflege hinausgeworfen. (Sehr richtig!) Die Pensionskürzung würde einen guten Eindruck machen, die Leute würden dann wieder lieber arbeiten und Steuern zahlen. (Ho-Ho, Heiterkeit.) Manche sehr nationale Pensionisten verkehren ihr Geld im Ausland. Während der römische Kaiser Tiberius gesagt hat,

man soll die Schafe scheeren, aber nicht schinden

(Heiterkeit), hat man die Steuern und die Beamtengehälter gewaltig erhöht. Man sollte aber zu den Leuten gehen, von denen man große Büchel Wolle herausbekommen kann. Das gibt Rohmaterial für Stoffgarn, um die Löcher im Etat zuzustopfen. Wenn die Haut wieder ganz ist, wächst vielleicht wieder Wolle drauf, die zum Nutzen der Landwirtschaft und des ganzen Reichs verwendet werden kann. (Lebhafte Beifall.)

Abg. Dr. Best (Volksrechtsp.) Die von den Sozialdemokraten beantragte Pensionskürzung ist ebenso wie das Beamtenotopfer verfassungsändernd. Die Arbeitslöhne sind viel stärker als die Beamtengehälter gestiegen.

Die Beratung ist damit beendet. Es folgen Abstimmungen. Eine sozialdemokratische Entschließung, die Einsparungen im Versorgungsetat zum weiteren Ausbau der Versorgung zu verwenden, wird gegen Sozialdemokraten und Kommunisten abgelehnt.

Mit dem gleichen Stimmenverhältnis wird die sozialdemokratische Entschließung auf Erhöhung des Kapitalabfindungs-fonds auf 90 Millionen abgelehnt. Der Versorgungshaushalt wird nach den Vorschlägen des Ausschusses angenommen.

Beim Etat des Reichshofes und des Reichsparlamentarischen dankt

Abg. Schmidt-Stettin (Dnatl.) diesen Beamten für ihre Arbeit. Die Gutachten des Reichsparlamentarischen müssen frühzeitiger vorgelegt werden. Die Reichsabgabenverwaltung ist überorganisiert und muß vereinfacht werden, ebenso die Verwaltung der Bundesarbeitsämter.

Dieser Etat wird angenommen und dann eine Ausschlußentscheidung auf Durchführung der Personalverhältnisse des Reichsverkehrsministers und eine sozialdemokratische Entschließung auf Schaffung von Richtlinien für die Tätigkeit des Sparkommissars. Zum Haushalt der Reichs-schuld spricht

Abg. v. Sybel (Chr.-Nat. Bauernpt.) gegen die hohe Belastung der Landwirtschaft durch die Zinsen für die Rentenbankgrundschuld,

erklärt sich aber wegen der großen Kosten gegen die Einziehung der geringen Zahl noch unlaufender Rentenbonds, die noch dazu den Vorteil hätten, die allzu große Freiheit der Reichsbank in der Gelbenausgabe etwas einzukengen. Wir fordern die Tilgung der ungeheuren schwebenden Reichsschuld nicht durch Steuererhöhungen, sondern durch Sparmaßnahmen, und lehnen deshalb den Etatentwurf für die schwebende Schuld ab, ebenso den Anleiheentwurf und die neue Anleihe von 15 Millionen zum Erwerb neuer Bagg-Motoren durch das Reich.

Der Haushalt wird angenommen. Eine Reihe von Begehren zur Abänderung steuer- und finanzpolitischer Belege werden Ausschüssen überwiesen.

Schluß gegen 19 Uhr. Weiterberatung heute 15 Uhr: Kleinere handels- und steuerpolitische Vorlagen, Gesetz über Kontrolle der Einfuhr von Auslandsfilmen, Gesetz über den endgültigen Reichsmittelhaushalt.

Scharfe Kritik an der Filmzensur.

Sozialdemokratischer Vorstoß im Bildungsausschuß.

Der Bildungsausschuß des Reichstags verabschiedete am Donnerstag den Entwurf eines Gesetzes über die Durchführung ausländischer Bildstreifen.

Der zwei Paragraphen umfassende Entwurf will die Reichsregierung ermächtigen, zur Wahrung der kulturellen Interessen im deutschen Lichtspielwesen Bestimmungen über die Durchführung ausländischer Bildstreifen (Filme) zu erlassen. Für Zuwiderhandlungen gegen die vom Reichsinnenminister zu erlassenden Vorschriften werden Freiheits- und Geldstrafen angedroht.

Abg. Löwenstein (Soz.) erklärte im Verlauf der Debatte, Deutschland führe mehr Filme aus als ein, es sei an der ausländischen, vor allem amerikanischen Filmproduktion stark beteiligt. Wenn man auf Maßnahmen Englands und Frankreichs hinweise, so sei zu bedenken, daß die englische Filmproduktion ganz geringfügig sei und auch Frankreich 1928 nur 94 französische neben 500 ausländischen, darunter zahlreichen deutschen Spielfilmen aufweise. Protektionistische Maßnahmen Deutschlands würden durch die Antwort, die sie naturgemäß auf der Gegenseite finden müßten, sich zum Nachteil der deutschen Filmindustrie auswirken. Man wisse auch durchaus nicht, wie sich das Vordringen des Tonfilms auf den Bedarf auswirke. Die Folgen des Ermächtigungsgesetzes ließen sich in keiner Weise übersehen.

Abg. August Siemen (Soz.) wies auf die bereits bisher geübte Zensurierung der Russenfilme hin, ferner darauf, daß man den Kriegsfilm von Charlie Chaplin in Deutschland nicht zugelassen habe wegen der Rolle, die Wilhelm II. in ihm spiele. Auch die Aufführung des das Seifenwesen höchst amüsanter verpöndenden Chaplinfilms „The pilgrim“ sei bis vor kurzem durch kirchliche Einflüsse verhindert worden. Vor wenigen Tagen hätte in München eine große Kundgebung für Justiz und Sitte stattgefunden, in der man eine Bekehrung nach den Grundsätzen christlicher Weltanschauung und zugleich eine Filmzensur auf dieser Basis gefordert habe. Dente man endlich an die Kulturdebatte im Reichstag und an die Definition von „Kulturvolkswissenschaft“ durch Joos, so seien die Befürchtungen nur allzu berechtigt, daß das Ermächtigungsgesetz einseitig im christlichen und nationalistischen Sinne Anwendung finden werde zur Fernhaltung von Auslandsfilmen mit „unerwünschten“ Tendenzen.

Abg. Löwenstein (Soz.) stellte schließlich den Antrag auf Ablehnung des Gesetzesentwurfes, der mit 12:15 Stimmen in der Minderheit blieb. Dagegen fand sein Zusatzantrag Annahme, daß die vom Reichsinnenminister zu erlassenden Vorschriften außer der Zustimmung des Reichsrats auch die des Bildungsausschusses bedürfen. Auf Antrag Löwenstein wurde dann noch der Befristung des Gesetzes bis zum 31. März 1931 zugestimmt.

(Gewerkschaftliches siehe 2. Beilage.)

Verantwortlich für Inhalt: Dr. Gust. Geyer; Wirtschaft: G. Klingelhäger; Gewerkschaftsbewegung: J. Selner; Revision: A. A. Böhler; Postales und Sanitales: Frau Reichardt; Anzeigen: A. Gieseler; Familien in Berlin: Bertha; Vermittlungs-Büro: G. m. b. H. Berlin; Druck: Hermann-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 68, Lindenstraße 3. Hierzu 2 Beilagen und „Stadtblatte“.

WERTHEIM

Leipziger Str. (Versand-Abt.) Königstr. Rosenthaler Str. Moritzplatz

Freitag u. Sonnabend billige Lebensmittel

Sonnt. Durrat, Mengenabgabe vorbehalten. Fisch, Obst u. Gemüse werden nicht zugestellt.

Zitronen Dutzend von 60 Pf. an	Kartoffeln neue 10 Pfund 76 Pf.	Touristen-Konserven Preisliste u. Wunsch
--	---	--

Frisches Fleisch		Konserven
Lieserl 0.52	Gulasch 0.95	Pflaumen 0.55 ohne Stein 0.75
Rückenfleisch . . . Pfund 0.68	Kalbskeule . . . Pfund 0.96	Mirabellen 0.95
Gehacktes . . . Pfund 0.78	Kalbsschnittel . Pfund 2.20	Saure Kirschen . . . 0.95 ohne Stein 1.25
Suppenfleisch . . Pfund 0.78	Hammelvorderfl. Pfd. 1.04	Aprikosen spanische, ohne Zucker, 2-kg-Dose 1.85
Rinderkamm u. Brust Pfd. 0.88	Schweinerücken mit Blut 1.04	Gemischtes Gemüse mittelfein 1.10
Schmorfleisch 1.10 Kn. 1.34	Schweineschinken u. Kamm, mit Bellage, Pfund 1.10	Junge Erbsen 0.70 fein . . . 1.20
Rostbeef mit Knochen, Pfd. 1.10	Kaffee mild gasellen, Pfd. 1.28	Olardinen portugies. Klubdose 0.45 französische 1/2 Banddose 0.93
Kalbskamm u. Brust Pfd. 0.82	Bratwurst Spezialität, Pfd. 1.18	Konfitüre in Eimer Pflaumen 0.90 Kirsch 1.35
Kalbsnierenbrat. Pfd. 0.88	Prima Gefrierfleisch Rinderkamm u. Brust Pfund 0.84	Aprikosen, Orange 1.15 Erdbeer 1.40

Obst, Gemüse		Kolonialwaren	
Tomaten . . Pfund von 0.15 an	Bruchreis Pfund 0.19	1929 Bergzaberner Letten Platzwein 0.78	1929 Freilaubersheimer Rheinbasse . . 0.95
Stachelbeeren 2 Pfund 0.35	Tafelreis unpoliert . . 0.20 0.22	1928 Obermoseler Tisch- u. Bowlenmosal 1.00	1927 Mandeler Rosengarten Nahewald 1.15
Kirschen 2 Pfund 0.45	Weizenmehl Pfund 0.28 0.24	1928 Clottener Rosenberg spritziger Mosal 1.30	1928 Malkammer Schlangengassel 1.50
Johannisbeeren Pfund 0.25	Hafersflocken . . . Pfund 0.25	1928 Lieserer Niederberg Mosal . . . 2.00	Himbeersaft m. Kirsch gedunkelt, m. Sektfl. 1.40
Blaubeeren . . . Pfund 0.32	Hartgrieß Pfund 0.33	Wein vom Faß zu billigen Preisen	
Pflirsche . . Pfund von 0.38 an	Tapioka . . . Pfund 0.42 0.42	Einkochgläser „Globus“	
Tafeläpfel . . . Pfund 0.45	Schnitt-Nudeln (Eier) 0.50	für ohne Ring	
Weißkohl Pfund 0.07	Makkaroni Hartgrieß, Bruch, Pfund 0.44	für enge Form 0.32 0.34 0.36 —	
Wirsingkohl . . . Pfund 0.07	Makkaroni Eier, Bruch, Pfund 0.50	für weite Form 0.36 0.38 0.40 0.42	
Einlegegurken Stück 0.10	Makkaroni Ital. Art, Pfund 0.52	Gummiringe 10 Stück 0.20 0.30	
Grüne Bohnen Pfund 0.15	Puddingpulver Mandel- u. Vanille-Geschm. 0.45	Einkochapparate komplett mit Thermometer 4.00	
Gurken . . . Stück von 0.16 an	Rote Grütze . . . Pfund 0.68		
Junge Möhren 3 Bund 0.20	Puddingpulver Schokolade-Geschm. Pfd. 0.76		
Junge Schoten 2 Pfund 0.25			

Hühner gefroren Pfund 78 Pf. an	Rehblätter Pfund 98 Pf. an	Zitronen-Gärungsgetränk Boo-Lin Verkauf und Ausschank
---	---	---

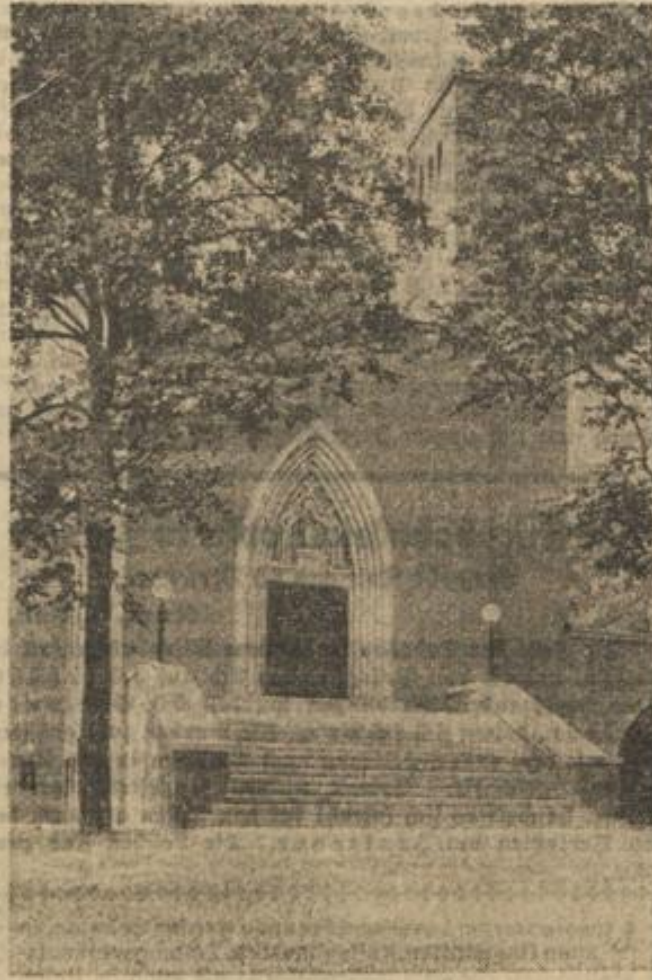
Geflügel u. Wild		Fische	Räucherwaren
Hühner frisch geschlachtet, Pfund von 1.05 an	Tauben . . . Stück von 0.80 an	Kabeljau ohne Kopf, 1/2 Pfund, Pfd. 0.14 an	Engl. Bücklinge Pfd. von 0.35 an
Brathähnchen junges Stück 1.05 an	Rehrücken i. ganz. Pfd. 1.70 an	Seezachs ohne Kopf, ganze Fische, Pfd. 0.16	Seelachs Pfund 0.38
		Rolbars u. Schellfisch 0.22	Fleckerlinge . . . Pfund 0.50
		Kabeljau-Filet Pfund von 0.28 an	Sprossen Pfund 0.58
		Krebse . . Mandel von 0.75 an	Aale Pfd. 2.80 an, Bund 0.30 an

Wurstwaren		Käse u. Fett	
Dampf- u. Rohwurst 0.96	Camembert . . . Stück 0.20		
Landleber u. Fleischwurst 1.15	Briekäse Pfund 0.58		
Jagd- u. Meffwurst (Dr. Art) 1.40	Limburger 0.38 voll Pfd. 0.78		
Filetwurst 1.70	Emmentaler 4 Port. Stück 0.72		
Zervelat u. Salami Pfd. 1.70	Tilsiter vollfett, Pfd. von 0.75 an		
Leberwurst feine, und Teewurst, Pfd. 1.80	Edamer u. Holländer 0.96		
Große Teewurst Pfund 1.90	Dän. Schweizer - - - - - 0.80		
Zervelat im Feldarm, Pfd. 1.90	Schweizer bayr., vollfett Pfund 1.38		
Schinkenpeck Pfund 1.90			
Speck fett 1.00 mager Pfund 1.30			
Süzwurst Pfund 0.55	Margarine Pfund 0.52 0.58		
Speckwurst Pfund 0.35	Kokosfett . . 1 Pfd.-Tafel 0.50		
Berlin, Meffwurst Pfd. 1.20	Molkereibutter . Pfund 1.55		
	Tafelbutter Pfund 1.66		
	Dän. Butter Pfund 1.76		

Das neue Potsdamer Krematorium.

Nach jahrzehntelangen Kämpfen der Anhänger der Feuerbestattungsidee in Potsdam ist es endlich so weit: Potsdam besitzt sein eigenes Krematorium. Gleich am Eingang des Neuen Friedhofes erhebt sich der schöne Bau inmitten alten, parkähnlichen Baumbestandes. Die klaren Linien seiner Architektur erinnern an eine morgenländische Kultstätte; die braune goldige Tönung hebt sich gut von dem bunten Flor der Blumen und gärtnerischen Anlagen ab. Für Entwurf und Ausführung zeichnen Stadtbaurat Fischer und Architekt Groth. Entsprechend einfach dem Äußeren ist auch der Waiheraum gehalten, den man über eine hohe Freitreppe betritt, sachlich und ernst, unter Vermeidung jedes Beiwerks. Die schmalen, in die Längsseiten des Raumes eingeschnittenen Spitzbogenfenster vermitteln ein bläulich gedämpftes Licht, doch so, daß das Gefühl des Besuchers nicht allzu stark bedrückt wird. Eine Nische am Kopfende hinter der Aufbahrungsstelle ist mit einem Mosaikbild geschmückt, das einen geflügelten aufsteigenden Genius darstellt. Zur musikalischen Umrahmung der Feiern dient ein Harmonium, das am Sonntag zur Feier der Eröffnung von Prof. Wilhelm Kempff gespielt wurde. Bürgermeister Rauscher erinnerte in der Eröffnungsansprache an die Pflicht einer guten Stadtverwaltung, still ihre Pflicht zu tun, ohne Aufsehen zu machen. Das Krematorium ist mit verhältnismäßig geringen Mitteln erbaut worden, die Anlage hat im ganzen etwa 250 000 Mk. gekostet. Eine Besichtigung der Verbrennungstätten und der sonstigen Zweckräume gab den Eindruck einer gut durchkonstruierten Anlage, die noch Raum für einen zweiten Verbrennungsofen bietet. Leider verbietet eine Bestimmung in

Brandenburg die Anlage einer Urnenhalle, die von Architekt Groth in einer das Gelände flankierenden Wandelhalle in guter architektonischer Lösung vorgesehen worden war.



Warum Statablehnung?

Die Stellungnahme der Sozialdemokraten.

Ueber die Motive, aus denen heraus die sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion in der entscheidenden Schlußabstimmung am Dienstag die vom Magistrat vorgelegene Steuerverteilung ablehnte, sind die widerstreitendsten Gerüchte im Umlauf. Der Zweck nachstehender Zeilen ist es, diese Stellungnahme zu begründen.

Bis zum 27. Juni gab es keine interfraktionellen Verhandlungen, die auch zwecklos gewesen wären, da für die Sozialdemokratie eine Erhöhung der Grundvermögenssteuer um 100 Proz. mit nachfolgender 4prozentiger Mieterhöhung unannehmbar war, nachdem der Preussische Landtag die Miete bereits mit Wirkung vom 1. Juni erhöhte hatte. Die bürgerlichen Parteien andererseits sprachen davon, daß der Etat ohne Gewerbesteuererhöhung balanciert werden könne, so daß das gesamte Defizit, das unter Berücksichtigung aller im Laufe der Beratungen beschlossenen Veränderungen von 64,4 Millionen auf 49,2 Millionen M. gesunken ist, nach dem Willen der bürgerlichen Parteien fast ausschließlich durch Mieterhöhungen gedeckt werden sollte. Eine 4prozentige Mieterhöhung hätte allein etwa 44 Millionen M. gebracht. Bürgermeister Scholz hatte zweimal (zuletzt am 27. Juni) die Führer der Sozialdemokraten, der bürgerlichen Mitte und der Deutschnationalen zusammenberufen, ohne seinerseits Vorschläge zu machen. Beide Male dauerte die Sitzung nur wenige Minuten. In der zweiten erklärte der Deutschnationale Lüdke, daß seine Fraktion einstimmig beschlossen habe, den Etat abzulehnen, weil die Wünsche auf eine für die Deutschnationale Partei günstigere Degressionsverteilung im Magistrat nicht berücksichtigt worden wären. Wie bereits berichtet, schlug der Magistrat am vergangenen Dienstag nach endgültiger Feststellung des verringerten Defizits einen Steuerverteilungsschlüssel von 240 Proz. Grundvermögenssteuer gleich 1% Mieterhöhung gegen ursprünglich 4 Proz., dafür eine Gewerbesteuererhöhung um 110 Proz. und eine Bodsummensteuererhöhung um 125 Proz. vor. Es bestand Einmütigkeit in der sozialdemokratischen Fraktion darüber, daß dieser Vorschlag diskutabel war, falls eine Mehrheit der Bürgerlichen ebenfalls zustimmen würde. In Konsequenz der bisher vom Genossen Piatow im Auftrag der Fraktion abgegebenen Erklärung hätte auch die sozialdemokratische Fraktion zugestimmt. Zunächst um das Eingreifen des Oberpräsidenten zu verhindern und dann um den Schein zu vermeiden, als wolle die Fraktion sich vor der Verantwortung drücken. Da keine bürgerliche Fraktion Miene machte mitzugehen, beschloß die sozialdemokratische Fraktion ebenfalls abzulehnen und damit die Verantwortung denen zu überlassen, die auf eine eigene Entscheidung der Stadtverordnetenversammlung verzichteten.

Starker Reiseverkehr in Berlin!

Aber der erwartete Umfang bisher nicht erreicht.

Der Berliner Ferienreiseverkehr gestaltete sich am morgestrigen 2. Ferientag wieder sehr lebhaft. Es wurden von den Berliner Fernbahnhöfen insgesamt 88 Vor- und Nachzüge, 11 Feriensonderzüge und ein Gesellschafts-sonderzug abgefahren. Den von der Reichsbahn gehegten Erwartungen entspricht der an und für sich starke Verkehr aber noch nicht. Die einzelnen Züge waren gestern — mit Ausnahme der Feriensonderzüge, die 100prozentige Besetzung aufwiesen — zu 70 bis 80 Proz. besetzt. Den stärksten Verkehr hatte wieder der Anhalter Bahnhof mit 9 Vor- und Nachzügen nach Frankfurt, Basel, Stuttgart, Bayern usw., 4 Feriensonderzügen nach Bayern und einem Gesellschafts-sonderzug nach Reutte (Tirol). Von den übrigen Bahnhöfen gingen ab vom Sietliner Bahnhof 8 Vor- und Nachzüge an die Ostsee, 1 Feriensonderzug nach Barnimünde; vom Potsdamer Bahnhof zwei Vor- und Nachzüge nach Düsseldorf und Herzburg, zwei Feriensonderzüge

nach Basel und ins Rheinland; vom Oberer Bahnhof zwei Vorzüge nach Wittenberge und Altona, zwei Feriensonderzüge nach Norddeich und Welterland; vom Görlitzer Bahnhof drei Vorzüge nach Hirschberg, ein Feriensonderzug ins Riesengebirge; von der Stadtbahn Richtung Westen drei Vorzüge nach Röh, Richtung Osten 11 Vor- und Nachzüge nach Königsberg und Breslau und ein Feriensonderzug nach Anstlerburg.

Am Donnerstag hat sich der Verkehr auf den Berliner Bahnhöfen im Laufe des Vormittags wiederum sehr lebhaft, zum Teil lebhafter als am Tage zuvor entwickelt. Es gingen 20 Feriensonderzüge von Berlin ab, außerdem eine große Zahl von Vor- und Nachzügen. Einen einigermaßen zutreffenden vorläufigen Gesamtüberblick über den diesjährigen Ferienreiseverkehr wird man wahrscheinlich erst nach Verfließen der Fikern des 3. Juli erhalten. Anscheinend verliert sich der Verkehr in diesem Jahre etwas, weil viele des Abfahrtsdatum um 1 oder 2 Tage hinausgeschoben haben, um nicht in allzu überfüllten Zügen die Erholungsreise antreten zu müssen.

Groß-Dachstuhlbrand in Friedenau.

Feuerwehrlente an Rauchbergstr. 3 in Friedenau brach gestern nachmittags vermutlich infolge Selbstentzündung Feuer aus, das sich in kurzer Zeit zu einem Großfeuer entwickelte.

Im Dachstuhl des Vorderhauses Ostendstr. 3 in Friedenau brach gestern nachmittags vermutlich infolge Selbstentzündung Feuer aus, das sich in kurzer Zeit zu einem Großfeuer entwickelte.

Als die Feuermehr zunächst mit drei Beschülzen an der Brandstelle erschien, brannte der Dachstuhl des Vorderhauses in einer Ausdehnung von etwa 30 bis 25 Meter Länge. Die Flammen hatten bereits auf den Dachstuhl des Seitentügels übergegriffen. Sengende Hitze und starke Qualmentwicklung erschwerten den Vöschangriff in starkem Maße. Die Vöschtrupps mußten mit Sauerstoffapparaten ausgerüstet werden, da die Rauchmassen den oberen Teil des Vorderhauses völlig einfüllten. Als das Feuer immer bedrohlichere Formen annahm, mußten schließlich drei weitere Züge zur Hilfeleistung herangezogen werden. Aus flachen Schlauchleitungen wurden große Wassermengen in das Feuernetz

SINCLAIR LEWIS
13] **DER ERWERB**
ROMAN

Übersetzt von Cl. Moitzner. — Meyer & Jensen, Vertrieb, München.

Nicht als Priester oder Soldat oder Richter sucht die heutige Jugend Ehre zu erringen, sondern als Büromensch. Liebenswert und tapfer wie Kiplings Dschungelreiter ordnet er seine Briefmarken, statt der Reihens seiner Soldaten. Der Künstler spielt auf den Tasten der Schreibmaschine, nicht auf den Tasten des Klaviers. Schilder statt der Schilde. Höfe von Kaufhäusern statt von Palästen — das ist die Staffage des Dramas von heute. Nicht durch Wälder, in denen die Wölfe haufen, noch durch bläulich dämmernde Schluchten, sondern durch Korridore und Aufzugschächte bewegen sich unsere heutigen Helden.

Und unsere Heldin ist nicht deshalb bedeutend, weil sie eine Amazone, sondern weil sie eine der Millionen weiblicher Büroarbeiterinnen ist; eine, die unsicher, aber unentnützig, immer weiter danach forscht, was Frauen im Erwerb tun können, um ihr von liebevoller Routine erfülltes Dasein menschenwürdiger zu gestalten.

Una verbrachte einen großen Teil ihrer Zeit damit, immer wieder einhundertmal, zweihundertmal, ein und dieselbe Briefformel abzuschreiben; Werbepriefe, Reklamebriefe, Briefe, die so aussehen sollten, als wären sie viel zu persönlich gehalten, um etwa vervielfältigt worden zu sein. Sie hatte Listen von Automobil-Zubehörfabriken, von Schmierölfabrikanten, von Firmen, die sich mit dem Betrieb von Aufzuglagern, Geschwindigkeitsmessern, Wagenfedern, Bergasern und Imprägnierungsmitteln für Regendächer befaßten.

Manchmal wurde sie von der Redaktion requiriert, um Zuschriften aus dem Leserkreis für den Segen lesbar abzuschreiben.

Ersten und Briefe und Artikel, immer und immer wieder; und vor der Schreibmaschine saßen, bis die Schreibblätter schmerzten und man zeitweilig die Augen schließen mußte, weil die Buchstaben zu flimmern begannen. Den ganzen Tag der

höllische Lärm des Bürobetriebs, der zur Folter wurde. Um drei Uhr das Gefühl, daß man es bis fünf einfach nicht mehr aushalten könnte. Keine Spur von Interesse für irgend etwas, das man schrieb. Dann die gelegene Stunde der Erlösung; man fixierte die steifen Beine und schlich humpf und müde zur Untergrundbahn — ein vollgepfropfter Zug — und dann nach Hause, um die Mutter zu trösten, die den ganzen Tag über allein und verlassen gewesen war.

Das war Unas einformiges Tagewerk während dieser Monate. Nach dem Neujahrstag der ersten Wochen war es stets haargenau und unabänderlich das gleiche, nur daß bestimmte Persönlichkeiten sich allmählich von der großen Masse abzuheben begannen.

Inskafondere die Persönlichkeit Walter Bobsons.

Aus dem Rebel fremder Gesichter, aus der verschwommenen Menge von Menschen, die so selbstloser und vielwissend zwischen den Schreibtischreihen einherkollerten und grinsten, wenn Una ungeschickte Fragen stellte, lösten sich einzelne Individuen allmählich los und nahmen feste Gestalt an:

Fräulein Monihan; die jüdische Stenotypistin mit den lachenden Lippen und glühenden Augen; die vier höhergestellten Mädchen drüben in der Ecke; die noch höhergestellte „Erste“; und der Bürochef, der am wenigsten hochgestellt tat; die Telephonistin; der Laufbursche; Herr S. Herbert Kof und seine „Stütze“; der Chefredakteur; ein Automobilmagnat, dessen Beziehungen zu dem Blatt ein Rätsel blieben; der Eigentümer, ein höflicher, stiller Mann, der einen meist nur von der Seite ansah und als streng flüchtig galt.

Anderer wieder blieben für Una weiter unerkennbar, doch schien das Büro nach einem Monat kleiner und weniger furchterregend geworden zu sein. Aus jedem Quadratmeter Bodensfläche im Büro hätte man einen Roman machen können: die Geschichte von der neurotischen Frau des Chefredakteurs; die Tragödie Chubby Hubbards, des blutigen, flüchtigen Redakteurs, der auf der Universität eine Fußballgröße gewesen war, später Autorennfahrer wurde, und schließlich — eine verkommene Existenz. Und tatsächlich lag ein ganzer Roman, eine stets von neuem erzählte Geschichte, in dem Klatsch der Mädchen über jeden einzelnen der Männer, vor denen sie so ergeben und begehrt waren. Aber Walter Bobson war es, über den die Mädchen am meisten zu schwärmen fanden und an dem Una das größte Interesse zu nehmen begann.

An ihrem ersten Tag im Büro war ihr ein merkwürdiger junger Mann aufgefallen, der an ihrem Schreibtisch vorbeigekommen kam, mit offenem Rock und halb zugeknöpfter gemusterter Weste und einer schiefstehenden roten Krawatte unter einem weichen Umlegefragen. Er war auf den Büroschef zugeföhrt und hatte gefragt: „Sagen Sie, sagen Sie mal Nat! Haben Sie diese Votomobilebeschreibung schon für mich abtippen lassen? Was? Gott, seid ihr langsam! Haben Sie vielleicht eine Zigarette?“ Baffend ging er davon, schüttelte den Kopf und brummte: „Schneedenbande, warr und warrhaftig!“ Er schien ungefähr so alt zu sein wie Una, vielleicht ein Jahr älter — ein schlanker junger Mann mit einer Hornbrille, schwarzgelocktem Haar und dem Anflug eines schwarzen Schnurrbartes. Die Kermel hatte er bis zu den Ellbogen hinaufgerollt, und der Kontrast der maitweißen Haut seiner dünnen Unterarme und der langen, dichten, weichen, schwarzen Haare darauf verurachteten Una ein heimlich-verächtliches leises Prickeln. Er schien ihr weiblich und herb-männlich zugleich.

„Total verrückt“, murmelte sie, womit sie anspielend sich und den neroötten jungen Mann zugleich meinte. Aber sie wußte sofort, daß sie ihn gerne noch einmal sehen würde.

Sie entdeckte bald, daß sein Erscheinen meist etwas so Stürmisches an sich hatte; daß kein Name Walter Bobson war; daß er einer der drei Redakteure war, die unter dem Chefredakteur arbeiteten; daß Stenotypistinnen und Laufburschen ihn abwechselnd bald verachteten — weil er hummeln ging und von jedermann, der in Reichweite kam, Geld entlich —, bald anbeteten, weil er auf durchhaus freundschaftlichem Fuß mit ihnen verkehrte. Er war gleichzeitig Held, Clown, verlorener Sohn und Prediger der Anständigkeit. Es hieß abwechselnd, daß er Sozialist sei, Anarchist und Anhänger der Idee einer amerikanischen Monarchie. Man erzählte sich auch, daß er sogar mit dem Eigentümer frech gewesen und nur darum nicht entlassen worden sei, weil er der flötteste Arbeiter in der Redaktion und der fixeste Mann war, Automobilistatistiken in lebendige Neuigkeitsberichte zu verwandeln. Una bemerkte, daß er gerne herumstand und dem spöttischen S. Herbert Kof Vorträge zubestete; es sei doch die Hölle, hier zu arbeiten — elende Bezahlung und gar kein Kameradschaftsgeist; er wäre schon längst auf und davongegangen, wenn er sich mit seinen literarischen Arbeiten durchsetzen könnte, aber da habe so eine gemeine Clique von Schmeicheleuten bei allen Zeitschriften und Verlegern die Inveniensite. (Fortsetzung folgt.)

geschleudert. Erst nach zweistündiger angestrengter Tätigkeit war der Brandherd lokalisiert. Bei den Löscharbeiten erkrankten mehrere Feuerwehrleute unter der starken Hitze und Rauchentwicklung, so daß ihnen von Samaritern Sauerstoff verabreicht werden mußte. Beide Dachstühle brannten völlig aus. Ein photographisches Atelier, das sich im Dachgeschoss befand, fiel den Flammen zum Opfer. In den Wohnungen des 3. und 4. Stockwerkes wurde durch herabdringende Wasserstrahlen schwerer Schaden angerichtet. Die Ausräumungsarbeiten zogen sich bis in die späten Abendstunden hin.

Heute geht's in die Kinderrepubliken.

Heute werden sich fast 10 000 Arbeiterkinder in allen größeren Städten Deutschlands, davon beinahe 1000 in Berlin, vor den Bahnhöfen treffen, um die Reise in die roten Kinderrepubliken der Reichsarbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde anzutreten.

Gegen 11 Uhr versammeln sich die Berliner Roten Falken am Anhalter Bahnhof. Um 12 Uhr wird der Extrazug bereits rollen und 1000 Berliner Arbeiterkinder aus den Großstadtmauern durch ganz Deutschland über Halle—Jülich—Frankfurt—Basel in die Schweizer Republik nach Thun bringen. In vielen größeren Städten wird der Transport neue Gruppen aufnehmen und so werden fast 1500 Kinder am Sonnabend früh in Thun ein treffen und am Thuner See zwischen hohen Bergen eine Zellrepublik errichten. In derselben Zeit, wo die Berliner Roten Falken in froher Gemeinschaft ihre Zelte aufrichten werden, treffen sich am Sonnabend gegen 11 Uhr noch einmal fast 400 der Kleinsten der sozialistischen Arbeiterbewegung: Die Nestfalken, sechs- bis zehnjährigen der Kinderfreundebewegung, um nach Münster in die Lüneburger Heide in ein Boralenlager zu fahren. Auch dort werden aus anderen Städten Nestfalken ein treffen und gemeinsam in der Kinderrepublik Münster vier frohe Ferienwochen verleben.

Die schwierige Finanzlage von Staat und Kommunen und die erhöhte Wirtschaftnot wirken sich verheerend auf die Jugendorganisationen aus. Durch die selbstlose Hilfe aller Sozialisten ist es dennoch gelungen, 1300 Arbeiterkinder aus Berlin in die Sommerrepubliken zu schicken. Opfermut und Hingabe der Kinderfreundebeleg ermöglichen nicht zuletzt diese Leistung.

Der Tod des Stiefvaters.

Urteil: Anderthalb Jahre Gefängnis.

Das Landgericht I verurteilte den 25jährigen Zimmermann H., der angeklagt war, seinen Stiefvater I. durch Beiliebe getötet zu haben, wegen Totschlags zu 1½ Jahren Gefängnis. Nach Verbüßung von 6 Monaten soll ihm für den Rest der Strafe Bewährungsfrist zugesprochen werden.

Das Gericht ist somit dem Staatsanwalt gefolgt, der das Vorliegen einer vorsätzlichen Tötung angenommen hat, und nicht dem Verteidiger, der für einen Freispruch plädiert hat, mit der Begründung, daß in diesem Falle, analog einem Hamburger Paternord, Nothstand vorliegen habe. In jenem Hamburger Fall hatte der Sohn seinen Vater, der Frau und Tochter ständig mißhandelte, 20 Stunden nach dem letzten Nultritt getötet. Hatte I. der Frau gedroht, er wolle, sobald er aufgewacht sein würde, sie und den Stiefsohn erlösen, so hätte der Vater im Hamburger Fall in ähnlicher Weise erklärt, Frau und Tochter würden am nächsten Morgen das Doppelte erhalten. Das Reichsgericht hat aber im Hamburger Fall die Revision des Staatsanwalts verworfen und Nothstand für vorliegend erklärt. Ueber die juristischen Voraussetzungen eines Strafausschließungsgrundes mag man letzten Endes verschiedener Ansicht sein; unverständlich erscheint es, weshalb der junge Mensch unbedingt 6 Monate abüßen soll. Sollte ihm damit etwa zu Gemüte geführt werden, wie schlimm seine Tat gewesen ist? Die innere Bewegtheit, mit der er, der für seinen Stiefvater wirklich nichts übrig haben kann, von seiner Tat gesprochen hat, beweist, daß er sich durchaus nicht von jeder Schuld freispricht. Sämtliche Zeugen oder erstellten dem Getöteten eine ebenbürtige Charakteristik, wie sie den Angeklagten günstig beurteilen.

Der Stiefsohn erklärte seinem Freunde: Ich werde mich am Vater nie vergreifen. Wenn er aber die Mutter anfaßt, dann passiert etwas. An dem verhängnisvollen Abend hatte der Stiefvater die Mutter angefaßt! Dem Stiefsohn, der auf Veranlassung des Getöteten mehr als gewohnt getrunken hatte, war der Alkohol zu Kopf gestiegen. Die seit Jahren in ihm aufgespeicherte Angst führte zur Explosion.

Rästel um die zerstückelte Leiche.

Die weiteren Ermittlungen der Mordkommission haben trotz vieler Vernehmungen und der überaus eifrigen Mithilfe des Publikums bisher noch immer keine positiven Anhaltspunkte für die Person des Täters oder seines Opfers, das auf so gräßliche Weise zerstückelt und in den Landwehrkanal geworfen wurde, ergeben. Es haben sich eine ganze Reihe von Personen gemeldet, die beobachtet haben, wie von Unbekannten Pakete in den Landwehrkanal geworfen wurden. Leider sind die meisten Beobachter erst durch ein Aufklaffen im Wasser aufmerksam geworden und können daher weder etwas über den Umfang noch über die Umhüllung der Pakete etwas sagen. — Nach der Art der Verpackung hat der Täter in aller Ruhe gearbeitet. Beim Transport des zuerst herausgehobenen Leichens mit seinem ansehnlichen Gewicht verirrte sich der Mörder außerdem noch aus starker Scham einen Traggriff. Er muß also größere Mengen dicken Bindfaden besessen haben. Die noch fehlenden Unterarmteile mit den Händen sind noch nicht gefunden. Jede Beobachtung, mag sie auch noch so belanglos erscheinen, kann für die Aufklärung des grauenhaften Verbrechens von größter Bedeutung sein. Deshalb werden nochmals alle, denen in der letzten Zeit zwischen dem 15. und 20. Juni etwas aufgefallen ist, was mit dem Verbrechen in Zusammenhang stehen könnte, unter Hinweis auf die Belohnung von 1000 Mark ersucht, sich bei den Kommissaren Dräger und Dr. Raatgen im Polizeipräsidium zu melden.

Motorbootexplosion bei Potsdam.

Auf der Havel bei Potsdam wurde gestern nachmittags ein großes Motorboot durch eine Explosion völlig zerstört. Der Besizer des Bootes, ein Potsdamer Architekt, und seine beiden Kinder, die sich im Boot befanden, erlitten schwere Brandverletzungen. Die Verunglückten konnten durch hitzuliebende Wassersportler noch rechtzeitig aus dem klatternd brennenden Boot befreit werden.

Beim Schwimmen im Familienbad Westend ertrank gestern nachmittags der 25jährige Polizeimachtmann Hugo Specht von der 2. Bereitschaft der Inspektion West. Beim Baden im Kanal am Hohenberg bei Hennigsdorf ertrank ein noch unbekannter Mann. Nach seiner Leiche wurde bisher vergeblich gesucht.

Das Urteil im Brolat-Prozess.

Verleumder in der „Roten Fahne“ zu 1600 M. Geldstrafe verurteilt.

In dem Beleidigungsprozess des Direktors der Berliner Verlegergesellschaft Brolat gegen die Redakteure der „Roten Fahne“ wurden gestern die Angeklagten Jiel und Hirsch zu 530 und 430, die Angeklagte Eva Altmann zu 630 Mark Geldstrafe verurteilt, an deren Stelle die entsprechende Haft treten soll. Den Angeklagten wurden die Kosten des Verfahrens auferlegt und dem Kläger die Berechtigung zugesprochen, das Urteil im „Vorwärts“, im „Berliner Tageblatt“ und in der „Roten Fahne“ zu veröffentlichen.

In der Urteilsbegründung stellte Amtsgerichtsrat Bues eingangs seiner Ausführungen fest, daß den Kläger weder in strafrechtlicher noch in zivilrechtlicher, weder in disziplinarischer noch in moralischer Hinsicht ein Vorwurf trifft, der zu ahnden gewesen wäre. In den Skizzen hätte Brolat durchaus die guten, ehrlichen Kaufleute sehen können, für die sie, solange der Skaret-Standal noch nicht offenbar war, allgemein gehalten wurden. Aus der Freundschaft mit ihnen hätte er auch das Recht gehabt, Gefälligkeiten in Anspruch zu nehmen. Obwohl die Bezahlung des Felzes für seine Frau besser sofort an die Herstellerfirma als auf dem Umwege über die Skarets erfolgt wäre, könnte ihm daraus in juristischer Hinsicht kein Vorwurf gemacht werden. Daß seine Gegner in der „Roten Fahne“ daraus für den Wahlkampf ihr Material zogen, sei bei den Angeklagten und ihrer Stellung begreiflich. Wenn in der Brennstoffgesellschaft bei der Größe des Geschäftes hier und da Unregelmäßigkeiten vorgekommen sein könnten, so trifft doch den Kläger keine Schuld, der als Leiter der Gesellschaft unmöglich etwa jede einzelne Fuhr Kohlen selbst abwiegen oder kon-

trollieren konnte. In bezug auf die Behauptungen der „Roten Fahne“ wegen der unrechtmäßigen Einbehaltung von 400 000 M. städtischer Wohlfahrtsgelder stellte der Richter fest, daß es das gute Recht der Brennstoff-Gesellschaft und ihrer Leitung gewesen wäre, das Geld so lange zu behalten, als es ihnen von der Stadt zur Verfügung stand und eine Abrechnung noch nicht stattfinden konnte. Die Vorwürfe über die angeblichen Verfehlungen als Droher bei den Kiebr- und den Sulfan-Werken seien besonders ehrenrührig für den Kläger. Das Gericht schloß sich hierbei aber vollständig den Ausführungen des Zeugen Pfaffenstäger an, der die Beschuldigungen auf die damaligen gespannten Verhältnisse einwandfrei zurückführen konnte. Daß die Stellung des Klägers als Leiter großer wirtschaftlicher Unternehmen ihn in Konflikt mit der Arbeiterschaft, ganz besonders der politisch andersgesinnten, bringen mußte, sei die Tragik im Leben des Privatklägers. Es ist aber zu bedenken, daß ihn seine Stellung sehr oft in eine Zwangslage brachte, aus der heraus er dann seine Entschlüsse fassen mußte. Den Angeklagten sei das Recht auf Kritik aller Vorgänge in der Öffentlichkeit zugesprochen; in der Form der Angriffe und in den Beschuldigungen und ehrenrührigen Bezeichnungen gegen den Kläger seien sie über das zulässige Maß weit hinausgegangen. Man konnte von ihnen verlangen, daß sie auch dem politischen Gegner Berechtigt widerfahren ließen und daß sie seine Ehre nicht in der zur Anklage stehenden Form angriffen. Selbst ein Wahlkampf könne mit anständigen Mitteln geführt werden. Trotzdem wurden den Angeklagten die Wahrnehmung berechtigter Interessen zugestimmt.

Die Eisenbahnkatastrophe in Italien.

Sechzehn Tote und 50 Verletzte.

Rom, 3. Juli.

Die Zahl der Todesopfer bei dem Eisenbahnunfall in Sasso, unweit von Bologna, hat sich auf 16 erhöht. Nach ergänzenden Meldungen wurden 50 Personen verletzt, davon 36 schwer. Sie wurden zum größten Teil mit dem ersten Hilfszug nach Bologna in das Krankenhaus geschafft. Soweit bisher festgestellt werden konnte, handelt es sich sowohl bei den Toten als auch bei den Verletzten um Italiener. Die Leichen sind zum

Unsere werten Leser und Freunde werden gebeten, in allen Gaststätten, Kaffeehäusern, Zeitungsverkaufsstellen usw., sowohl in Groß-Berlin als auch im Reich und im Ausland, ausdrücklich den

„VORWÄRTS“
und den
„ABEND“

zu verlangen. Das Parteiinteresse fordert, überall für die Parteipresse zu werben und das Auslegen des Zentralorgans der SPD. in allen Verkaufsstellen zu veranlassen. Sollte der „Vorwärts“ an Kiosken, Bahnhofsbuchhandlungen usw. nicht erhältlich sein, so wären wir für entsprechende Mitteilung dankbar

„VORWÄRTS“-VERLAG
Berlin SW 68, Lindenstr. 3 / Fernspr. Dönhoff 292-297

Teil fürchterlich entstellte. Unter den Toten befinden sich Mütter von zwei ganz kleinen Kindern, die den Zusammenstoß heil überstanden haben, ferner mehrere Soldaten.

Die Folgen des Zusammenstoßes waren am verhängnisvollsten in den Wagen der dritten Klasse, die überfüllt waren. Ueberlebende berichten, daß der D-Zug mit voller Geschwindigkeit in Sasso einfuhr, da alle Fahrzeichen offen waren. Erst im letzten Augenblick scheint der Lokomotivführer die Gefahr bemerkt zu haben, da er zu bremsen versuchte. Der Vorkreisminister hat einen Eisenbahnspektor an die Unfallstelle entsandt, um eine genaue Untersuchung vorzunehmen. Der Weichensteller soll geflohen sein.

Schweres Erdbeben in Indien.

Vom Himalaja bis zur Gangesmündung.

Kalkutta, 3. Juli.

Heftige Erdrerschütterungen, die im Gebiet des Himalaja von Nordindien bis zur Zagarinsel an der Mündung des Ganges heute verspürt wurden, haben erheblichen Sachschaden angerichtet, und man befürchtet, daß auch Menschenleben dem Erdbeben zum Opfer gefallen sind.

In Ganjai in Assam wurden insgesamt neun heftige Erdstöße verspürt, von denen der erste 4 Minuten dauerte. In Kalkutta rief ein Erdstöß von drei Minuten Dauer unter der indischen Bevölkerung eine Panik hervor. Die entsetzten Arbeiter flüchteten auf die Straßen, da die Häuser jeden Augenblick einzustürzen drohten. In Kalkutta sind glücklicherweise keine Menschenverluste zu beklagen. Die Telephon- und Telegraphenverbindungen sind unterbrochen. Nachrichten über die Wirkungen des Bebens in den übrigen Gebieten laufen nur spärlich ein. Zahlreiche Städte und Dörfer in Bengalen und Assam sind mehr oder weniger stark in Mitleidenschaft gezogen worden. Die Seismographen, die die ersten Erdstöße verzeichneten, wurden durch die starke Bewegung des Bebens außer Betrieb gesetzt. Der Herd des Bebens dürfte aller Wahrscheinlichkeit nach im Westen Assams zu suchen sein.

Kirchenaustrittsabend. Am Freitag, dem 4. Juli, abends von 6 bis 8 Uhr, hat die Freireligiöse Gemeinde, Berlin, Pappelallee 15, ihren Kirchenaustrittsabend. Alle über 14 Jahre alten Personen können dort gegen eine Gebühr von 2 M. ihren Kirchenaustritt vollziehen.

Unwetter am Rhein.

Frauen von den Wasserfluten fortgerissen.

Jugendheim bei Bingen, 3. Juli.

Gestern nachmittags ging über der hiesigen Gegend, einer der schönsten in Deutschland, ein furchtbares Unwetter nieder. Einem schweren Hagelschlag, der über eine Viertelstunde lang Weinberge und Felder verwüstete, folgte ein Wolkenbruch, der Straßen und Feldwege in reichende Ströme verwandelte.

Frauen, die von den Fluten nach Hause eilten, wurden von den Fluten mitgerissen und konnten nur mit Mühe vom Tode des Ertrinkens gerettet werden. In Jugendheim stand das Wasser teilweise zwei Meter hoch, so daß sich die Bewohner in die oberen Stockwerke flüchteten. Weithin hörte man das Gebrüll des in den Ställen mit dem Tode ringenden Viehs. Die Feuerwehr von Bingen und die freiwilligen Wehren der umliegenden Ortschaften trafen mit Saugpumpen an Ort und Stelle ein. Die Weinfässer in den Kellern sind größtenteils ausgelaufen. Drei große Schuppen und eine Maschinenhalle wurden von den reißenden Fluten umgerissen. Der Schaden ist noch unüberschaubar. Die Mehrzahl der geschädigten Bauern ist nicht versichert.

Kein Verfahren gegen Rydahl!

Wie der Amtliche Preussische Pressedienst erzählt, hat der Oberpräsident der Provinz Brandenburg dem Magistrat der Stadt Berlin mitgeteilt, daß er keinen Anlaß habe, dem Antrag auf Einleitung eines Disziplinarverfahrens gegen Stadtschulrat Rydahl stattzugeben.

Damit sind die Beschuldigungen, die von den Kommunisten und den Rechtsradikalen aus rein politischen Gründen, namentlich wegen der bevorstehenden Elternratswahlen, gegen Rydahl erhoben wurden, kläglich zusammengebrochen.

Schicksal des Staatenlosen.

Reise nach Ägypten mit falschem Paß.

Die Notte der Staatenlosen beleuchtete ein Prozeß, der in diesen Tagen in Moabit stattfand.

Ein staatenloser Kaffeehausgeschäftsführer, der im Kriege als österreichischer Soldat schwer verwundet worden war und als Nachwirkung dieser Verletzungen lungenkrank wurde, sollte auf Anordnung seines Arztes nach dem Süden gehen. Bis Staatenloser konnte er aber keinen Paß erhalten. Befannt, denen er seine Not klagte, brachten ihn mit einem Paßfälscher zusammen und dieser versprach ihm für 400 M. einen Paß auf falschen Namen. Auf Anweisung der Paßfälscher unterzeichnete er mit dem falschen Namen verschiedene Schriftstücke und gab eine eidesstattliche Versicherung ab, daß er den alten Paß verloren habe. Mit dem falschen Paß reiste er dann nach Ägypten ab. Dort wurde aber die Paßfälschung entdeckt. Er wurde acht Wochen in Kairo eingesperrt und dann nach Deutschland ausgeliefert. Gestern beantragte der Staatsanwalt 6 Monate Gefängnis. Der Verteidiger bat für den Angeklagten um Milde, da er bereits in Kairo die Strafe verbüßt habe und auch hier schon drei Wochen in Untersuchungshaft gewesen sei. Die ganze Sache habe der Angeklagte nicht aus Gewinnsucht, sondern aus Sorge um seine Gesundheit unternommen. Der Verteidiger bat auch um sofortige Haftentlassung, da der Angeklagte durch Beziehungen zu prominenten Künstlern ein Engagement in einem Varieté als Kartendesigner bekommen könne.

Das Schöffengericht Berlin-Mitte verurteilte den Angeklagten zu zwei Monaten Gefängnis unter Anrechnung der Untersuchungshaft und hob den Haftbefehl auf.

Rose-Theater: „Die andere Seite“. Ein wenig überfüllt von Kriegerliteratur aus allen Lagern, erlebt man die angenehme Enttäuschung eines wahr und tief empfundenen Frontenerlebnisses. Knapp, sachlich schildert der Engländer Sheriff das Schicksal der

PIXAVON für jedes Haar, selbst für das hellste Blond
als SHAMPOON 30 St.

Funkwinkel

Aus der Linde-Oper wurde Berdis „La Traviata“ übertragen, schön im Klang des Orchesters und der Solostimmen; die Niedrigkeit der Ensembleführung ist manchmal unter störenden Schwankungen der Tonstärke. Amüsant war eine Diskussion „Gestern und heute“, die Probleme der zeitgemäßen Literatur und des Theaters erörterte — wie man am Schluß des Dreiecksprächs erfuhr, ausschließlich mit den Worten unserer literarischen und philosophischen Meister vor rund hundert Jahren; sie wirkten erstaunlich aktuell. — „Zum Wochenende“ gab Redakteur Walter Trojan Ratsschläge. Er empfiehlt eine Anzahl Wanderungen in schöne, viel zu wenig bekannte Gegenden der Mark, die sich alle für verhältnismäßig wenig Geld leisten können. — Ueber „Seltsame Erfinderschicksale“ berichtete Eduard Rhein. Oft hat sich das tragische Geschehnis wiederholt, daß der Erfinder den Nutzen aus seiner Erfindung anderen überlassen mußte, weil er zu arm war, um sie selber auszuwerten, oder weil er der Zeit vorausgefallen war, die für sein Werk noch kein Verständnis hatte. Aber auch der erfolgreiche Erfinder reißt sich heute an seinem Schaffen auf; er wird ein von seiner Arbeit Befessener, der ihre Kraft und Vermögen restlos opfert. Tes.

Allgemeine Wetterlage.



Die etwas kühleren westlichen Luftmassen, die am Mittwoch dem Rheingebiet vorbreitete Gewitterregen gebracht hatten, haben sich nur sehr langsam ostwärts bewegt. Sie verursachten dabei allerdings überall Bewölkungszunahmen, aber keine Niederschläge mehr. Im deutschen Binnenlande wurden mit wenigen Ausnahmen 30 Grad überschritten. Nur im Bereich der westlichen Luftmassen war es ein wenig kühler. Eine ebenso abnorme Wärme herrscht zur Zeit in Nordeuropa; selbst an der norwegischen Küste übersteigt die Temperatur 20 Grad. Da sich innerhalb der westlichen Luftmassen Aufwindanstieg eingestellt hat, dürfen diese jetzt weiter ostwärts an Raum gewinnen. Damit wird bei uns voraussichtlich ein geringer Temperaturrückgang eintreten. Die Hochdrucklage dürfte aber doch im wesentlichen erhalten bleiben.

Besser für Berlin: Zeitweise etwas wolfiger, nur geringe Bewölkung, im ganzen geringer Temperaturrückgang. — Für Deutschland: Im Nordosten vorübergehend zunehmende Bewölkung, zwischen Ober und Weichsel keine wesentliche Veränderung, im übrigen Reich warm, vereinzelt Gewitter.

Achtung Siedler!



Priort-Döberitz

Wohnparzellen, Gärtnereien, Mühlenfarmen
qm von 0.90 Mark an
Vorortverkehr

Bahnfahrt bis Priort (Wustermark-Ost umsteigen) oder bis Wustermark-Verschlebebahnhof, dann Fußweg durch Kolonie Eitel.

Verkäufer auf dem Gelände.

Telefon: Wustermark 120

Sonntags Autofreifahrt

vom Verschlebebahnhof Wustermark

Zentralbüro: Dr. Ascher, Dr.-Ing. Runge

Berlin W 8, Französische Str. 17. Zentr. 529, 109 39.

RUDD



Gut Alt-Langerwisch bei Potsdam

Wald- und Garten-Parzellen

für Dauerwohnung und Wochenend

in landschaftlich herrlicher Gegend, den 10 m von Mk. 150 an. Bahnstation Michendorf, 4 Stationen hinter Wannensee (Vorortbahn Beelitz-Heilsbrunn). Für Siedler 35 Pfg. Gute Autostrassen über Wannsee, Potsdam oder Zehlendorf-Saarmund. Fertige Strassen, Wasserleitung, elektr. Licht, sofortige Bauerlaubnis, jedoch kein Bauzwang. Keine Provision, keine Vermessungskosten. Boden in bester Kultur. Günstige Zahlungsbedingungen. Unbedingt sichere Kapitalanlage. Bei rechtzeitiger Anmeldung steht Auto am Bahnhof Michendorf kostenfrei zur Verfügung.

Verlangen Sie bitte ausführlichen Prospekt von der Funk'schen Gutverwaltung, Alt-Langerwisch, Post Michendorf, oder deren Stadtbüro Berlin NW 7, Friedrich-Ebert-Strasse 25, Fernruf: A 4 Zentrum 5074.

Kaufen Sie nicht, bevor Sie bei uns waren.

Bau- und Land-Parzellen

Monatsraten nur 20.- M an
Anzahlung .. nur 50.- M
für Dauerwohnen und Wochenend!

Blm.-Marzahn, direkt an der Endhaltestelle der Autobuslinie 37 auf dem Gelände an der Chaussee nach Alt-Landberg.
Michendorf, bei Wannsee, p. Wald, Auskunft und Verkauf täglich bei Dreyer, Michendorf, Schmerberger Straße 15a.
Hohenneuendorf, am Hochwald und Hirschhennerssee, Auskunft Sonntags bei Schulze, Hohenneuendorf (Nordbahn, Antonienstraße 40).
Zepernick, direkt am Schnellbahnhof, Auskunft Sonntags Restaurant Pankschloß, bei Wensky, tägliche Auskunft im Baugeschäft Milde, gegenüber dem Pankschloß.
Bernau, bei Berlin, Auskunft über Restparzellen bei Irmer, Bernau, Obstplantage Belle-Heur, Zepernicker Straße.
Frohnau, mitten im Villenviertel, mit Hochwaldbestand, Auskunft erteilt Sonntags Architekt Kurovski, Frohnau, Zernsdorfer Allee 14 (nahe Kaiserpark).

400 billige Parzellen

zwischen Oberhavel und Oranienburger Kanal
nach Lehnitz-See in Oranienburg herrlich gelegen, gut geschnitten, erstkl. Baugrund, Bauerlaubnis, kein Bauzwang, Gas, Licht, Wasserleitung, im Gelände, Ge- regelter Straßenbau, behördlich genehmigter Bebauungsplan qm nur 1.20, 1.50 und 2.00 M.

Kostenlose Besichtigungsfahrt mittels Autobus! Abf. Brunnen- Ecke Müntz, Mittw. nachm. 4⁰⁰, Sonntags dreimal um 9⁰⁰ vorm., 1⁰⁰ mittags u. 4⁰⁰ nachm.

Land-Parzellierungs-Akt.-Ges.

Berlin N 24, Friedrichstraße 133 a.
Prospekte bzw. Lagepläne gratis! Telefon: D 2, Weidendamm 6514

KATOT KATOT

KAJOT-Kleidung bedeutet beste

Arbeitskleidung

Berufskleidung

Sie ist praktisch, haltbar und preiswert durch eigene Fabrikation

Herren-, Knaben- u. Sportkleidung

Verkauf durch 14 eigene Geschäfte in Berlin

Kohnen & Jöring

KATOT KATOT

Mengenabgabe vorbehalten

Befreiungswein Frühlicher Weinberg	Fl. 1.90
Traubensekt inkl. Steuer u. Glas	Fl. 3.95
Himbeersaft lose	Ltr. 1.70
Kirschsaft lose	Ltr. 1.50
Ananas	an Pfd. 1.00
Lebende Aale	an Pfd. 1.20
Edelblockkäse 20% Pfd.	0.80

BESSER ESSEN WENIGER DAFÜR AUSGEBEN DURCH:

KARSTADT LEBENSMITTEL

Mengenabgabe vorbehalten

Schinkenspeck	.. Pfd. 1.90
Nußschinken Pfd. 1.95
Hühner-Frikassé	Pfd. 1.10
Wild-Ragout Pfd. 0.28
Matjes Heringe	75c. 0.25
Neue Kartoffeln	5 Pfd. 0.35
Mettw. Braunschw. End.	Pfd. 1.68
Dicke Bohnen	2 Pfd. 0.25

Kolonialwaren	Butter und Käse	Gemüse und Obst	Delikatessen	Wurstwaren
Zucker Halb. Platten .. Pfd. 0.34	Molchereibutter ... Pfd. 1.56	Schoten 3 Pfd. 0.25	Sardinen portugiesische 4 Dn. 0.98	Konsum-Silwe Pfd. 0.48
Hartweizengrieß .. Pfd. 0.33	Tafelbutter Pfd. 1.66	Möhren 3 Bund 0.20	Sardinen franz. Dn. 1.00	Eisbein in Gelée Pfd. 1.20
Weizengrieß Pfd. 0.30	Dänische Butter .. Pfd. 1.26	Bohnen Pfd. 0.15	Gabelbissen Dn. 0.65	Schweinehacken 60% Pfd. 0.29
Puddingpulver 100 Pfd. an 0.60	Margarine Pflanzenf. Pfd. 0.50	Blumenkohl ... Kopf an 0.10	Rollmöpse 4 Pfd. Dn. 0.65	Feine Leberwurst Pfd. 1.40
Kartoffelmehl Pfd. 0.18	Edamer 20% Pfd. 0.68	Weiße u. Wasingkohl 2 Pfd. 0.15	Fetheringe 1 Tom. Dn. 0.50 0.50	Bauernleberwurst Pfd. 1.30
Bandnudeln Pfd. 0.50	Harzer u. Spitzk. Kuch. 0.28	Rothohl Pfd. 0.15	Püchards in Tomaten .. Dn. 1.10	Streichmettwurst Pfd. 1.25
Eier-Fadennudeln Pfd. 0.50	Emmenthal. Am Pfd. Pak 0.88	Tomaten Pfd. 0.15	Krabben ... Dn. 4.00 0.25 0.25	Zerelat u. Salami Pfd. 1.68
Tafelöl Ltr. 0.38	Romadour 10% Pfd. 0.38	Kohlrabi Maß 0.15	Salm Dn. 0.25	Zerelat i. Feld Darm Pfd. 1.85
Korinthen Pfd. 0.60	Tilsiter Art. 20% Pfd. 0.35	Weine und Spirituosen Flaschenweine und Spirituosen einschl. Glas		Westf. harte Mettw. Pfd. 2.10
Sultaninen Pfd. 0.45	Steinbuscher weißl. Pfd. 0.38	Frkf. Apfelwein Ltr. 0.48	Wochenendkonserv. an 0.50	Teeurwurst 20% Fett Pfd. 1.90
Aprikosen Pfd. 0.62	Alpenkräuter .. Schachtel 0.25	Bowlensekt Pfd. 0.85	Fethüchlinge ... an Pfd. 0.35	Magerer Speck ... Pfd. 1.60
Ringäpfel Pfd. 0.50	Camembert weißl. 25% Dn. 0.25	Bowlensekt Pfd. 1.00	Schellfisch gefärbert .. Pfd. 0.38	Fetter Speck Pfd. 0.95
Konfitüre		Edesheimer ... Ltr. 1.10	Stückenlachs ... an Pfd. 1.30	Geflügel u. Wild
Konfitüren		Liebfraumilch .. Ltr. 1.25	Schellfisch mit Kapf. Pfd. 0.22	
Vierfrucht-Marmel. Pfd.	Extrisch. Waffeln Pfd. 0.95	Tarragona Ltr. 1.00	Kabeljau mittel. Kopf Pfd. 0.14	Wolga-Hühner an Pfd. 0.38
Pflaumen-Konfitüre Pfd. 0.50	Kokosmakronen .. Pfd. 1.00	Malaga Ltr. 1.20	Kabeljaufilet ... an Pfd. 0.28	Mastraputen extra Pfd. 0.90
Apfel-Gelée ca. 1 Pfd. Glas	Herrenkringel Pfd. 1.00	Douro-Portu... Ltr. 1.90	Rothbars ohne Kopf ... Pfd. 0.20	Enten extra Pfd. 0.90
Aprikosen-Konfit. Pfd. 0.68	Saure Drops Pfd. 0.50	Wermuthwein. Ltr. 1.20	Seelachs 2 Kopf. 1 Glas Pfd. 0.16	Junge Tauben Stück 1.90
Kirsch-Konfitüre .. Pfd. 0.68	Gelée-Himbeeren. Pfd. 0.90	Johannisbeerw. Ltr. 0.25	Lebende Schleie an Pfd. 1.20	Rehrücken Pfd. 1.60
Johannisb.-Gel. ca. 1 Pfd. Gl. 0.25	Gelée-Mischung .. Pfd. 0.95	Erdbeerwein... Ltr. 1.40	Rehrücken Pfd. 1.80	

Freitag und Sonnabend die beiden letzten Rekordtage
Im Deckaufskeller: Propagandavorführungen mit Kostproben
U - BAHNHOF HERMANNPLATZ • DER KARSTADT - BAHNHOF

Deutsche Elektrowirtschaft in Gefahr

Die Finanzierungsfrage als Schicksal. — Die verderbliche Rolle der Großbanken.

Die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands wie überhaupt aller Länder des Erdballs vollzieht sich auf Jahre und Jahrzehnte hinaus parallel mit fortschreitender Elektrifizierung. Die industrielle Produktion, der Haushalt, der Bahnbetrieb, die Landwirtschaft stellen einen immer größeren Bedarf an elektrischer Energie. Jahr für Jahr muß in fast allen Ländern die Elektrizitätserzeugung um jährlich mehr als 10 Proz. gesteigert werden, um diesen Bedarf zu befriedigen. In Deutschland allein stieg die Elektrizitätserzeugung im Durchschnitt der letzten Jahre um je etwa drei Milliarden Kilowattstunden. Ein Land, das sich dieser Elektrifizierung aller wirtschaftlichen Vorgänge entziehen wollte, würde im internationalen Wettbewerb geschlagen werden. Vernichtend kann sich auch die Herrschaft eines Weltmarktkonkurrenten über die Elektrowirtschaft eines Landes auswirken, denn die elektrische Kraft wird als Produktions- und Kostenfaktor immer wichtiger. Die Elektrifizierung ist also ein lebenswichtiger Prozeß.

Die Elektrifizierung kostet Geld, und zwar sehr viel Geld.

Länder mit großem Kapitalreichtum wie die Vereinigten Staaten oder — in kleinerem Ausmaß — Frankreich haben keine Schwierigkeiten, das hierfür erforderliche Kapital aufzubringen. Wie sieht es aber in Deutschland?

Man hat einige Anhaltspunkte dafür, welche Summen wohl ungefähr aufgebracht werden müssen, damit Deutschland elektrowirtschaftlich auf der Höhe bleiben kann. Der Enqueteausschuß z. B. rechnet damit, daß von Elektrizitätsgesellschaften für je ein Kilowatt installierter Leistung etwa 1000 M. aufgebracht werden müssen, wovon 30 Proz. auf die Kraftwerkskosten und 70 Proz. auf die Verteilungsanlagen entfallen. Nun betrug von 1926 bis 1928 in Deutschland der Zugang an installierter Leistung etwa fünf Millionen Kilowatt. Zum Bau dieser Leistung waren also etwa 5 Milliarden Mark erforderlich. Für den Jahresdurchschnitt bedeutet dies einen Aufwand von mehr als 1 1/2 Milliarden Mark.

Von der Elektrizitätserzeugung des Jahres 1929 entfiel erheblich mehr als die Hälfte auf öffentliche Unternehmungen.

Von der Stromerzeugung der die Allgemeinheit versorgenden Unternehmen entfielen im Jahre 1928:

36,6 Proz.	auf öffentliche Gesellschaften
28,8	„ „ gemischtwirtschaftliche Gesellschaften
14,6	„ „ private Unternehmungen

Da nun die Entwicklung der letzten Jahre die ganz deutliche Tendenz zeigt, einen Teil der Stromerzeugung der industriellen Unternehmungen auf die die Allgemeinheit versorgenden im wesentlichen öffentlichen Unternehmungen zu übertragen, da also an diese Unternehmungen Anforderungen gestellt werden, die über dem Durchschnitt liegen, so ist bei ihnen auch der Kapitalbedarf am größten. Nehmen wir an, daß die öffentliche Hand (Staat, Provinz, Kommune) an den gemischtwirtschaftlichen Unternehmungen etwa zur Hälfte beteiligt ist, so liegen über 70 Proz. der allgemeinen Stromerzeugung in der Hand öffentlicher Körperschaften. Staat und Kommune haben also jährlich viele Hunderte von Millionen Mark aufzubringen, um ihrer Funktion als Energieversorger gerecht zu werden.

Aber gerade hier ist die Kapitalbeschaffung von Jahr zu Jahr schwieriger geworden.

Die Summe der aufgelegten Auslandsanleihen der Kommunen und der öffentlichen Wertgesellschaften hat sich in den letzten Jahren vermindert statt vermehrt. Die „Beratungsinstitute“ für kommunale Auslandsanleihen hat zu dieser gestiegenen finanziellen Schwierigkeit erheblich beigetragen. Es scheint zum System zu werden, daß die großen deutschen Banken bemüht die Kapitalbeschaffung erschweren, um die Privatisierung, besonders zugunsten des Auslands zu fördern. In einigen Fällen wurde die Gelegenheit mit Erfolg benutzt, um in die öffentlichen Unternehmungen einzubringen (Elektrizitätswerk Südwest A.-G., in diesen Tagen

Bereinigte Elektrizitätswerte Westfalen). Große private Elektrizitätskonzerne wie die Gesfurel haben es als ihr Programm bezeichnet, die Privatisierung zu fördern.

Diese Privatisierung ist heute nur möglich, wenn ausländisches Kapital herangezogen wird. Da die Banken beim Verkauf von Elektroaktienpaketen zweimal, und zwar besonders lukrativ verdienen können, wird die Kapitalbeschaffung aus dem Ausland von der Auslieferung von großen Kapitalbeteiligungen für das Ausland abhängig gemacht. Der Fall der Vereinigten Elektrizitätswerte Westfalen, deren Aktienkapital künftig zur Hälfte in privatkapitalistischen Händen liegen soll, ist hierfür ein sehr bezeichnendes Beispiel. An der Spitze des interessierten Privatekapitals steht in diesem Fall

die Deutsche Bank und Disconto-Gesellschaft,

die auch den stellvertretenden Vorsitz im Aufsichtsrat eingeräumt erhalten hat. An der Spitze des amerikanischen Emissionenkontrollorgans steht das Haus Harris, Forbes u. Co. Im September v. J. erfolgte eine gemeinsame Gründung der Deutschen Bank mit Harris, Forbes u. Co.: die United States u. Overseas Corp., eine internationale Beteiligungsgesellschaft. Die D.D.-Bank erwarb die bisher rein öffentlichen W.B.-Aktien für das amerikanische Bankhaus Harris, Forbes u. Co. als Preis für die Kreditvermittlung.

Wer ist Harris, Forbes u. Co.? Es ist ein Finanzhaus, das in den Vereinigten Staaten und in anderen Ländern über starke Elektrizitätsinteressen verfügt. Es ist z. B. in den Vereinigten Staaten an der United States Electric Power Corp. beteiligt und gründete Ende v. J. die Public Utilities Holding Co. An der Finanzierung der Southern Ohio Electric Co. und der Cities Service Co., zweier großen amerikanischen Elektrizitätsgesellschaften, und anderer ähnlicher Konzerne ist sie beteiligt gewesen. Im Ausland arbeitet sie sehr reger. Seit kurzem ist sie z. B. im Aufsichtsrat der luxemburgischen Elektrizitätsgesellschaft (Compagnie Grand Ducale d'Electricité de Luxembourg) vertreten; ein Mitglied der oben erwähnten United States and Overseas Corp. sitzt bereits im Aufsichtsrat der Elektrizitätswerk Südwest A.-G.

Harris, Forbes u. Co. ist eins derjenigen großen Finanzhäuser, die in öffentlichen Elektrizitätsanlagen mit ihren Monopolstellungen eine rentable Kapitalanlage erbilden, zumal die weiteren Elektrifizierungsmöglichkeiten ja noch unerschöpflich groß sind. Amerikanisches Kapital hat sich nicht nur in Südamerikanischen, mittelamerikanischen, kanadischen, chinesischen, indischen, sondern auch in englischen, französischen, italienischen, spanischen Elektrizitätsgesellschaften festgesetzt. Heute ist Deutschland ein Hauptziel, zumal wenn sich die deutschen Großbanken selbst bereit finden, um des Gewinns willen den unvermeidlichen Ausbau der öffentlichen Elektrowirtschaft mit seinem Viechundertmillionenbedarf an die Bedingung der ausländischen Privatisierung zu knüpfen, unbekümmert um das Schicksal der Verbraucher und die Gefahren der Auslandsbeherrschung.

Der Anfang einer solchen Entwicklung ist offenbar bereits gemacht. Er muß, falls ihm weiterhin die Wege bereitet werden, zur Amerikanisierung der deutschen Elektrowirtschaft führen, d. h. zur

Herrschaft des schärfsten zulässigen Weltkonkurrenten über den immer wichtiger werdenden Selbstkostenfaktor der deutschen Industrie, die elektrische Kraft.

Wir zeigen heute die Möglichkeit einer solchen Entwicklung nur auf. Wir wollen heute nur ganz allgemein vor den auf ihrem Wege liegenden Gefahren warnen. Wir weisen darauf hin, daß diese Entwicklung keine zwangsläufige, sondern bei besserem Willen der deutschen Banken vermeidbar ist. Wir fragen, ob die Banken die ungeheuren Wirtschaftsgesahren akzeptieren wollen, die hinter ihren heute kaum mehr verhältnismäßigen Finanzierungsmethoden der deutschen Elektrowirtschaft lauern. Beim W.B. hat sich die D.D.-Bank gewelgelt, der öffentlichen Hand das Vorkaufsrecht zuzugestehen! Wir fragen die Regierungen und die Parlamente, ob sie der Auslieferung der wichtigsten, monopolistisch ausbeutbaren Produktionsfaktoren der deutschen Wirtschaft nur deshalb, weil das private deutsche Bankkapital Zwischengewinne machen will, mit geizigen Armen zusehen wollen.

Wir zeigen heute die Möglichkeit einer solchen Entwicklung nur auf. Wir wollen heute nur ganz allgemein vor den auf ihrem Wege liegenden Gefahren warnen. Wir weisen darauf hin, daß diese Entwicklung keine zwangsläufige, sondern bei besserem Willen der deutschen Banken vermeidbar ist. Wir fragen, ob die Banken die ungeheuren Wirtschaftsgesahren akzeptieren wollen, die hinter ihren heute kaum mehr verhältnismäßigen Finanzierungsmethoden der deutschen Elektrowirtschaft lauern. Beim W.B. hat sich die D.D.-Bank gewelgelt, der öffentlichen Hand das Vorkaufsrecht zuzugestehen! Wir fragen die Regierungen und die Parlamente, ob sie der Auslieferung der wichtigsten, monopolistisch ausbeutbaren Produktionsfaktoren der deutschen Wirtschaft nur deshalb, weil das private deutsche Bankkapital Zwischengewinne machen will, mit geizigen Armen zusehen wollen.

Ferngas in Hessen.

Gegen eine starke Widerheit mit 186 gegen 72 Stimmen hat die Generalversammlung der Hessischen Kommunalen Gasgesellschaft den Ruhr-Gas-Verträgen zugestimmt, die seit drei Jahren im Brennpunkt der kommunalpolitischen Kämpfe Südwestdeutschlands standen. Für die Verträge stimmten die Provinzen Oberhessen und Rheinhessen, die Städte Mainz und Gießen sowie das Land Hessen. Gegen die Annahme die Provinz Starkenburg und die Stadt Worms. Darmstadt hat sich an der Abstimmung nicht beteiligt. Der Privatierungs- und Entkommunalisierungsgedanke hat sich also in Hessen, entgegen aller volkswirtschaftlichen und kommunalpolitischen Bemühungen, durchgesetzt. Die Ruhrgasen haben einen großen Prestigeerfolg zu verzeichnen; ein geschäftlicher Erfolg wird auf Jahre hinaus nicht zu erzielen sein. Für Hessen waren die Verträge überflüssig, dem Saargebiet werden sie keinen Nutzen bringen; die Hoffnung, daß bei den Gebietsnachbarn der Heloga Anschließfolge zu erzielen sind, werden sich für die Ruhr und den Helogavorstand kaum erfüllen lassen. Hessen ist für die Ruhrgas A.-G. ein Pyrrhussieg.

Der bescheidene Herr Schiele.

Die erste Tagung des genossenschaftlichen Einheitsverbandes

Die erste Jahresversammlung des Anfang dieses Jahres gegründeten Einheitsverbandes der ländlichen Genossenschaften (Reichsverband-Raiffeisen) in Stuttgart wurde vom Reichsernährungsminister Schiele begrüßt. Die Verantwortung eines Ministers, die Herr Schiele jetzt zu tragen hat, hat ihn bescheidener gemacht, als es der ehemalige reine Landbundmann gewesen ist. Schaffung marktfähiger Qualitätsware, Zusammenfassung zu großhandelsfähigen Angebot, Angebotsausgleich nach Ort und Zeit erscheinen auch ihm jetzt als zentrale agrarpolitische Aufgabe der Genossenschaften. Der konzentrierten Absatzorganisation des ausländischen Angebots könnte man mit Zöllen allein nicht Herr werden. Die Rationalisierung des Handelswegs vom Erzeuger zum Verbraucher, bei der man auch vor einem erheblichen Zwang nicht zurückzusehen dürfte, müsse bei den Genossenschaften beginnen.

Generalanwalt Gennes berichtete von einem Bestand von 36340 ländlichen Einzelgenossenschaften (80,6 Proz. aller ländlichen Genossenschaften) mit etwa 4 Millionen Mitgliedern und einer Einlagensumme von 1830 Millionen Mark.

Streit der Eisenkäufer.

Rückwirkende Preisermäßigung der Deutschen Rohstahlgemeinschaft.

Der Abfall im In- und Ausland ist nach einer Mitteilung der Deutschen Rohstahlgemeinschaft in allen Erzeugnissen nach wie vor sehr gering. Um den vielfach geäußerten Wünschen der Abnehmerchaft entgegenzukommen, wurde beschlossen, für alle Lieferungen ab 12. Juni d. J., die auf Abwärtsliefe erfolgten, welche zu vollen Inlandsverbandspreisen getätigt worden sind, die neuen ermäßigten Inlandsverbandspreise rückwirkend zu berechnen, soweit die Bestellungen bis zum 20. Juli bei den Werken eingehen werden.

Diese Regelung besagt nicht mehr und nicht weniger, als daß die deutschen Käufer auf die bisherigen Eisenpreiserhöhungen einfach mit dem Kaufstreik reagiert haben, weil die Preisentlastung zu gering ist und auf Terminbestellungen größtenteils überhaupt nicht angewendet wurde. Uns verwundert dieses Ergebnis nicht; die Eisenindustrie wird noch mehr Lehrpeid zahlen. Wollen der Reichswirtschafts- und der Reichsarbeitsminister daraus die gebotenen Lehren ziehen?

30 Mill. Kapital im neuen Metallkonzern.

Ueber die Fusion der Walzwerks der Frankfurter Metallgesellschaft und des Berg-Heckmann-Selwe-Konzerns berichtet ein offizielles Kommuniqué, daß die neue Gesellschaft „Vereinigte deutsche Metallwerke“ mit einem Kapital von 30 Millionen ausgestattet werden wird. Das bisherige 20-Millionen-Kapital der Berg-Heckmann-Selwe A.-G. wird auf 10 Millionen zusammengezogen; die Metallgesellschaft-Frankfurt erhält 10 Millionen neue Aktien für ihre eingebrachten Werte, weitere 10 Millionen Mark werden zu 25 Proz. eingezahlt, von einem Bankenkonsortium treuhänderisch übernommen und den alten Aktionären sowie der Metallgesellschaft im Verhältnis 2:1 angeboten. Danach dürfte die Metallgesellschaft insgesamt 16 von den 30 Millionen Aktien, also die Herrschaft über den neuen A.G.-Metallkonzern erhalten.

Wenn die reichseigenen Vereinigte Industriewerke A.-G. (Blaug) ihre bisherige Beteiligung von einem Drittel des alten Berg-Heckmann-Selwe-Kapitals bei der Kapitalerhöhung ausnimmt, was sicher zu sein scheint, wird sie mit etwas mehr als 20 Proz. an dem neuen Trust beteiligt sein.

Boller Erfolg der 7proz. Pfandbriefe.

Die Preussische Landespfandbriefanstalt hat am ersten Zeichnungstage ausverkauft.

Die Auflegung von 10 Millionen Mark der neuen 7prozentigen Pfandbriefe durch die Preussische Landespfandbriefanstalt war ein voller Erfolg. Bereits am ersten Tage der Zeichnungsrunde mußte die Zeichnungsliste geschlossen werden. Damit ist ein Beweis für die allgemeine Einführbarkeit des 7prozentigen Pfandbriefs, die ein wichtiger Schritt zur Senkung der Baukosten ist, erbacht.

Der preussische Wahlfahrtsminister Dirliester veröffentlicht im Amtlichen Preussischen Pressedienst eine Aufforderung, zur Verbilligung der Baukosten allgemein zum 7prozentigen Pfandbrief überzugehen.

Eine scharfe Kapitalzusammenlegung wird bei der Telephonfabrik Berliner A.-G. vorgenommen, nachdem kürzlich die Herrschaft über dieses alte Schwachstromwerk auf die Deutsch-Amerikanische Standard-Elektrizitäts A.-G. übergegangen ist. Der 3,5-Millionen-Markverlust von 1928 hat sich 1929 auf 4,13 Millionen Mark erhöht. Das Kapital wird von 6,00 auf 2,76 Millionen zusammengezogen.

Rationalisierung im Motorradhandel. Die größten deutschen Motorradfabriken haben sich zu einer Vereinigung zusammengeschlossen, die den Kundendienst und das Ausstellungs-wesen regeln sowie Einsparungen im Zwischenhandel herbeiführen soll. Ob die außerdem geplante „Anpassung der Produktion an den Bedarf“ zu Preisbindungen führt, wird die Zukunft zeigen müssen.

Neue Schweinekrise in Sicht!

Die Schweinefibel hat nichts gemutht. — Eine Warnung

Das Reichsernährungsministerium ist dazu übergegangen, die Auswertung der Schweinezählungsergebnisse durch einen Sachverständigenausschuß vorzunehmen. Das Ergebnis der Schweinezählung vom Juni 1930, die besonders eine Zunahme der Zuchtsauen ergab, ist von dem Sachverständigenausschuß zu folgende Schlussfolgerungen verarbeitet worden: „Bis zum Herbst dürfte die Marktbeschickung zwar stärker sein als in dem gleichen Zeitraum des vergangenen Jahres, jedoch dürfte sie noch immer hinter der vom Juni/September 1928 zurückbleiben. Da außerdem in diesen Monaten eine saisonmäßige Belebung des Schweinemarktes zu erfolgen pflegt, wird in diesem Zeitraum die Absatzlage voraussichtlich verhältnismäßig günstiger sein als in den späteren Monaten. Die starke Zunahme der Ferkel gegenüber dem Vorjahr (um rund 1 Viertel des Bestandes) und noch mehr die Steigerung der Zahl der trächtigen Sauen lassen in Verbindung mit dem Rückgang der Rentabilität der Schweinemast weitere sinkende Ferkelpreise erwarten. Dem Herbst ab ist infolge einer von Monat zu Monat stärker werdenden Marktbeschickung mit sinkenden Preisen auf dem Schweinemarkt zu rechnen und zwar so, daß im Frühjahr 1931 ein Angebot befristet werden muß, das etwa dem des Frühjahrs 1928, also einer Zeit stärksten Preiszusammenbruchs entspricht. Diese Befürchtungen sind deshalb besonders begründet, weil bereits gegenwärtig bei verhältnismäßig geringem Angebot die Schweinepreise infolge der verminderten Kauflust der verbrauchenden Bevölkerung und dadurch bedingter geringerer Nachfrage wesentlich niedriger sind als sie nach dem Stand der Schweinehaltung an sich sein müßten.“

Auf Grund dieser voraussichtlichen Entwicklung der Verhältnisse am deutschen Schweinemarkt ergeben sich für den Schweinehalter folgende Richtlinien:

1. Je früher und je leichter (an Gewicht) die Schweine auf den Markt gebracht werden, desto besser die Verwertung, denn je weiter die Zeit fortschreitet, desto ungünstiger werden die Absatzmöglichkeiten.

2. Wer über seinen normalen Bestand hinaus Ferkel neu zur Mast aufzucht, muß bedenken, daß die Marktorhältnisse Anfang nächsten Jahres denkbar ungünstig sein werden.

3. Besonders scharfe Kalkulation ist in allen Betrieben anzuraten, die ausländische Futtermittel zukaufen müssen, da in vielen Betrieben unverwertbare Ueberhälften an wirtschaftseigenen Futtermitteln eine Vermehrung der Schweinehaltung auch bei ungünstigen Preisen zu erzwingen drohen.

4. Den Schweinezüchtern ist dringend zu raten, in den nächsten Monaten mit Rücksicht auf die zu erwartenden niedrigen Ferkelpreise bei der Zulassung der Sauen größte Zurückhaltung zu üben.

Baukosten geben zurück.

Wie wenig sich die Eisenpreissenkung auswirkt.

Allmählich sinken auch die Baukosten. Den Anfang hat der leichte Rückgang der Hypothekenzinsen gemacht, der hoffentlich durch die allgemeine Einführung des siebenprozentigen Pfandbriefs stärker wird. Nach der „Raumwelt“ ist in der Woche vom 25. Juni der Baustoffindex von 155,1 auf 150,8 und der Baukostenindex von 174,4 auf 169,2 Proz. zurückgegangen. Ein weiterer Rückgang ist unbedingt erforderlich, da die Baustoffpreise sowie die Baukosten noch weit jeden anderen Preisindex übertreffen.

Die Eisenpreissenkung wirkt sich für den Baumarkt in sehr geringer Weise aus; bei Stabeisen, Unterstabeisen und Trageisen nur je 50 Pf. pro 100 Kilo, das sind 2 1/2 Proz.

Ivan Heilbut: Der heimliche Gast

Eine neue Lehrerin kam im Dorfe an. Es war ein Vorfrühlingsabend und schon dunkel, als sie eintraf, denn sie hatte eine vielstündige Eisenbahnfahrt und dazu einen langen Fußmarsch hinter sich. Zog der Dunkelheit und dem Fehlen künstlicher Beleuchtung auf den Straßen und Wegen war das Ereignis nicht unbemerkt geblieben und es hatte sich innerhalb kurzer Zeit unter den Dorfbewohnern herumgesprochen. Neugierige, Erwachsene und Kinder standen sogar schon vor dem Lehrerhause, um in das erhelltete Zimmer hineinzusehen. Die neue Lehrerin hatte die Fenster ganz weit aufgespart, sie kam verschiedentlich vom Wohnungstür in die Stube hinein, von den Zuschauern draußen nahm sie gar keine Notiz. Seit einer Woche mindestens war hier nicht gelüftet worden, denn vor einer Woche war die alte Lehrerin, deren Nachfolgerin die eben Angelommene war, gestorben.

Die Menschen vor dem Fenster beobachteten die Neue besonders genau, weil sie mußten, daß sie aus der Stadt kam. Der Ort war etwa dreierlei Stunden Eisenbahnfahrt von der nächsten Kleinstadt entfernt, wo es Tanz, Kino und sogar Theater gab. Aber die Schmach der Leute vom Dorf ging weiter: Die Großstadt lag gegen zwei Stunden entfernt. Eine Reise dahin bedeutete ihnen soviel wie den Kreuzfahrern eine Fahrt nach dem gelobten Lande. Von Erlebnissen voll kehrten sie am Sonntag mit dem Nachtzug heim. Sie ahnten die dort gesehenen Moden nach, piffen die Gassenhauer, die an der Reihe waren, und brühten sich mit der Stadt, gerade so als ob die Stadt ihnen eigentlich ihren Ruf zu verdanken hatte.

Als die Lehrerin den Handkoffer, den sie mitgebracht, entleert und sich in ihrer Behausung orientiert hatte, löschte sie die Lampe und ging über die dunkle Hausdielen zur Wohnung des Lehrers hinüber. Das Lehrerhaus war ein ehemaliges Bauernhaus, strohgedeckt, niedrig. In der Mitte der Front war die Eingangstür. Die Fenster befanden sich in einer Höhe, die es jedem, dem es darauf ankam, bequem gestattete, hineinzusehen.

Der Lehrer war eben mit Geigen beschäftigt, wahrscheinlich übte er sich selber ein Lied ein, das er am nächsten Tag den Kindern einüben wollte. Als die Lehrerin eintrat, legte er höflich sofort die Geige in den Kasten und setzte sich an den Tisch. Er war ein kleiner, schmäler Mann mit blaßblauen Augen, seine Frau war schlant, braunhaarig, dunkelhaarig. Sie hatten die Lehrerin zum Abendbrot eingeladen. Sie brachten, wie es ganz natürlich war, das Gespräch auf die vorige Anstellung, überhaupt auf die Vergangenheit der Neugelkommenen. Sie hieß Karen Lund und war in einer kleinen Stadt an der Ostsee geboren.

„Ach, Sie sind auch aus unserer nördlichen Gegend!“ rief der Lehrer.

„Ja, ihre Augen, die leuchtend blau waren, ihr blondes Haar und die, freilich nicht große, aber schlante und lehnige Gestalt hätten ihm ihre Herkunft aus der Gegend verraten können. Sie war anfänglich sehr zurückhaltend, sie sagte am liebsten nur „Ja“ und „Nein“ —, und wenn sie selber erzählte, so war etwas Verlegenheit dabei; aber mit der Zeit, als sie sich an die neue Umgebung und an die Gesichter gewöhnt hatte, wurde sie ganz lebhaft, ihre Reden waren rot, opferte, wie man es selbst auf dem Lande nur selten findet, und einmal, als sie dem Lehrer mit einem unermutet schweren Blick in die Augen sah, mußte er denken: Donnerwetter, das Fräulein ist aber hübsch.“

Sie sprachen über die Schule, über die Kinder. „Sehr klug sind die Kinder bei uns in der Gegend ja nicht“, meinte der Lehrer. „Ihre Eltern, die Bauern sind sehr gefällig, sie laden uns viel ein, manchmal wollen wir uns vor ihren Einladungen nicht zu retten.“

„Aber ich fühle mich trotzdem verlassen hier“, sagte die Frau des Lehrers. „Ich bin auch von der Ostseeflüsse, die Gegend ist viel hübscher dort, nicht wahr? Auch die Menschen sind nicht so schwerfällig wie hier bei uns. Ich möchte, wir hätten da wohnen können. Die Verlegung war damals ein harter Schlag für uns beide. Zuerst konnt' ich mich gar nicht hierher gewöhnen. Seitdem wir das Kind haben, ist es besser geworden. In die Stadt fahren wir selten. Unsere Freude ist die Ferienzeit, wenn wir uns Verwandte ins Haus laden können.“

Karen sah die Lehrerin an, als ob sie etwas sagen wollte. Denn, augenscheinlich, begann sie sich anders. Sie schwieg. Aber gleich darauf sagte sie doch:

„Ich habe mir auf der Reise überlegt, ob ich mir nicht schon bald einen Bekannten einladen soll. Er wollte mich eben besuchen, als ich die Nachricht von der Verlegung erhielt. Ich habe das Leben auf dem Lande auch so nur schwer aus, man ist doch einmal an die Stadt gewöhnt, und wenn man Gesellschaft aus früherer Zeit haben kann, soll man sie nicht ausschlagen, finde ich“, schloß sie.

„Kerkmäßig, während sie dies sagte, war ihre Stirn bis ans helle Haar hinauf rot geworden.“

Der Lehrer hatte beifällig mit dem Kopf genickt. Ein Besuch im Lehrerhause bedeutete auch für ihn eine Abwechslung. Seine Frau rief: „Das kann Ihnen wohl niemand verwehren!“ Es stand für sie fest, daß sie mit dem Fräulein, das anscheinend so schlau für das Leben einer Dorfschullehrerin geschaffen war, gefällig leben würde, sie freute sich schon auf die Abende mit ihr. Aber als sie ihre Gedanken zuherte, schien Fräulein Lund nun auch nicht gerade für gar zu innige nachbarliche Beziehungen zu sein. Ihre Miene, als sie die Einladung zur Gastschuld annehmen, war jedenfalls durchaus nicht erfreut.

„Ist es ein Verwandter, den Sie sich einladen wollen?“ fragte der Lehrer. Karen schenkte durch diese Frage verwirrt. Für einen Augenblick sah sie den Lehrer nur an.

„Ein Bekannter“, gab sie zur Antwort.

Aber sie war wieder rot geworden. „Sie ist Ihre neue Vorgängerin“ — urteilten die Lehrersleute, als sie später allein in der Stube saßen. Sie hatten für Fräulein Lund eine Schloßgelegenheit unprobiert. Denn deren Möbel wurden erst in den nächsten Tagen erwartet.

„Nebst dem — irgend etwas stimmt nicht mit ihr“, folgten sie hinzu. „... aber das geht uns nichts an.“

Mit den Kindern in der Schule und mit den Eltern vertraut sich Karen gut. Schon am dritten Tage nach ihrer Ankunft hatten die kleinen Mädchen sich um die Ehre gerissen, ihrer Lehrerin die Einläufe im Dorf besorgen zu dürfen. Die Szene, wie sie mit hochgehenden Armen und Zeigefingern Waren umstritten und einander zur Seite zu drängen versuchten, wiederholte sich immer wieder. „Ach!“ riefen sie, „Ach! Fräulein Lund, du heft mit noch kein Mal für die Einkäufe getan! — Nummer 100, 101!“ Waren mußte wirklich in der Auswahl achtlos sein, um Niemandes Ehrgefühl zu verletzen.

Die folgende Zeit betrug sie dazu, sich mit ihrer Umgebung bekanntzumachen. In die Wohnung des Lehrers schlossen sich ein Garten und ein Gemüsegarten an. Hühner gingen pickend zwischen

den Blumen herum. Ueber die Wiesen hinweg, die von Sumpfbutterblumen wie eine fettgelbe Fläche bedogen, kam sie an einigen Wagen vorbei — Zigeunerwagen, von denen die Kinder ihr schon in aufgeregter Begeisterung erzählt hatten. Die Zigeuner zogen haufierend bei den Menschen herum, wie ein Märchen tauchten unermüdet ihre bunten, braunhäutigen Gestalten auf. Der Gemeindevorsteher, dessen Haus dem Lehrerhause benachbart war, hatte ein scharfes Auge auf sie, er sah sie mißbilligend an und verschiedene Male ließ sich der Landjäger blicken. Die Dorfmadchen aber, und sogar die Frauen, belagerten andere Augen, wenn einer der schwarzhaarigen, wildschmauzbärtigen Herren an ihnen vorüberging, und die jungen Burtschen lachten den schlankgliedrigen Zigeunerinnen nach.

Von ihren Spaziergängen, die sie allein unternahm — wer hätte sie begleiten sollen? —, kam sie abends mit Dunkelwerden zurück. Der Gemeindevorsteher stand am Zaun seines Gartens und zog die Mägen. Sie wechselten einige freundliche Worte und Karen ging ins Lehrerhaus, zündete in ihrer Stube die Lampe an, aß allein ihr Abendbrot und las später in einem Buch. Sie hörte aus der benachbarten Wohnung die Geige des Lehrers, die Fenster standen offen, der Abend war vorfrühlingshaft warm. Ohne im geringsten unhöflich zu sein, hatte sie die Lehrersleute erraten lassen, daß sie lieber mit sich allein war als in Gesellschaft von Nachbarn. Warum wohl? Es gab dafür einen Grund, man sah es Fräulein Lund geradezu an. Aber welcher Art konnte der Grund wohl sein? „Irgend etwas stimmt nicht mit ihr“, folgten die Lehrersleute zueinander. Sie warteten darauf, daß sie die Lösung des Rätsels erfahren würden.

An einem Aprilabend sah Karen wie immer allein in ihrer Stube, sie hatte sich an den Ofen gesetzt; überaus, noch anfrühlendem Frühling, war es wieder kalt geworden, der wütende Wind, der draußen Schauer vorbeilegte, stahl sich noch durch die noch Möglichen abgedichteten Ritzen von Türen und Fenstern herein. Sie las in einem Roman, den sie sich vom Buchhändler in der Stadt hatte schicken lassen. — Pöppel klopfte es ans Fenster. „Wer ist da?“ fragte Karen erschrocken.

„Da klopfte es wieder.“

Eine kleine Weile, während der sie nichts als ihr Herz klopfen hörte, dachte Karen nach, ob das Geräusch am Fenster etwa mit ihr privat in eine Beziehung zu bringen wäre? Dann stand sie auf und spähte durch die Scheibe. Sie bemerkte niemanden, durch die Ritzen fühlte sie die Kälte. Aber nun hatte es wieder begonnen und es klopfte fort. „Nanu?“ sagte Karen verständnislos. Mit einem Male sah sie etwas schimmernd Weißes, Buntcs. „Ach Gott!“ rief Karen verblüfft — sie öffnete schnell und sah vor sich eine schöne geißelsteckte Katze. Das Tier triefte vom Regen. Es wollte mit der Pfote einen demütigen Gruß machen. Aber schon hatte Karen sie durch den Fensterrahmen hereingehoben. Sie konnte die Katze, sie war ihr oft um die Hüfte gelaufen — bis in ihre Wohnung, bis in die Küche hinein; denn zu Hause, beim Gastwirt, wo es außer einer Anzahl von Kindern noch einige Katzen gab, war wohl kein gutes Leben für sie.

Während Karen das Fenster schloß, streckte und setzte die Katze sich am Boden. Karen, die sogar ihren Namen kannte, holte ein Sandwich und Fleischbrot aus der Küche, unablässig sich mit der Katze unterhaltend. Sie setzte sich wieder an den Ofen, die Katze im Schoß, sie rief ihr das Fell und ließ sie Abendbrot essen.

„Hat dich der böse Regen so naß gemacht, Lorchchen? Komm, laß dich rubbeln. Frisch nur zu, mein Kleines; wenn du nachher noch hungrig bist, bekommen wir noch mehr. Das ist aber nett von dir, daß du mich heute abend besuchst. Heute abend fühle ich mich ganz besonders allein.“

Als die Katze mit Essen fertig war, sagte sie „mau“, und

Gerdland: Wirrer Gang durch die Nacht

Zumeilen bringt sie von ihren nächtlichen Gängen ein leises Lachen heim, ein Gläserklirren klingt in ihren Ohren, ein bißchen Rausch und ein paar kleine Koksworte. Was ist nicht mehr die „Tüchtigkeit“, aber „sie hält sich labellos“. Wenn die letzten Gäste das bürgerliche Speisehaus verlassen, nachts gegen drei, wenn sie Kaffe gemacht hat, dann findet sie wenige Minuten für sich. Eine Woche Tagdienst, eine Woche Nachtdienst! Es ist ein Leben in immer gleichem Trott. Diese frühesten Morgenstunden, an denen sie von dem Lokal, in dem sie das Buffet bedient, nach Hause geht, übermüdet, abgelenkt, doch nicht entspannt, gehören ihr. Der Kurfürstendamm ist dann verlassen, nur an den Ecken stehen die Wartschergen, die freudlosen Freudegeberinnen, Ballettmädchen wandern die nächtliche Avenue entlang, ein paar Schauspieler kommen von Nachproben. Und Barbaren wagen aus den trüben, sinnverwirrenden Lokalen, den letzten sich-erfüllten Drink auf den mundgeschmaltten Lippen.

Zumeilen bringt sie ein leises Lachen heim, ein Gläserklirren... saubere Stube, denn die Schwestern der Nacht, die Parasiten des Asphaltis schwirren um sie herum, auf diesen nächtlichen Gängen, laden und gleichen über dem Boden und der Säulen wie Irrlichter in den steinernen Schluchten der Stadt. Dann öffnet sie das Fenster, das hinausgeht auf einen finstern Hof. Irrendwo ist noch Licht. Und hinter der gelben Gardine bewegen sich die Schatten von Liebedeuten. Dann wird das Lächeln auf ihrem Gesicht müde und resigniert... Damit ist sie wahrhaftig fertig! Dann schlüßt sie das Fenster wieder, entkleidet sich und legt sich in das weiche Bett, das sie erst spät am nächsten Nachmittage wieder verläßt... Zumeilen...

An einer Ecke des nächtlichen Kurfürstendamms, gerade in dem Moment, als sie den Damm betreten will, fühlt sie sich zurückgerissen. Sie sieht: dicht vor ihr hat eine leere Tasse gestoppt, dem Chauffeur fliehet kleine Sturzschüsse von Schimpfworten über die Lippen. „Na, homse sich man mich gleich so!“ sagt sie nur, denn sie ist müde. Ein Mann dicht neben ihr sagt: „Da hamse Schweine geholt, Fräulein, ein Schritt weiter! Und hinüber...“ „Da, ja!“ murmelt sie vor sich hin. Und sie denkt: „Was wäre, wenn...?“ Morgen abends würde eine andere hinter der Theke stehen, mein Zimmer würde weiter vermietet werden. Wer kümmert sich denn um mich, und... „Ach!“ Jetzt geht sie also weiter. Aber da ist ihr, als lege die Hand, die sie zurückgerissen, noch irgendwas auf ihrem Arm. Und nun bläst sie sich um und in ein keltisches, wirres, ganz keltisches Gesicht. In diesem Gesicht ist alles, aber auch das Letzte, auf freche Sinnlichkeit striftet, die Lippen sind knallig rot, in frivolem, geschäftig, daß sie erschauert. Aber die Augen sind schlammig gut, ja, gültig, warm, ja, heiß, verständig, mehr noch: verzehrend... Sie gehen zusammen die Lauenburgerstraße entlang. Und keine

Karen besorgte ihr eine weitere Aktion aus der Küche. In der Nacht schielte Lorchchen zusammengeknallt am Ofen auf einem mit weichem Kissen belegten Stuhl.

Am Morgen, nach dem Frühstück, ging sie ans Fenster, hüpfte leichtfüßig hinauf und sprang auf die Straße.

Der Frühling war da. Die jungen Mädchen im Dorf stolzierten in ihrer neuen Kleidung herum; und die Kinder erliefen zur Schulprüfung, die wie in jedem Jahr kurz vor Ostern stattfand, im neuen Röcken und Jacken. Zu der Schulprüfung waren vor allem die Eltern eingeladen, auf die Eltern war diese Veranstaltung abgestimmt — sie sollten nachprüfen, ob die Kinder in dem vergangenen Schuljahr nun eigentlich Fortschritte gemacht hätten oder nicht.

Mit diesem Tage fingen die Ferien an. Einladungen zu den Konfirmationen kamen — Einladungen, denen man Folge leisten mußte, wenn man nicht beleidigen wollte.

Und noch etwas Bedeutsames geschah an diesem Tage: Die Lehrerin Lund bekam Besuch. Waren war direkt von der Schulprüfung aus die Landstraße hinuntergeradelt und sie traf ihren Besuch bereits auf dem Wege. Es war ein junger Mann von etwa zwanzig Jahren, gesund und blühend mit schönen dunkelblauen Augen. Er trug hohe Sportstiefel und hatte keine Mägen auf, eine lange Strähne seines blonden Haars fiel ihm in die helle irische Stirn. — Vom Rad gesprungen, war Waren nahe daran, ihm um den Hals zu fallen. Aber sie hielt sich gut — denn auf der Landstraße kamen die von der Schule heimkehrenden Eltern mit den Kindern an ihnen vorbei. Sie sahen alle zu Waren hinüber, die nun, ihr Rad neben sich führend, längs des Chausseegrabens ging; dann sahen sie sich den jungen Mann ihr zu Seiten an; dann wieder Waren. Und dann sagten sie etwas einer zum anderen.

Als Waren einige Stunden mit ihrem Besuch bei Gesprächen zu Hause am Tisch saß, war es ihr bereits unmöglich, zu begreifen, wie sie die vergangenen einlame Wochen hatte aushalten können, ohne einer Gemütskrankheit zu verfallen. Ihre Dankbarkeit — ja, sie war ihm dankbar — äußerte sich in einer mütterlichen Sorgfalt und Zärtlichkeit, sie wurde nicht müde, nach seinen Wünschen zu fragen, und als er endlich beim besten Willen keine Wünsche mehr fand, erforderte sie ihm welche, nur um sie ihm erfüllen zu können.

Als sie am nächsten Morgen vors Haus traten, überwölbte ein fleckenlos blauer Himmel die Landschaft. Sie gingen bis zum Mittag über Wiesen und auf der Landstraße am Eisenbahnweg. Dann nahm ein Wald sie auf. Buchen hügelau und -ab, der Grund war voll von Anemonen und Primeln; bisweilen ließ ein plötzlicher Ausblick das Auge über endlose Wälder und Acker bis zum Epitaphium einer fernen Dorfschaft schweifen.

An diesem ersten Tage, als sie vom Walde zurückkamen, trafen sie die Lehrersleute vorm Haus. Die Frau trug eine Schüssel mit Frühjahrsblumen, sie wollten aufs Gemütsland. Mit überraschten Mienen sahen sie den unbekanntem jungen Mann. Waren beugte sich, ihn vorzustellen. Er hieß Anders Strach. Die Lehrersleute sagten, sie freuten sich sehr über den Besuch im Hause. Aber ob dieser nun Warens Better wäre — fragten sie nicht. Und als sie allein auf ihr Stück Land gingen, war ihnen gerade so, als hätten sie nun die Lösung des Rätsels, weshalb Waren sich von dem Verlehr mit Deuten bisher so auffällig gehütet hatte: Sie wollte wohl, wenn es ihr, wie hier, zusatten kam, nach keiner anderen Seite hin gebunden sein?

Am Palmsonntag machte Waren sich auf, um die Konfirmationsbesuche hinter sich zu bringen. Überall, wo sie eintrat, wurde sie nicht Höflichkeit und Achtung empfangen; aber wie eine unangenehm schwüle Atmosphäre fühlte sie fast überall auch ein geheimes Einverständnis, das die Leute in der Stube untereinander hatten und das gegen sie gerichtet war. Während sie am Tisch saß, holte unmerklich irgendwer die Mitglieder der Familie, die noch nicht im Zimmer waren — sie blieben an der Tür stehen und sahen sich dies Fräulein Lund an. Waren empfand das als die Fortsetzung der Tuschereien auf der Landstraße, wo sie neben Anders den Leuten begegnet war. (Schluß folgt.)

von beiden spricht ein Wort. Salzlangenerkäufer lächeln und lächeln hinter ihnen her, und das einsame Mädchen weiß, die Spottweise beziehen sich auf jene, die da neben geht und schweigt und starrt und eigenartige Falten im Gesicht hat und überhaupt eine abnorme Sorte der Spezies „Mensch“ zu sein scheint.

Sie gehen weiter. Es ist so komisch... Nein wirklich, jede andere würde die Situation natürlich komisch finden. Aber da bestimmt sie sich und sagt zu dem komischen Nachbarn: „Ich habe Ihnen doch eigentlich zu danken, nicht wahr? Sie müssen schon entschuldigen: Ich war so verwirrt, also wirklich...“ Die andere mit dem grollen, hellen, flammenden Traumpflicht, beginnt nun zu reden, spricht mit einer hohen, mantriert spigen, listenden Sopranstimme.

Sie denkt: ein Mann? ein Transvestit? ein Damenimitator? Was will denn der von mir?... Selbst! „Die-da-oder-der-da“ geht weiter neben ihr, berichtet von ihren Frauen Sorgen, sagt bereits „Freundin“... Der Baum ist gebrochen.

Der Kerl da neben ihr, der Kerl in Frauenkleidung, spricht plötzlich rau und heiser. Das ist die Reaktion auf die gefühlteste Füststimme. Er geht dichter neben ihr. Schon legt er seinen Arm um ihre Schulter. Sie schüttelt ihn ab. „Bestätigen Sie mich nicht! Ich habe genug!“ erklärt sie und späht nach einem Auto aus. „Wandern Sie sich denn gar nicht, daß eine Frau wie ich, Sie auf offener Straße bestätigt?“ fragt er. „Mensch, ich bin doch auch nicht vom letzten Frost übrig geblieben! Auch Brüder kennt man doch! Euch Strichjungens!“ Mit den Brüdem muß man deutlich reden, sonst verstehen sie einen nicht. Pöppel bleibt er mitten auf der Straße stehen und weint... Und weint! Total verrückt!

Ein Auto fährt heran. Sie steigt ein. Noch einmal blüht sie sich um. „Der-da-oder-der-da“ seht seinen wirren Gang durch die Nacht fort... Zumeilen bringt sie ein leises Lachen heim, ein Gläserklirren...

Kosakenkolonien in Südrussland

Es dürfte wenig bekannt sein, daß sich nach dem Tode des russischen Bürgerkrieges ganze Stämme russischer Kolonen in Südrussland niedergelassen haben. Da sie jedoch hier zunächst keine geeignete wirtschaftliche Existenz fanden, setzte bald eine nach heute anbauende Auswanderung nach Amerika, vornehmlich nach Südamerika, ein. Um diese Auswanderung nun einzubämmen, hat die südrussische Regierung kürzlich beschlossen, den zurückgebliebenen Kosaken ein geschlossenes Siedlungsgebiet für die Errichtung landwirtschaftlicher Kolonien zur Verfügung zu stellen. Sie sollen in Südrussland unter genau denselben Bedingungen leben können, wie einst in Rußland. Selbst ihre alte Militärorganisation werden sie erhalten. Dies bedeutet insofern ein außerordentliches Zugeständnis, als erst vor kurzem die Rechte aller nationalen Minderheiten, darunter besonders auch die der deutschen, auf dem Gebiete des südrussischen Staates bedeutend eingeschränkt wurden.

Heute zu Tiefen:

billige und gute Lebensmittel einkaufen

170 Preise nur Freitag und Sonnabend Fleisch und leichtverderbliche Waren sind vom Versand ausgeschlossen! Verkauf soweit Vorrat - Mengengabe vorbehalten

Johannisbeeren 25 Pf. an	Kohlrabi Mandel 15 Pf.
Blaubeeren 32 Pf.	Möhren 3 Bund 20 Pf.

Obst und Gemüse

Stachelbeeren reife ... 2 Pfd. 35 Pf.	Gurken ... Stück von 16 Pf. an
Pflirsche ... Pfd. 38 Pf.	Schoten ... 2 Pfd. 25 Pf.
Tafeläpfel ... Pfd. 42 Pf.	Weiss- od. Wirsingkohl 2 Pfd. 15 Pf.
Bananen ... 2 Pfd. 85 Pf.	Neue Kartoffeln ... 5 Pfd. 38 Pf.
Kirschen ... 2 Pfd. von 45 Pf. an	Schmorgurken ... 4 Pfd. 45 Pf.
Zitronen ... Dutzend von 60 Pf. an	Grüne Bohnen ... Pfd. 15 Pf.
Birnen ... Pfd. 25 Pf.	Italienische Tomaten Pfd. 15 Pf.
	Salat ... 2 Kopf 12 Pf.

Wurstwaren

Sülzwurst ... Pfd. 80 Pf.	Schinkenpolische ... Pfd. 1,30
Fetter Speck ... Pfd. von 95 Pf. an	Feine Leberwurst ... Pfd. 1,40
Dampfwurst ... Pfd. 96 Pf.	Zervelat od. Salami ... Pfd. 1,65
Knoblauchwurst ... Pfd. 1,15	Fettdarmwurst ... Pfd. 1,85
Jagdwurst ... Pfd. 1,15	Schinkenspeck ... Pfd. 1,90
Mettwurst Braunschw. Art. Pfd. 1,25	Nusschinken ... Pfd. 1,95

Frisches Fleisch

Kalbskamm ohne Beilage ... Pfd. 78 Pf.	Kalbsnierenbraten u. Brust Pfd. 88 Pf.
Kalbskeulen ... Pfd. 96 Pf.	Kalbsroulade ... Pfd. von 1,40 an
Kalbsschnittel ... Pfd. von 2,20 an	Kalbskotelett ... Pfd. von 1,48 an
Schweinebauch ohne Beilage Pfd. 94 Pf.	Schweineschinken ... Pfd. 1,10
Rückenfett ... Pfd. 68 Pf.	Kasser Rollen ... Pfd. 1,28
Eisbein mit Spitzbeln, gepökelt Pfd. 58 Pf.	Hammelvorderfleisch Pfd. v. 1,04 an
Suppenfleisch ... Pfd. von 78 Pf. an	Schmorfleisch Kenle, o. Knoch. Pfd. 1,34
Gulasch gemischt ... Pfd. 98 Pf.	Rinderleber ... Pfd. 1,08
Rinderbacken ohne Knochen Pfd. 48 Pf.	Rinderherzen ... Pfd. 48 Pf.
Euter ... Pfd. 18 Pf.	Schweineköpfe mit Backe ... Pfd. 40 Pf.
Hammelvorderfleisch ... Pfd. von 88 Pf. an	

Fische und Räucherwaren

*Goldbars ... Pfd. 20 Pf.	Bücklinge ... Pfd. 35, 45 Pf.
*Seelachs im ganzen ... Pfd. 16 Pf.	Seelachs geräuchert ... Pfd. 38 Pf.
*Kabeljau gross, o. Kopf Pfd. v. 14 Pf. an	Schellfisch geräuchert ... Pfd. 38 Pf.
*Schellfisch m. Kopf, 1 gann. Pfd. 22 Pf.	Bundaale ... Bund von 30 Pf. an
*Kabeljaufillet ... Pfd. 28 Pf. an	Neue Matjesheringe 2 St. 25 Pf.
*Zander gefroren ... Pfd. 60 Pf.	Oelsardinen 4 Portionadonen 98 Pf.
*Lebende Aale ... Pfd. von 1,20 an	Oelsardinen 2 Klabbosen ... 95 Pf.

Käse und Fette

Camembert ... 2 Stück 25 Pf.	Edamer o. Holländer 40% Pfd. 96 Pf.
Limburger 20% Pfd. 38 Pf.	Bayr. Schweizer ... Pfd. von 1,38 an
Tilsiter vollfett ... Pfd. von 75 Pf. an	Margarine ... Pfd. 50, 62 Pf.
Dän. Schweizer 30% Pfd. 80 Pf.	Molkereibutter ... Pfd. 1,56
Edamer 20% Pfd. 68 Pf.	Tafeibutter ... Pfd. 1,66
Holländer 20% Pfd. 68 Pf.	Dänische Butter ... Pfd. 1,76

Konfitüre

Eimer ca. 2 Pfd. Pflaumen ... 90 Pf.	Himbeer oder Kirsch ... 1,35
Aprikosen, Orange ... 1,15	Erdbeer ... 1,40
Johannisbeer ... 1,15	Ananas ... 1,45

Rehblätter

Rehblätter ... Pfd. von 98 Pf. an	Junge Gänse Pfd. von 1,05 an
Hühner gefroren ... Pfd. von 78 Pf. an	Hühner frisch geschlachtet, Fund von 1,05 an

Kolonialwaren

Bruchreis ... Pfd. 19 Pf.	Kartoffelmehl ... Pfd. 18 Pf.
Tafelreis ... Pfd. 23 Pf.	Bruchmakaroni ... Pfd. 45 Pf.
Moumain-Reis ... Pfd. 28 Pf.	Eierfadennudeln ... Pfd. 50 Pf.
Patna-Reis ... Pfd. 30 Pf.	Frisch gebrannter Kaffee Pfd. von 2,10 an
Hartweizengriess ... Pfd. 33 Pf.	Kakaopulver ... Pfd. 58 Pf.
Weizengriess ... Pfd. 30 Pf.	

Unsere Sensations - Bekleidungsstage sind Höchstleistungen in Preisen und Qualitäten!

Sensations - Bekleidungsstage in Preisen und Qualitäten!

Theater, Lichtspiele usw.

Freitag, 4. 7. Staats-Oper Unter d. Linden Tri-Ab. 8. Pr. No. 11 Jahres-Ab.-Y. No. 173 20 Uhr Trojaner Ende 2 1/2 Uhr	Freitag, 4. 7. Stadt. Oper Bismarckstr. Geschlossen
Staats-Oper in Platz der Republik Vorst. 116 20 Uhr Carmen Ende geg 2 1/2 Uhr	Staatl. Schauspiel am Gestirnsmarkt Jahres-Ab.-Y. No. 154 20 Uhr Gustav Adolf Ende u. 2 1/4 Uhr
Staatl. Schiller-Theater, Charlfbg. 30 Uhr Scherz, Satire, Ironie und feine Bedauernisse Ende 2 1/4 Uhr	Volksbühne Theater am Blüowplatz. 8 1/2 Uhr Julius Caesar Regie: Karl Heier Marfa
Reichshallen-Theater 5 Uhr Stettiner Sänger Das große Programm! Clifford-Brett und Garten Varietè - Konzert - Tanz	Staatsooper Am Pl. d. Republik 8 Uhr Carmen
Theater I. d. Behrenstr. 53-54 8 1/2 U. A 4 Zentrum 926-927 8 1/2 U. Direktorin Ralph Arthur Roberts Mein Vetter Eduard Schwank in 3 Akten von Fred Robs	Deutsches Theater 8 1/2 Weidenbaum 5201 8 Uhr Phaea von Fritz v. Unruh. Reg. Max Reinhardt. Musik: Friedrich Hollaender. Szenenbildner Ernst Schütte.
Barnowsky-Bühnen Theater in der Strassenbahnstr. Täglich 9 1/2 Uhr Meine Schwester und ich Westb. v. Ralph Benatzky	Die Komödie 11 Bismck. 2414/7516 8 1/2 Uhr Wie werde ich reich und glücklich? Ein Komödie in 11 Akten von Felix Jacobson. Musik von Wanda Spulsky. Regie: Erik Lutz. Bühnenbilder: Ludwig Kaiser.
Dr. Dr. Martin Zickel Komische Oper Friedrichstr. 104. Merkur 1491/4330 Täglich 8 1/2 Uhr Liebe und Trompetenblasen	Theat. am Kottb. Tor Kottbuser Str. 6 Tägl. 8 1/4 Wiederauftreten der Elie-sänger mit Schorsch Russell. Grosses Lebnisbilder-Programm!
Lessing-Theater Weidenbaum 2787 u. 2845 Täglich 8 1/2 Uhr Der Faun von Ev. Knobloch. Paul Herbold, Ebn. Fenne, Bern. Grotzky, Fruden, Fiedle, Kertke, Ueb.	8 1/4 Operettenhaus (Zentral-Theater) Dönh. 2047 Alte Jakobstr. 30, 32 Barüber kommt kein Mann hinweg! Klasse 18 - 1 u. ab 6 Uhr.
Rennen zu Grunewald Freitag, den 4. Juli 1930 nachmittags 3 1/2 Uhr	

Winter Garten

8 1/2 Uhr. - Zentrum 2819. - Rauchen erlaubt.

Geld Geld Geld

durch **Cortini**

außerdem **Tanz, Kunst, Sport, Gesang, Musik, Humor**

In höchster Vollendung

Sonnabend und Sonntag je 2 Vorstellungen 4 Uhr und 8 1/2 - 4 Uhr kleine Preise.

LUNA PARK

Sonnabend

Das große Sommerfest der Filmwelt

veranstaltet vom Verband der Filmanfahmleiter Deutschlands.

Filmzauber im Lunapark

Ein Programm von unerhörter Reichtumigkeit

Alle prominenten Künstler

Gilbert, Kella, Schmidt-Cantner dirigieren ihre Schläger

Freiherren! Wer erkennt uns? 6 für 2000 Mark Preise.

Express-Film, nachmittags aufgenommen, abends vorgeführt. Auf Ehren-u. Freik. wird ein Zusch. von 50 Pf. erhob.

Eintritt nur 1 Mark.

Nordsee über Helgoland

Bremenshaven

Bremen

NORDDDEUTSCHER LLOYD BREMEN

Sommer-Sprossen

aus in den herrlichstesten Gärten, werden in einigen Tagen unter Garantie durch das echte unfehlbare Trient-Berühmungsmitel

Genus! Güte! Befeuchtet. Reine Schilfr. Preis 20 Pf. 2, 25.

Gegen **Pickel, Mieser** Schilfr. A. Vertretung und Lager: Alexander 7150

Schwanz-Drogen, N. Wellhofer Straße 12. Drogen-Exped. NO. Samsberger Allee 10/54. Drogen-Exped. 3. Neumanns Radl. C. Wiergenberstraße 53. Drogen-Exped. 2. Spack. W. Rühlstraße 46.

Das preiswerte Vergnügungs-Restaurant Berlins

BEYRIE KEMPINSKI

Theater d. Westens Täglich 8 1/2 Uhr **Das Land des Lächelns** Franz Lehars Sensationserfolg!

Renaissance-Theater 9 Uhr Steingplatz 6780 **Die Wunder-Bar** Revuestück

Berliner Prater Sommertheater Kastanienallee 7-9 Täglich Anfang 4 Uhr der große Varietè-Teil Eine entzückende Burleske 8 1/2 U. Gustl Beer, Gretl Lilien, Alex Haber, V. von Kobylanska in die **Rose von Stambul** Operette in 3 Akten von Leo Fall Erstes Kaffeekonzert Einzelpreis von 50 Pf. an.

Metropol-Th. Täglich 8 1/2 Uhr - Michael Bohnen in **Mit Dir allein auf einer einsamen Insel**

ROSE Theater

Große Frankfurter Str. 132

Täglich 8 1/2 Uhr (Sonntags auch 8 1/2 Uhr) **„Die andere Seite“** 3 Akte von Sherif mit Gotthard Boge, Arthur Mallesky, Robert Müller, Paul u. Willi Ross, Franz Stein, Erich Wildt. Regie: Robert Müller.

Auf der Gartenbühne, nur noch bis kommenden Sonnabend, das Rosen-Eröffnungsprogramm sind **„Lene, Lotte, Liese“** Vom 6.-9. Juli!

Rosenfest im Rose-Garten Tausende von Rosen, Rosen-Festwerk. - Willi Rosen am Flügel, Tanz im Freien. 8 1/2 Uhr **„Verliebte Leute“** Operette von Königs. Vorverkauf tägl. von 11-1 Uhr vorm. u. 3-9 Uhr abds.

Sommer-Wohnungen

mit und ohne Küche

Hochwald-Grundstück

„Waldesrieden“ bei Fredersdorf (Ostbahn)

Vorortzug bis Petershagen 25 Min. zu Fuß Fredersdorf 40

Züge 12 u. 10 ab Schies. Bnt. haben in Fredersdorf Postauto-Anschl. bis Lustige Sieben (20 Pf.) 9 Minuten bis Grundstück Kolonie Neu-Vogelsdorf, Schillerstraße und Memeer Straße Ecke Adolph Hofmann.

Am 1. Juli 1930 verschied unerwartet an einer Herzlähmung das Mitglied unseres Verwaltungsrats, der Landwirt

Herr Erasmus Merten

stellvertretender Vorsitzender der Preussischen Hauptlandwirtschaftskammer, früher Präsident der Landwirtschaftskammer für den Regierungsbezirk Wiesbaden.

Der Verstorbene hat seit dem Jahre 1925 als Vertreter der deutschen Landwirtschaft unserem Verwaltungsrat angehört und hat seine reichen Kenntnisse erfolgreich in den Dienst unserer Aufgaben gestellt. Wir werden seine liebenswerte Persönlichkeit stets in treuer Erinnerung behalten.

Berlin, den 3. Juli 1930.

Verwaltungsrat und Geschäftsleitung der Stickstoff-Syndikat-G. m. b. H.

Konkurrenzlos! Zahlungs- erleichterung

Klappkamera

sehr stabil, Lederbalgen m. 12 Aplanat 1:8 (Vario 6x9 16 - 9x12 19 - Prima 9 x 12 Kamera. Triebinstellung, Rahmen-sucher mit Meyer-Trioplan, 4,5 in Vario nur 47,50 - dito, jedoch Doppelauszug mit dem erstklassigen Steinheil O.-A. Unofocal 6,5 in Vario nur 50,-. Verlang. Sie Liste 5 kostenfrei. Muster unserer Papiere 9,25.

Foto-Mühns gegründet 1900 in Chausseestraße 89. (B. 25)

Dankagung

Für die vielen Begehrte herzlichsten Anteilnahme beim Beimgange meines lieben Mannes

Paul Burghardt

font ich allen innigsten Dank

Antonie Burghardt, geb. Stefanie Köhlerstr. 60

Für die Reise ist eine gute Armbanduhr unentbehrlich!

Goldene Damen-Armbanduhr 10 Steine, Schweizer Werk 18.- M. Silberne Herren-Armbanduhr 10 ... von 5,50 an

Zwei Jahre schriftliche Garantie

Reisewecker, Taschenuhren große Auswahl!

Hermann Wiese

8. Artilleriestraße 30 W. Passauer Straße 12 8. Kottbuser Damm 2

Brillanten-Gelegenheitskäufe!

Deutsche Bauausstellung Berlin 1931

Der Stand der Vorarbeiten

Eine Besichtigung der Ausstellungshallen. In dem die Deutsche Bauausstellung Berlin 1931 stattfinden wird, zeigt die vorberühmten Arbeiten bei der Schwierigkeit der Wirtschaftslage einen günstigen Verlauf nehmen.

Erreichte Fortschritte sind zu verzeichnen. Auch das Ausland hat sich bereits größere Ausstellungshallen für eine Beteiligung an der „Internationalen Ausstellung für Städtebau und Wohnungswesen“ gesichert. Gleichzeitig hat die „International Federation for Housing and Town Planning“, London, die Einladungen zur Teilnahme an dem in der Zeit vom 8. bis 13. Juni 1931 aus Anlaß der Deutschen Bauausstellung diesmal in Berlin stattfindenden „Internationalen Kongress für Städtebau und Wohnungswesen“ ergeben lassen. Auch mit der Gestaltung der etwa 12.000 Quadratmeter Ausstellungshallen umfassenden deutschen Abteilung für Städtebau und Wohnungswesen ist bereits begonnen worden.

Unvergleichlich interessantes Material verspricht die Abteilung „Das Baumerk unserer Zeit“ zu bringen. Auch hier ist eine rege Beteiligung von Stadtverwaltungen, Firmen der Bauwirtschaft, Wohnungs- und Wohnungswesen und Baufinanzierungs-Gesellschaften zu verzeichnen. Von den gesamten hierfür zur Verfügung stehenden 6000 Quadratmeter sind nur noch 1500 Quadratmeter vermittelbar. Auch ein beträchtlicher Teil der 12.000 Quadratmeter Hallenfläche umfassenden Abteilung „Die Wohnung unserer Zeit“ ist bereits belegt. Aus Gesundheitsgründen und um sich seinen praktischen Bauaufgaben wieder umgelenkt widmen zu können, hat Professor Dr. Harting die Sachbearbeitung dieser Abteilung in die Hände des Architekten Riese van der Nöhe gelegt.

Besonders lebhaft ist die Nachfrage in der Abteilung „Das neue Bauen“. Einzelne Gruppen sind bereits völlig belegt. U. a. wurden für die Gruppe Keramik über den ursprünglich vorgesehenen Platz hinaus eine neue Halle mit weiteren 3000 Quadratmeter und in einer daranstehenden Halle nochmals 1200 Quadratmeter neu hinzugenommen werden. Auch die Keramikmaschinenindustrie ist in großem Umfang vertreten. Auf dem für Ausstellungszwecke zur Verfügung stehenden etwa 46.000 Quadratmeter betragenden Freigelände gelangten Baummaschinen im Betriebe zur Vorführung. Hier haben sich Baummaschinenfabrikan u. a. Plätze bis zu 700 Quadratmeter im einzelnen bestellt.

Den Ehrenort der „Sonderausstellung für landwirtschaftliches Bauen“ hat Dr. Steiger, prae-

bisher Minister für Domänen, Forsten und Landwirtschaft übernommen. Hier werden u. a. vier Beispiele von verschiedenen Bauernstellen als Typenmuster für die kommende ländliche Siedlungsstätte gezeigt. Neu hinzugekommen ist die Abteilung „Garagenbau“, deren Sonderprogramm in den nächsten Wochen erscheint. Auf einem Freigeländepfah von etwa 3000 Quadratmeter wird man alle problematischen Fragen des Garagenbaus erörtern. In der Abteilung „Straßenbau“ haben die verschiedenen Industrien, auch die Straßenbau-Maschinenindustrie, Ausstellungshallen belegt. Im Rahmen der Deutschen Bauausstellung Berlin 1931 wird weiter eine Straßenbau-Tagung stattfinden.

Ganz besonderes Interesse werden die Hallen der Arbeitnehmerorganisationen für sich beanspruchen können. Diese stellen auf einem Platz von 100 Quadratmeter Hallenfläche unter Führung des Deutschen Bauergewerksverbandes aus.

Es ist bemerkenswert, daß sich unter den ausstellenden Organisationen nicht weniger als elf befinden, die den freien Gewerkschaften des DGB angehörend oder nahe stehen. Es sind dies neben dem Deutschen Bauergewerksverband der Zentralverband der Zimmerer Deutschlands, der Verband der Maler, Lackierer und Anstreicher, der Metallarbeiterverband, der Zentralverband der Dachdecker, der Verband der Fabrikarbeiter, Abteilung Keramikfabrikanten, der Verband sozialer Betriebe, die Deutsche Wohnwirtschaftsgesellschaft Demag, die Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, der Bund technischer Angestellten und Beamten und der Deutsche Werkmeisterverband.

Für die großzügige und umfassende Auswirkung des ausgestellten Materials wird ein Ausschuss für das Lehrwesen auf der Deutschen Bauausstellung Berlin 1931, der die Organisation und die Durchführung von Vorträgen, Lehrkursen und sachlichen Vorträgen zur Aufgabe hat. Der Ausschuss wird in den nächsten Wochen zusammenreten, um für die drei Monate dauernde Ausstellung ein ausführliches Programm für die durchzuführende Lehre und Ausführlingsfähigkeit aufzustellen. Dem Ausschuss werden u. a. die Vertreter der Arbeitnehmerorganisationen angehören. Für die Vorträge, Lehrkurse und sachlichen Vorträge stehen zwei Hörsäle auf der Ausstellung zur Verfügung, die je nach 600 Personen umfassen und mit Hörsaalbetriebsleistungen versehen sind.

Es wäre zu hoffen, daß die Ausstellung dazu beiträgt, die Bauwirtschaft als das Schlüsselgewerbe der deutschen Industrie anzufurbeln und so auch die Gesamtwirtschaft zu beleben.

fol im Ausschuss noch einmal durchgeprüft werden. Eine Anfrage unserer Fraktion behandelte die Räumung des angeblich stark häufigen Hauses Balziger Straße 47. Genosse Frische brachte hierbei zum Ausdruck, daß es bei der herrschenden Wohnungsnot doch nicht angängig sei, in überstürzter Hast 40 Mieter auf die Straße zu legen, wenn sich nicht einmal die Sachverständigen über die Bauwürdigkeit einig sind. Sehr eingehend war die Antwort des Bezirksamts nicht; man verdingelte sich hinter die Polizei und noch schwebende Prozesse. Im Verlauf der Sitzung wurde die Errichtung eines Kinderheims auf der dichtbelebten „Insel“ beschlossen. Genosse Poehle bemängelte hierbei, daß das Bezirksamt nicht selbst mit einer Vorlage komme, nachdem wiederholt dahingehende Wünsche unserer Fraktion geäußert worden sind. Bei der Wahl von Mitgliedern der Jugend- und Wohlfahrtskommissionen drängten sich die Kommunisten förmlich zu „positiver“ Mitarbeit. Sie beklagten sich, daß sie im Ausschuss für das Betriebs-Kindergarten nicht vertreten wären. Genosse Platen gebühre in treffenden Worten die Doppeltzungigkeit der Moskauer, die in Berlin alle Mittel für dies Institut ablehnten, in Schöneberg aber hierauf Einfluß gewinnen wollten; auf Grund ihrer geringen Fraktionsstärke könnten sie eben nicht überall vertreten sein. Einige Demonstrationen derselben Kommunisten, die zwar nicht zur Kompetenz der Bezirksverwaltung gehören, aber fast jedesmal wiederkehren, wurden mit Uebertreibung zur Tagesordnung gewertet. Nach Erledigung der Tagesordnung wurde das Bezirksparlament bis zum September vertagt.

Deutschnationale gegen ihren Stadtrat.

13. Bezirk — Tempelhof.

Die Tagesordnung sah in der Hauptsache die einmaligen Anforderungen zum Haushaltsplan für 1931 vor. Der Vorsitzende gab als Berichterstatter einen Überblick über die Verhandlungen im Haushaltsausschuss und empfahl der Versammlung Annahme der Vorlage. Die Deutschnationalen schickten ihren Vertreter als ersten Redner vor. Vor allen Dingen, so begann der Herr seine Ausführungen, müsse ein Etat der Wohlfahrt aufgestellt werden und darum hätte es keinen Zweck, Summen einzufordern, die vom Magistrat doch nicht bewilligt würden. Ganz besonders hätte es ihm das Haus der Jugend, das Altersheim, das Gesundheitshaus und der Volkstraktoren für das Gartenamt angehen. Bei letzterem kam seine Abgabe zur Privatwirtschaft zum Ausdruck, denn er verlangte kategorisch die Bewerbe der Fuhrarbeiten an die Fuhrwerkbesitzer des Bezirkes. Seine Ausführungen schloß er mit Uebertreibung eines Wunschgebets an den Vorsitzenden. Genosse Bürgermeister gab seiner Bemerkung Ausdruck, daß die Deutschnationalen im Haushaltsausschuss ihre Zustimmung gegeben hätten und nunmehr im Plenum mit neuen Wünschen kämen. Nach Erörterung der unfruchtlichen Positionen, die, trotzdem augenscheinlich auf Erfüllung nicht gehofft werden können, eine Ratwendigkeit für den Bezirk darstellen, appellierte er an die Versammlung, den aufgestellten Etat anzunehmen. Der Redner der SPD. war ebenfalls mit einer Pleiade mit Wünschen auf. Dem Vertreter der Nazi wandte sich vor allen Dingen gegen den Anbau der Steuerfeste in Lichterfelde und erklärte sich im übrigen mit dem Vorschlag der SPD. solidarisch. Am interessantesten jedoch waren die Ausführungen des Demokraten Dr. Wolf gegen den Deutschnationalen Stadtrat Dr. Jäger. Er wies ihm vor, daß er als Stadtrat anders handle, wie er es einst als Bezirksverordneter von einem Mitglied des Bezirksamts verlangt habe. Seine Ausführungen bedeuten direkt einen Schlag ins Gesicht der Deutschnationalen Fraktion. Mit gehobener Stimme erklärte der Demokrat Dr. Wolf Herrn Dr. Jäger, daß er nicht im Bezirksamt gewählt wurde, um kommunale Betriebswirtschaft zu treiben, sondern die Interessen des Privatkapitals zu vertreten habe. Stadtrat Jäger habe Parteipolitik zu treiben, sonst könne man ja lauter SPD. und KPD. im Bezirksamt wählen. Dieses Gebotnis eines demokratischen Tiefbaunehmern muß man sich für die Zukunft merken. Bei der Abstimmung wurden die Anträge der Deutschnationalen wie auch der Kommunisten bis auf den heftigsten Antrag abgelehnt. Ein Antrag Bürgermeister, die Schulhöfe auch als Spielplätze freizugeben, wurde einstimmig angenommen, dergleichen ein Antrag Bürger (Mitte) betreffend Errichtung eines Planschens in Alt-Tempelhof. Unser Dringlichkeitsantrag betreffend normalisationsmäßiger Angliederung der Gartenfeste in Lichterfelde an Lichterfelde wurde nach Erklärungen seitens des Bezirksamts dem Amt als Material überwiesen.

Gefahr für die Wuhlheide.

14. Bezirk — Treptow.

Die Bezirksversammlung Treptow nahm in ihrer letzten Sitzung von dem Sonderhaushalt Einnahmen und Schenkungen Kenntnis, ebenso vom Geschäftsbereich des Bezirksklubparke und des städtischen Bestattungsinstituts und von der Uebernahme der Verwaltung des Flugplatzgeländes Johannisthal durch das Bezirksamt. Die Bezirksversammlung wünscht völlige Klarheit über die Befastung des Bezirks durch das Flugplatzgelände. Zur Befastung von Kleingärtnern und Regenerien für die städtischen Freibäder des Bezirks werden die notwendigen Mittel bewilligt. Genosse Behner beavert, daß die Freibäder des Bezirks gegenüber anderen Freibädern der Stadt häufig zurückgelegt werden. Bürgermeister Brunow teilt die vom Bezirksamt in dieser Frage seit Jahren unternommenen Schritte mit. Die einmaligen Anforderungen über 3000 Mark für das Rechnungsjahr 1930 werden nach Berichterstattung durch den Genossen Behner gegen die Stimmen der Kommunisten angenommen. Bürgermeister Brunow weist darauf hin, daß das Bezirksamt bei der Aufstellung der Anforderungen größte Sparsamkeit walten ließ. Trotzdem werden natürlich all die dringenden Projekte des Bezirks weiter verfolgt. Die Schulneubauten in Baumfischweg und Johannisthal rangieren an erster Stelle. Der Magistrat hat baldige Erledigung dieser Projekte zugesagt. Genosse Steuer weist auf die mangelhafte Kommunalpolitik, die im früheren Dreiklassenparlament gemacht wurde, hin, und zeigte an Hand des Johannisthaler Schulhauses, welche Schwierigkeiten die Häuser der neuen Zeit zu überwinden haben. Der Sozialfürsorgeanträge der SPD. verfielen nach kurzer Debatte der Ablehnung. Von unserem Genossen Neumann wurde ein Antrag begründet, der das Bezirksamt aufforderte, dafür zu sorgen, daß in der Wuhlheide nicht weitere Tiefbrunnen an-

Aus der Arbeit der Bezirke.

Für Kindererholung wird geforgt.

2. Bezirk — Tiergarten.

Die letzte Sitzung vor den Ferien hatte in der Hauptsache die Aufgabe, die einmaligen Anforderungen für das Etatsjahr 1931 zu beschließen. Auf unseren Antrag wurde beschlossen, 16.000 M. für die Errichtung einer neuen Säuglingsfürsorgeeinrichtung einzusetzen. Die Gesamtsomme der einmaligen Anforderungen für den Bezirk beträgt rund 6 Millionen, darunter 1 Million erste Raureise für ein Kinderheim und 300.000 M. für den Bau einer Badeanstalt am Unionplatz. Entsprechend unseren Anträgen hatte sich ein Ausschuss mit den Schwierigkeiten beschäftigt, die sich bei der Abfertigung von Unterhaltungsempfängern ergeben haben. Es wurde festgestellt, daß zu wenig Arbeitskräfte vorhanden sind und eine Nachprüfung der vorhandenen Arbeit und Anforderung von mehr Arbeitskräften verlangt. Für die Fernentscheidung von Kindern nach Strandbad Wannsee und Heidehaus wurden 30.000 M. aus Verstärkungsmitteln zur Verfügung gestellt. Eine Wiederbelebung von Kosten für diese Befestigungen soll gemäß unserem bereits im Vorjahr gestellten Antrag nicht stattfinden. Ueber einen Antrag der SPD., der sich gegen die Fahrpreiserhöhung aussprach, ging die Versammlung zur Tagesordnung über, nachdem Gen. Hennig die Angriffe gegen den „SPD. Magistrat“ scharf zurückgewiesen hatte.

Klassen, nicht Klassenkampf der SPD.

3. Bezirk — Wedding.

Zu einer außerordentlichen Bezirksversammlung hatten sich die Wedding-Bezirksverordneten zusammengesunden, um einen umfangreichen Tagesordnungspunkt zu erledigen: Anträgen der SPD., bezüglich Jugendwänden, Ueberholung von Turnhallen für den Arbeiter-Radsportklub „Solidarität“ — Opposition, Ueberholung der Spiel- und Sportplätze an die Vereine des Arbeitersport- und Kulturvereins waren schon in der vorigen Versammlung gründlich zu Besprechungen der Vereine des Bezirks für Arbeitersport und Körperpflege und der verantwortlichen Männer im Jugendamt Wedding benutzt worden. Stadtrat Kullig wies die Anträge zurück. Dann nahm in der Besprechung Genosse Bösch das Wort und rief den kommunistischen Demagogen die Maske vom Gesicht. Er führte aus, daß seit der Novemberwahl von 52 Anträgen, die die Bezirksversammlung passierten, von allein 47 von der SPD. gestellt waren und fast ausnahmslos nichts mit den Aufgaben der Bezirksversammlung zu tun hatten. Auch bei diesen Anträgen handelte es sich für die SPD. nicht um einen Klassenkampf, sondern um einen Klassenpomp. Eine Partei, die den Magistrat als korrupt bezeichne, kann aber eine wahre Forderung auf keine Weise machen, sei selber korrupt und der Beratung wert. Diese treffenden Ausführungen brachten einen Tribünenbesucher so in Harnisch, daß er

dem Redner beleidigende Worte zurief; vom Versammlungsvorsteher unter Hinweis auf den Hausfriedensbruchparagrafen hinausgewiesen, wurde er von den kommunistischen Bezirksverordneten wieder hereingeholt — die Versammlung wurde daraufhin geschlossen. — Die Kommunisten verließen den Saal und hofften durch diese Destruktion die nachfolgende nichtöffentliche Sitzung beschlußunfähig zu machen und wichtige Entscheidungen zu verhindern. Sie hatten die Rechnung ohne die widersprechende Fraktion gemacht, die nun ihren Einspruch zurückzog und den Vorlagen damit zur Annahme verhoff.

Sturm im Wasserglase.

5. Bezirk — Friedrichshain.

Seit Monaten stehen mehr als ein Dutzend Anträge der SPD. auf der Tagesordnung der Bezirksversammlung Friedrichshain. An eine Beratung dieser Anträge haben auch die Kommunisten kaum ein Interesse. Mit der schon längst vergangenen Hausführung im Karl Liebknecht-Haus und der Aufhebung des Verbotes der „Antifaschistischen Jungen Garde“ würde man selbst die auf der Tribüne anwesenden Jungspatzenführer zum Gähnen bringen. Es sind darum stärkere Mittel notwendig, um die „radikale“ Jugend zu unterhalten. Daß dadurch die an sich schon nicht erhebliche Selbstverwaltung in den Bezirken gänzlich zerfallen, jede sachliche Förderung dringender Wünsche der Bezirksbevölkerung unterbunden wird, müssen in erster Linie die Schichten der Bevölkerung hüpfen, für die die Kommunisten behaupten, einzutreten. So sind jetzt eine ganze Reihe von Bezirksversammlungen durch kommunistische Radikalen arbeitsunfähig gemacht worden. Auch die Bezirksversammlung vom Mittwoch dieser Woche dauerte nicht viel länger als eine halbe Stunde. Auf Antrag des Genossen Klingler beschloß die Versammlung die kommunistischen Anträge durch Uebergang zur Tagesordnung zu erledigen. Einige Kommunisten stürzten nunmehr vom Vorstandesitz und versuchten dem Vorsitzenden die Klingel zu entführen. Genosse Pöhlung unterbrach darauf die Sitzung. Nach Wiedereröffnung legte der Vorn erneut ein. Nur mit Mühe gelang es, den ersten Punkt der Tagesordnung, in den Monaten Juli und August Ferien eintreten zu lassen, zur Abstimmung zu bringen. Nach Annahme des Antrages verlangten die Kommunisten Beratung einer Anzahl von ihnen gestellten Dringlichkeitsanträge. Bei der Beratung war es dem Vorsitzenden nicht möglich, sich Gehör zu verschaffen, so daß er gezwungen war, die Sitzung zu schließen.

Kommunistische Doppelzüngigkeit.

11. Bezirk — Schöneberg.

Die letzte Bezirksversammlung beschloß sich zuerst mit einigen kleineren Vorlagen des Magistrats. Beschlossen wird die Errichtung einer neuen Kruppelärztergestelle in der Martha-Luise-Straße. Die Vorlage wegen Verlegung des Wochenmarktes amouterplatz in Friedenau

gelegt werden. Durch die Errichtung weiterer Tiefbrunnen in der Buhlheide besteht die Gefahr noch größerer Senkung des Wasserpiegels und somit des Verfalls der unter großen Schwierigkeiten angelegten Anlagen. In einem Antrage verlangten die Kommunisten die Freigabe der Benutzung des Treptower Jugendheims für den kommunistischen Jugendverband. Genosse Lehmann beantragte, über diesen Punkt zur Tagesordnung überzugehen, da die Bezirksversammlung dem Wohlfahrtsminister feierliche Beschlüsse machen kann. Die Bezirksversammlung schloß sich dem Antrage des Genossen Lehmann an.

Soziale Anträge der SPD.

18. Kreis — Weissensee.

In der letzten Bezirksversammlung standen 27 Vorlagen zur Beratung, die in mehr als 5stündiger Sitzung abgewickelt wurden. Eine Vorlage des Bezirksamtes auf Bewilligung von etwa 5000 Mark aus gemeinschaftlichen Vorbehaltsmitteln zum Ausbau des Strandes des Freibades Oraniensee wurde angenommen. Angenommen wurde ferner ein Antrag auf Verbesserung der Verkehrsverhältnisse. Die SPD. hatte wiederholt erklärt, daß sie es ablehne, für sozialdemokratische Ehrenbeamte zu stimmen. Da unsere Fraktion aus diesem Grunde auch nicht für Kommunisten stimmte, wurden diese ausgeschaltet. Die SPD. brachte deshalb einen Antrag ein, der verlangte, daß die Wohlfahrtskommission nach dem Verhältniswohlfahrt gewählt werden sollten. Der Antrag wurde abgelehnt. Einige Anträge auf Verbesserung des Straßenpflasters und Anlegung von Radfahrwegen wurden der zuständigen Deputation überwiesen. Eine Vorlage der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft beantwortete das Bezirksamt dahin, daß für den Neubau von Unterkunftsräumen, auf dem Rennbahngelände etwa 35 000 Mark angefordert werden sind. Die Entscheidung des Magistrats steht noch aus. Von unserer Fraktion wurden unter andern noch folgende Anträge gestellt: Das Bezirksamt wird ersucht, beim Magistrat dahin zu wirken, daß für ausreichende Beschäftigung der bedürftigen, kranken und unterernährten Kinder und Beschaffung von Kleidungsstücken, ausreichende Mittel zur Verfügung gestellt werden, daß ferner auf die Durchführung der Reichsreform bezüglich Lieferung zweier Lebensmittel gedrängt wird. 2. Das Bezirksamt wird ersucht, aus Verfügungsmitteln ausreichende Beträge zur Erneuerung der 3. 9. und 10. Gemeindefschule zur Verfügung zu stellen. 3. Das Bezirksamt wird ersucht, beim Zentralmagistrat dahin zu wirken, daß die Aufhebung aller Abbaumassnahmen gegen die Sozialrentner erfolgt, die Aufrechterhaltung der für April 1930 geltenden Sätze angeordnet wird und eine Erhöhung der Richtigkeit in Erwägung gezogen wird. Die Anträge wurden angenommen.

Berlin — Hamburg — Berlin.

Man schreibt uns: Berlin—Hamburg—Berlin — das war die Parole, acht Tage Urlaub, mit dem neuerbauten Kabinenmotorschiff „Kreuz 18“ der Reederei Otto Schmidt-Berlin auf dem Wasserwege. Eine herrliche Fahrt über Sponau, die Havel herunter, über Rathenow, nach dem alten Städtchen Havelberg! Eine frische Brise weht, wir sind auf der Elbe, große Dampfer-Schleppzüge kommen uns entgegen, 12 bis 18 große beladene Rähne nachschleppend. Besser geht unsere Fahrt über Wittenberge.

Naunend betrachten wir die riesigen Oberräden Dömlh, Blom, grüne Uferwiesen, fette Weiden mit prachtvollem Viehbestand zu beiden Seiten! Fischreicher mit ihrer Beute fliegen auf, Störche am Ufer nach Futter suchend, Möwen umkreisen unser Schiff, dort steigt ein Hühnerhahnen, die Beute in seinen Krallen haltend, man merkt: Wir befinden uns auf einem größeren Gewässer! Unsere Fahrt geht weiter, über Lauenburg, dann zu den Borsiten von Hamburg und endlich ist Hamburg in Sicht. Hafensrundfahrt mit einer Hafenbarfasse und Besichtigung des großen Dzean-Schnelldampfers „Deutschland“. Heimwärts ging dann die Fahrt.

Könnte sich doch jeder Proletarier solche Fahrt leisten mit dem Ferienfahrtschiff „Kreuz 18“.

Das grüne Berlin.

Rund 19 000 000 Quadratmeter Grünflächen.

Die Freizeitanlagenpolitik der Stadt Berlin hat sich — wie das Amt für Stadtplanung selbst sagt — zum Ziele gesetzt, einen gesunden Ausgleich für die ungünstigen Lebensverhältnisse der Stadtbewohner zu schaffen. Auf den Kopf dieser Berliner Stadtbewohner entfallen heute rund 33 Quadratmeter Freizeitanlage.

Nicht weniger als 18 962 000 Quadratmeter Grünflächen sind in jedem Frühjahr durch die städtischen Gartenämter herzurichten. Treptow hat allein über 2 890 000 Quadratmeter, Charlottenburg ebenfalls über 2 Millionen und Wedding, Reinickendorf, Tempelhof, Neukölln und Zehlendorf über eine Million Quadratmeter Grünflächen. Hinzukommen 51,36 Hektar Waldpark, 33,97 Hektar botanische Schulgärten, 121 Hektar Anlagen auf Spiel- und Sportplätzen, für die 89,65 Hektar städtische Gärtnereien und Baumschulen unterhalten werden. 478 000 Bäume befinden sich in den Berliner Straßen, Steglitz zählt über 56 000, dann kommt Reinickendorf mit 47 000, Wilmersdorf mit 44 000, Zehlendorf mit 39 000 und Charlottenburg mit 36 000, während im Bezirk Friedrichshagen nur 5400 und in Mitte 7000 Straßenzweige vorhanden sind.

Die größte Parkanlage ist der städtische Tiergarten mit 240 Hektar, wogegen der kleine Tiergarten nur knapp 7 Hektar umfaßt. Die Jungfernhöhe in Charlottenburg ist 123 Hektar groß, Reherge im Bezirk Wedding 120 Hektar, und der Bezirk Treptow kann gleich mit dem Treptower Park 82,6 Hektar, dem Plänterwald 61,5 Hektar und der Buhlheide 64 Hektar aufwarten. Der Stadtpark in Steglitz ist 6,5 Hektar groß und im Bezirk Wilmersdorf hat der Hindenburgpark eine Fläche von 11 Hektar und der Preußenpark von 4 Hektar. Die Schönholzer Heide ist 5 Hektar groß, dagegen der Volkspark auf dem Tempelhofer Heide 25 Hektar. Charlottenburg hat den Liegnitzpark mit 8 Hektar und der Bezirk Wedding den Humboldthain mit 30 Hektar und den Schillerpark mit 23 Hektar. Der Friedrichshain ist 41 Hektar groß.

Diese großen Lungen, die über das ganze Gesicht Berlins verstreut sind, spenden der Berliner Bevölkerung fortwährend neue Lebenskraft; sie zu erhalten und immer weiter auszubauen ist eine städtebauliche Aufgabe, um dem arbeitenden Berlin in seiner mechanischen Weltarbeit den Gegenpol der Erholung in freier und gesunder Luft bieten zu können.

Die gesetzliche Miete.

Und wie sie berechnet wird.

Ueber die Frage: „Wie wird die gesetzliche Miete berechnet?“ bestehen noch immer Unklarheiten. Diese Unklarheiten sind durch die am 1. Juni eingetretene Mieterhöhung noch vergrößert worden. Zu ihrer Behebung sei das Folgende angeführt.

Der von dem Mieter an den Hauswirt zu zahlende Beitrag setzt sich aus der gesetzlichen Miete und den Zuschlägen zur staatlichen Grundvermögenssteuer, dem Gemeindefuhrschlag und dem staatlichen Fuhrschlag, zusammen. Für die gesetzliche Miete ist ein fester Satz (zur Zeit 121 Proz.) bestimmt, für die Zuschläge dagegen nicht. Vielmehr sind die Zuschläge auf die Miete nach dem Verhältnis der reinen Friedensmiete umzulegen. Trotzdem hat sich der Glaube eingebürgert, daß auch für die Zuschläge ein fester Satz (bisher 4 Proz., jetzt 8 Proz. der Friedensmiete) besteht. Dieser Glaube ist dadurch hervorgerufen worden, daß in den amtlichen Bekanntmachungen immer wieder gesagt wird, daß die Zuschläge zur Grundvermögenssteuer „im Durchschnitt“ 4 Proz. oder 8 Proz. der Friedensmiete betragen. Das ist zwar richtig, aber es ist damit der Unschin erweckt worden, als ob die Hauswirte berechnigt seien, außer der gesetzlichen Miete auch für die Zuschläge einen festen Satz zu erheben. Tatsache ist jedenfalls, daß der größte Teil der Hauswirte den Durchschnittssatz erhebt, und daß die Mieter in Unkenntnis der gesetzlichen Vorschriften auch den Durchschnittssatz zahlen. Es müßte also nicht, wenn in den amtlichen Bekanntmachungen betont wird, daß es sich bei den 4 oder 8 Proz. nur um „Durchschnittssätze“ handelt, und daß die Hauswirte diese Sätze nicht berechnen dürfen.

Um die Umlage berechnen zu können, muß man die Gesamtfriedensmiete des Hauses und ferner den Betrag der staatlichen Grundvermögenssteuer wissen, wobei aber zu beachten ist, daß die Ausrechnung dem Hauswirt obliegt.

Beispiel der Berechnung.

Nehmen wir an, die Gesamtfriedensmiete beträgt 1000 Mark, die staatliche Grundvermögenssteuer 36 Mark und die monatliche Friedensmiete 50 Mark. Der staatliche Fuhrschlag zur Grundvermögenssteuer ist auf 100 Proz. und der Gemeindefuhrschlag, soweit er vom Mieter zu tragen ist, ebenfalls auf 100 Proz. der staatlichen Grundvermögenssteuer festgesetzt worden. In unserem Beispiel betragen also die Zuschläge zur staatlichen Grundvermögenssteuer zusammen (200 Proz. von 36 Mark) 72 Mark. Die Umlageberechnung erfolgt nach folgender Formel:

$$\frac{50 \text{ (Friedensmiete)} \text{ mal } 72 \text{ (Zuschläge)}}{1000 \text{ (Gesamtfriedensmiete)}} = 3,60 \text{ Mark.}$$

Da die gesetzliche Miete in Berlin zur Zeit 121 Proz. der Friedensmiete beträgt, so hat der Mieter vom 1. Juni ab zu zahlen: Gesetzliche Miete (121 Proz. von 50 M) 60,50 M. Gemeindefuhrschlag und Fuhrschlag zur staatl. Grundvermögenssteuer 3,60 M.

Zusammen 64,10 M.

hat der Mieter die Schönheitsreparaturen übernommen, so ermäßigt sich die gesetzliche Miete um 4 Proz., so daß er vom 1. Juni ab zu zahlen hat:

Gesetzliche Miete (117 Proz. von 50 M) 58,50 M. Zuschläge, wie oben 3,60 M. Insgesamt 62,10 M.

Preiswerte Sommerstoffe



Waschkunstseide ca. 70 cm breit Meter 0.95	0 75	Waschkunstseide reiche Auswahl, ca. 100 cm breit Meter 3.90 2.95	2 45	Crepe de Chine reine Seide, bedruckt Meter 9.75 8.50	6 90
Waschkunstseide ca. 70 cm breit Meter 1.75 1.50 1.25	1 10	Kunsts. Marocain bedruckt, aparte Muster Meter 4.50 3.90	3 50	Crepe Georgette Kunstseide, bedruckt Meter 8.50 7.25	6 75
Waschkunstseide ca. 70 cm breit Meter 2.50 2.25	1 60	Japon-Foulard reiche Auswahl Meter 4.90 4.50	3 90	Veloutine Wolle mit Seide, in allen Farben Meter 7.90 6.90	5 75
Musseline Baumwolle, schöne Muster ca. 70/80 cm br. Meter 1.05 0.90	0 78	Toile reine Seide gestreift in allen Farben Meter	4 25	Crepe Satin Prima Kleider - Qualität Meter 9.75	8 90
Wollmusseline moderne Muster, ca. 75/80 cm breit Meter 2.50 2.25	1 95	Toile reine Seide Meter	4 50	Zephir ca. 70 cm breit Meter 1.15 0.95	0 70
Voile bedruckt, entzückende Muster, ca. 95 cm breit Meter 1.75	1 45	Voile Kunstseide neueste Muster Meter 5.50 5.25	4 90	Oberhemdenstoff ca. 80 cm breit Meter 1.95 1.75	1 60
Voile bedruckt, moderne Muster, ca. 95 cm breit, Meter 2.95 2.45	1 95	Crepe de Chine reine Seide Meter 7.75 6.50	5 50	Oberhemdenstoff ca. 80 cm breit Meter 3.25 2.75	2 25



Berlin S.: Oranienstraße 164-165
Charlottenburg: Rosinenstraße 4

Berlin N.: Reinickendorfer Straße 21
Berlin O.: Frankfurter Allee 60